

A woman with short brown hair, wearing a yellow t-shirt, is smiling and looking down at two children. The children are wearing red baseball caps. The background is a bright, indoor setting with a white wall and a doorway.

SPÖ

Menschlichkeit siegt.

**Mit diesem Programm
zur Nationalratswahl 2019.**



Liebe Österreicherinnen! Liebe Österreicher!

Die Geschichte Österreichs ist eine des Aufstiegs von hart arbeitenden Frauen und Männern. Und sie ist eine Geschichte des Zusammenhalts, des Aufeinanderschauens – wo alle ein gutes Leben haben sollen. Das ist es, was uns ausmacht, das ist, was uns stark macht. Wenn ich an dieses menschliche Österreich denke, „schmilzt das Eis von meiner Seele“, wie Rainhard Fendrich sagen würde. Dieses Österreich will ich verteidigen und stärken.

Leider haben ÖVP und FPÖ in eineinhalb Jahren viele soziale Errungenschaften zerstört. Beschäftigte, Alleinerziehende, arme Familien und Lehrlinge sind die Leidtragenden ihrer Politik. Diese beiden Parteien betreiben eine Ellbogen-Politik: JedeR ist sich selbst der/die Nächste. Wer zurückbleibt, hat Pech gehabt.

Österreich verdient Besseres.

Die Ibiza-Koalition ist an sich selbst gescheitert. Jetzt ist die Chance da, Zusammenhalt, Solidarität und Gerechtigkeit wieder ins Zentrum zu rücken. Wir haben in den letzten Monaten vieles bewegt! Vom Glyphosat-Verbot, dem Rechtsanspruch auf den Papamonat, dem Aus für Millionenpenden an Parteien und volle Karenzanrechnung: Wir sind die Kraft, die Österreich besser, lebenswerter und sozial gerechter macht.

Bei meiner Tour durch die Bundesländer habe ich Frauen und

Männer in unterschiedlichsten Lebenssituationen kennengelernt, viele Gespräche geführt und konkrete Anliegen für meine politische Arbeit mitgenommen.

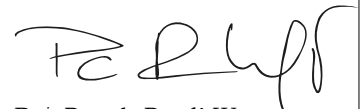
Bruno Kreisky hat einmal gesagt, dass man Menschen mögen muss, wenn man in der Politik tätig ist. Und damit hatte er absolut recht. Als Vorsitzende der SPÖ geht es mir immer um die Menschen.

Für Sie mache ich Politik! Ihnen bin ich verpflichtet – keinem Millionenvermögen und keinem Großspender. Das unterscheidet die SPÖ von anderen Parteien.

Ich habe klare Vorstellungen, wie ich Österreich gestalten will. Alle sollen frei leben können. Alle sollen einen guten Job finden, der fair bezahlt ist. Alle sollen die Sicherheit haben, dass sie aufgefangen werden, wenn

es einmal schlechter läuft. Wer Pflege oder Unterstützung zu Hause braucht, muss sie bekommen. Die Klimakrise werden wir an ihrer primären Ursache dem CO₂-Ausstoß bekämpfen. Gesundheit und Wohnen dürfen keine Luxus werden. Und unsere Kinder sollen dieselben Chancen auf Bildung und eine gute Entwicklung haben – egal, wie sie heißen, egal, wo sie wohnen und woher sie kommen.

Wie das alles gehen soll? Sie halten den Plan dafür in Ihren Händen! Hier sind unsere Konzepte, um ein gutes Leben für alle und ein menschliches Österreich zu schaffen.



Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner
SPÖ-Bundespartei-vorsitzende



An: Sozialdemokratische Partei Österreichs

Viele Menschen wenden sich täglich an uns. Sie schreiben uns ihre Probleme, ihre Kritik, ihre Vorschläge – sie schreiben uns, was sie bewegt. Auf den folgenden Seiten haben wir immer wieder Nachrichten von ihnen abgedruckt. Wir hoffen, dass die Antworten in diesem Programm ihren Bedürfnissen gerecht werden. Wir hören zu. Denn unsere Politik muss genau ein Ziel haben: den Menschen in Österreich zu helfen.

Von: Gerhard H.

In der jetzigen Situation gibt es keinen wirklichen Zukunftsschimmer. Der Streit um Macht zwischen den einzelnen Parteien auch im Parlament hält nun schon fast 20 Jahre an und wird immer menschenunwürdiger. Politiker, die Verantwortung tragen, sollten doch eigentlich Vorbilder sein für die Menschen und vor allem für die Jugend.



Menschlichkeit siegt.

**Mit diesem Programm
zur Nationalratswahl 2019.**

Aus Liebe zu Österreich

Die Mission: Unsere Erde	11
Unser Klima	13
Der Umwelt, den Tieren und der Landwirtschaft zuliebe	17
Was Österreich stark macht: Unser Sozialstaat	21
Gesundheit!	27
Nichts ist wichtiger: Gesunde Kinder	32
Für Oma & Opa die beste Pflege	35
Wir lieben das Land & unsere Regionen	39
Stolz auf unseren Wirtschaftsstandort	45
Für jeden ein Zuhause zum Verlieben	49
Keine gekaufte Politik	53
Sicher und frei in Österreich	57
Integration vor Zuzug	61
Kulturnation Österreich	65
Pressefreiheit verteidigen	69

Mit Freude an der Arbeit

Eine Steuerreform, die bei den Menschen ankommt	75
Millionärssteuer	79
Gesund Leben durch gute Arbeit	83
Faire Arbeitsverträge	87
Ausbilden, statt Löhne drücken	91
Langzeitarbeitslosigkeit abschaffen	95
Der Lehre alle Ehre	98
Klimafreundliche Arbeits- plätze	103
Frauen verdienen gerechte Löhne	107
Frauen verdienen faire Pensionen	111



Hoffnung für unsere Kinder

Vorzeigeland in der Bildung 117

Land der Chancen 123

Fürs Leben lernen 127

Kinderarmut abschaffen 130

Menschen mit Behinderung 135

Wie Junge wohnen 137

Menschlichkeit siegt. 139

Auch in der Digitalisierung

Das Netz und neue Medien 144

Frei, gleich, gerecht, solidarisch
und vielfältig 149

Neutralität verpflichtet zur
aktiven Außenpolitik 153

Europa, weil vieles nur
gemeinsam geht 159

Die Marcel Hirschers
von morgen 161

Und so finanzieren wir das 162



Aus Liebe zu Österreich

Wir lieben Österreich nicht nur, weil es wunderschön ist.

Wir lieben Österreich, weil es zusammenhält. Weil es uns nicht egal ist, wie es unseren Nachbarn geht.

Weil wir nicht zuschauen, wenn jemand fällt, sondern die Hand reichen, um aufzuhelfen. Denn wir wissen, dass eine helfende Hand im richtigen Moment, Berge versetzen kann.

Weil uns Gerechtigkeit wichtiger ist als unser persönlicher Vorteil. Weil wir nicht zuschauen, wenn andere schikaniert werden, sondern uns an ihre Seite stellen.

Weil uns klar ist, dass jeder Mensch das Recht auf ein schönes, auf ein gutes Leben hat.

Weil wir arbeiten gehen, um zu leben, und nicht leben, um zu arbeiten. Und weil jedeR die Chance haben muss, glücklich zu sein.

Österreich ist auf diesen Ideen – auf diesen Werten gebaut.

Darum geht es in diesem Programm. Wir wollen auf diesen Werten aufbauen. Wir wollen die Gesellschaft verändern. Wir wollen, dass die Welt gerechter wird. Wir wollen, dass jeder Mensch in Österreich sein persönliches Glück findet.

Und wir wollen, dass auch unsere Kinder die Chance haben, ihr Glück zu finden.

Aus Liebe zu Österreich.



Die Mission: Unsere Erde.

Denn das Klima kennt keine Parteien.

Während wir uns früher über einen sonnigen Tag freuen konnten, wirkt ein solcher heute fast wie eine Drohung. Das Wetter erinnert uns daran, dass wir inmitten einer großen Krise stehen: der Klimakrise.

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten.
Wir brauchen außergewöhnliche Lösungen.

Klimaschutz geht uns alle etwas an. Denn das Klima betrifft unser tägliches Leben in vielen Bereichen: vom Verkehr bis zum Arbeiten, vom Wohnen bis zum Reisen, von dem, was

wir anbauen, bis zu dem, was wir wegwerfen. Wir brauchen Maßnahmen, die alle Lebensbereiche umfassen. Das Klima zu retten geht nur gemeinsam. Wir brauchen einen Schulter-

schluss aller Beteiligten. Nur wenn wir alle über die Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten, haben wir eine Chance auf echte Veränderung.

Nationaler Schulterschluss - österreichweiter Klimakonvent:

Die Klimafrage ist zu wichtig, um im parteipolitischen Hick-Hack unterzugehen. Ja, Parteien haben unterschiedliche Ideen und Vorstellungen zur Bekämpfung des Klimawandels. Aber eine gute Idee darf nicht aufgegeben werden, nur, weil sie eine andere Partei eingebracht hat. Deshalb wollen wir einen österreichweiten Klimakonvent einberufen und zwar als erste Maßnahme - unabhängig von der Wahl - noch in diesem Jahr, noch bevor eine neue Regierung steht. Daran sollen nicht nur alle im Parlament vertretenen Parteien, die Bundesländer und Gemeinden teilnehmen. Auch Arbeitnehmer- wie Arbeitgebervertreter, Umwelt- und Tierschutzorganisationen, ExpertInnen und VertreterInnen der Universitäten sowie Forschungseinrichtungen, innovative Unternehmen und natürlich auch NGOs und VertreterInnen von Bewegungen wie „Fridays for Future“ sollen sich einbringen können. Im Rahmen dieses Konvents sollen die besten Ideen - egal, von wem sie kommen - in konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz in Österreich gegossen werden.

Einrichtung eines Klimaschutzfonds anstatt Strafzahlungen in Milliardenhöhe:

Klare Sache: Klimaschutzmaßnahmen, wie wir sie am Klimakonvent besprechen wollen, kosten in vielen Fällen Geld. Berechnungen des Umweltministeriums gehen von CO₂-Strafzahlungen in Höhe von 6,6 Milliarden Euro für die Periode von 2021 bis 2030 aus, wenn nicht rechtzeitig wirksame Maßnahmen zur CO₂-Einsparung gesetzt werden. Ist es nicht sinnvoller, heute in den Klimaschutz zu investieren als ein paar Jahre später sinnlose Strafen in Milliardenhöhe zu zahlen? Wir finden: JA! Deshalb wollen wir im Rahmen des Konvents einen Klimaschutzfonds aus der Taufe heben. Dieser Fonds soll alle Maßnahmen finanzieren, die am nationalen Klimakonvent beschlossen werden.

Schaffung eines Klimaforschungsclusters:

Der Klimakatastrophe müssen wir mit Innovation begegnen. Durch gezielte Forschung treiben wir diese Innovation voran. Mit einem Forschungscluster und einem top ausgestatteten Zentrum für Klimaforschung ist klar: Wir haben die Zeichen und Gefahren der Zeit erkannt und werden alles daran setzen, auch unseren Kindern eine gute Zukunft auf diesem Planeten zu schenken. Das bietet auch erstklassige Chancen für unsere forschungsintensive Wirtschaft.



Aus Liebe zu unserem Klima und unserem Planeten

Es ist 5 vor 12. Wir stecken in einer Klimakrise. Die Ursachen: der Mensch und sein CO₂-Ausstoß. Die letzten 4 Jahre waren die 4 wärmsten Jahre seit Beginn der Temperatúraufzeichnungen. 2019 ist keine Trendwende in Sicht. Weil wir unseren Planeten, das Klima und damit uns selbst retten wollen, werden wir genau diese Trendwende einleiten. Wir wollen ein Klimaticket für ganz Österreich, einen Green New Deal, der die Wirtschaft ökologischer macht, und eine Ökologisierung unseres Steuersystems.

Der Ausstoß von CO₂ an sich ist nichts Unbekanntes für unseren Planeten. Natürliche Ursachen dafür gab es schon immer. Grünpflanzen nehmen CO₂ auf und geben Sauerstoff ab. Dieser Kreislauf hat Millionen Jahre gut funktioniert. Aber dass dieser Austausch aus dem Gleichgewicht geraten ist, hat der Mensch verschuldet. Grund ist in erster Linie die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Nicht nur herkömmliche Verbrennungsmotoren in Fahrzeugen, auch Kraftwerke, Haushalte und Industrie stoßen Tonnen an CO₂ aus.

Aufzeichnungen zeigen, dass seit den 1950er Jahren der Verbrauch von Ressourcen exponentiell ansteigt. Die Erdbevölkerung, vor allem

in Ballungszentren, wächst. Ebenso wächst die Wirtschaft, der Transport, der Wasserverbrauch, der Einsatz von Dünger, der internationale Tourismus und der Energieverbrauch. Daraus resultiert unter anderem gesteigerter Ausstoß von CO₂ in die Atmosphäre.

**Die Folgen:
Naturkatastrophen
nehmen in Anzahl, Ausmaß und
Auswirkungen zu.
Daraus entstehen
globale Kosten von
mehreren hundert
Milliarden Euro -
jährlich.**

90 Unternehmen
sind...



für 63 Prozent der
weltweiten CO₂-Emissionen
verantwortlich.



Die Unternehmen stammen
alle aus der Erdöl-, Erdgas-
und Kohleförderung.



„Das Haus brennt. Wir müssen den Ausstoß von Treibhausgasen stoppen.“

– Greta Thunberg

Ganze Landstriche – Lebensraum für Mensch und Tier – stehen unter Wasser. Allein in Grönland sind die Folgen dramatisch: Im Juni 2019 sind dort 2 Milliarden (!) Tonnen Eis weggeschmolzen – an einem einzigen Tag.

Immer mehr Menschen sind deswegen auf der Flucht – Tendenz steigend. Das Artensterben nimmt an Tempo zu.

Und in Österreich? In Österreich sterben mittlerweile mehr Menschen an Hitzefolgen als bei Verkehrsunfällen. Landwirte klagen über schlechte Ernten. Beschäftigte im Freien leiden unter der prallen Sonne. Ältere Menschen, Eltern von Kleinkindern und Schwangere können ihre Wohnungen und Häuser nicht verlassen, weil die Hitze ihre Gesundheit gefährdet.

Deswegen muss Österreichs Politik handeln – und zwar sofort. Wir müssen unseren CO₂-Ausstoß verringern. Auch die Industrie muss ihren Beitrag leisten. Das Herstellen von und Handeln mit Produkten muss klimafreundlicher werden. Öffentliche Verkehrsmittel müssen ausgebaut und günstiger werden!

Unsere Vision: Österreich wird CO₂-neutral! Gut fürs Klima, gut für uns Menschen!

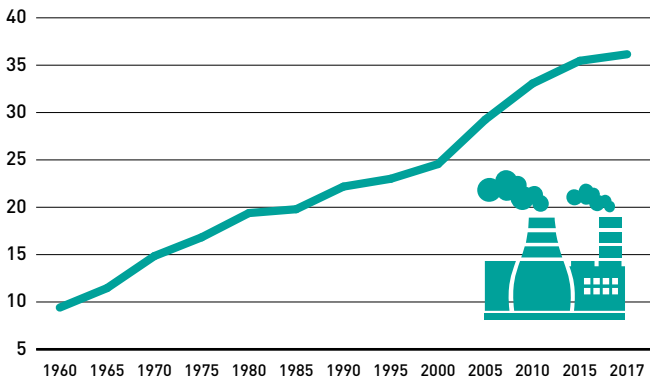
Weniger CO₂-Ausstoß in Österreich und Europa, das ist das Ziel! Denn wir und unsere Kinder sollen keine Angst vor der Zukunft haben, wenn es um unser Klima geht. Wir können und werden das Ruder herumreißen! Damit Österreich bis spätestens 2030 CO₂-neutral sein kann, muss die Wirtschaft ihren Beitrag leisten, müssen Jobs ökologischer werden, müs-

sen öffentliche Verkehrsmittel für alle günstig sein und muss CO₂-Ausstoß europaweit besteuert werden.

Auch international müssen wir uns mehr einsetzen: Österreich hat als Mitglied der Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen mitbeschlossen. Die Agenda ist ein Kompass für die Welt. Sie zeigt an, wie wir uns entwickeln können sodass ein gutes Leben für alle möglich ist.

Der weltweite CO₂-Ausstoß

Emissionen in Mrd. Tonnenn. Quelle: Global Carbon Project



So schaffen wir das.

Ein Green New Deal für Österreich: Im Kern geht es darum, in der Klimapolitik weg von kleinen Einzelstrategien zu gehen – und stattdessen ganze Industriezweige, Verkehrswege und Arbeitsplätze ökologisch neu auszurichten. Funktionieren soll das mit Investitionen: Öffentliche Verkehrswege ausbauen; Wohn- und Industriegebäude energie-effizient umbauen; „Öko-Upgrades“ für Unternehmen, damit sie weniger Treibhausgase ausstoßen. Außerdem sollen klimafreundliche Jobs gefördert werden. Für die Beschäftigten jener Wirtschaftssektoren, die derzeit von fossilen Energieträgern abhängig sind, sollen unverzüglich Re-Qualifizierungsinitiativen gesetzt werden, damit für die Beschäftigten ein fairer Übergang in ein sauberes, nachhaltiges Wirtschaftssystem möglich ist.

Das 1-2-3 Klimaticket für Österreich: In Vorarlberg und Wien fährt man mit Jahreskarte um einen Euro pro Tag mit den Öffis. Das soll es für ganz Österreich im Zug- und Nahverkehr geben: Um 3 Euro täglich durch ganz Österreich, um 2 Euro am Tag durch 3 Bundesländer und um 1 Euro am Tag im Bundesland öffentlich unterwegs. Finanziert werden wird das Ganze aus dem Klimaschutzfonds. Darüber hinaus wollen wir die Öffis allgemein und alternative Verkehrsmittel wie regionale Sammeltaxis ausbauen und die Rahmenbedingungen für Rad- und Fußverkehr verbessern.

Elektrifizierung von Bahnstrecken: In Österreich sind auf vielen Bahnstrecken noch

Dieselloks unterwegs. Der Elektrifizierungsgrad beträgt derzeit nur rund 73%. Durch eine österreichweite Elektrifizierung von Bahnstrecken ließen sich über die nächsten Jahre hunderttausende Tonnen an CO₂ einsparen. Deshalb wollen wir ein Sonderinvestitionsprogramm im Ausmaß von rund 200 Mio. Euro jährlich für die nächsten 6 Jahre. Damit könnten wir jährlich 210.000 Tonnen CO₂ einsparen. Gleichzeitig würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen.

Nahverkehrspakt für Gemeinden: Oft scheitert der Umstieg vom Auto auf die Bahn an der sogenannten letzten Meile, also daran, dass es zwar in der Nähe eine halbwegs vernünftige Bahnverbindung zum Arbeitsplatz gibt aber keine vernünftige Verbindung vom Haus bzw. Wohnung zum Bahnhof. Deshalb wollen wir in ein Nahverkehrspaket für Gemeinden investieren. Sammeltaxis, Shuttle-Services oder E-Fahrräder an den Bahnhöfen sollen eine vernünftige Alternative zum Auto bieten und den Umstieg auf die Bahn begünstigen. (→ 7-Punkte-Plan für den ländlichen Raum, S. 41)

Pendlerpauschale mit Klimabonus: In Zukunft sollen PendlerInnen einen Klimabonus erhalten, wenn sie die Möglichkeit nutzen, mit dem Öffi in die Arbeit zu fahren und freiwillig auf das Auto verzichten. Die Pendlerpauschale soll zudem gerechter gestaltet werden. Große Einkommen sollen (bei gleicher Wegstrecke) nicht wie bisher eine höhere Förderung erhalten als kleine Einkommen. Das ist ungerecht und soll deshalb geändert werden.

Österreich ist beim Zugfahren
der Spitzenreiter in der EU.

Gelingt es uns durch eine Kombination von 1-2-3-Ticket und Klimabonus nur 200.000 ÖsterreicherInnen zum Umstieg auf die Öffis zu bewegen, können wir damit etwa 350.000 Tonnen CO₂ sparen.

Eine EU-weite CO₂-Steuer und Kerosinbesteuerung: Beinahe 45% der CO₂-Emissionen Österreichs kommen von Schwerindustrie und Stromproduzenten. Diese Anlagen sind in den EU-weiten Emissionshandel eingebunden. Dort zahlen sie derzeit rund 25 Euro pro Zertifikat bzw. pro Tonne CO₂. Dieses EU-weite Handelssystem funktioniert nur mäßig. Wegen der Wirtschaftskrise war der CO₂-Preis lange Zeit sehr niedrig. Außerdem unterliegt es starken konjunkturellen Schwankungen. Niemand weiß, wo der Preis in 3-5 Jahren steht. Eine CO₂-Steuer anstelle des Emissionshandels würde Planungssicherheit bieten, und wäre damit eine bessere Investitionsgrundlage für die Wirtschaft. Die Lenkungswirkung der CO₂-Bepreisung könnte durch eine CO₂-Steuer deutlich gesteigert werden. Damit ein höherer CO₂-Preis für die Schwerindustrie nicht zur Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen führt, fordern wir einen CO₂-Grenzausgleich (CO₂-Zoll).

100 Prozent erneuerbarer Strom: Wir wollen, dass bis 2030 der gesamte Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Dazu müssen wir die Ökostromförderungen umgestalten. Sie müssen effizienter und klimafreundlicher werden. Für uns stehen rohstoff-unabhängige Erzeugungsformen wie Wind, Wasser und Sonne im Vordergrund. Der Euratom-Vertrag soll in einen Atomausstiegsvertrag umgewandelt werden.

Klimafreundliche Gesetze: Bei allen künftigen Gesetzen müssen die Folgen fürs Klima ausgewiesen werden. Bedeutet ein Gesetz mehr Emissionen, müssen ausgleichende Gegenmaßnahmen gesetzt werden.

Österreich zum Energiespar-Champion machen:

→ Das Energie-Effizienz-Gesetz soll über das Jahr 2020 hinaus verlängert werden. Unternehmen ab 20 Beschäftigten sollen

Energie-Checks machen, deren Ergebnisse einsehbar sind. Für mittlere Betriebe soll es Unterstützungen dafür geben.

- Mehr Know-How-Vermittlung für Gemeinden, wie sie auf ihrer Ebene CO₂ einsparen können. Möglichkeiten gibt es viele, ob es um Straßenbeleuchtung, Wärmeversorgung oder Fuhrparks geht!
- Damit Haushalte energie-effizienter werden können, wollen wir Energie-Beraterinnen und Berater ausbilden. Ähnlich wie bei der Aktion 20.000 sollen Jobsuchende für diesen Beruf qualifiziert werden. Sie können Heizungs-Checks durchführen, Energieberatung bieten und Energieausweise ausstellen.

Klima-Bildung: Klimaschutz soll von Anfang an integraler Bestandteil des Bildungssystems sein. Das bestehende Unterrichtsprinzip „Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung“ soll explizit um „Klimabildung“ erweitert, und als übergreifendes Thema im allgemeinen Bildungsziel festgelegt werden. LehrerInnen müssen aus- bzw. weitergebildet werden.

100 Millionen für Green Climate Funds: Im Pariser Klimavertrag haben sich die wohlhabenden Staaten darauf geeinigt, Klimaschutzmaßnahmen in den wirtschaftlich schlechter gestellten Ländern der Erde zu finanzieren. Dafür wurde der „Green Climate Fund“ geschaffen. Auch Österreich hat sich zur Finanzierung bekannt, offen ist allerdings, ob auch ein angemessener Beitrag geleistet wird. Wir wollen, dass Österreich einen Beitrag von 100 Millionen Euro leistet.

Förderung für Unternehmen mit Klima-innovationen: In Österreich hat sich die Kooperation von öffentlicher Hand und Unternehmen mehr als bewährt. Durch Instrumente wie die Forschungsprämie ist Österreich als Forschungsland äußerst lukrativ. Diesen Vorteil wollen wir nutzen und weiter ausbauen. Unternehmen, die klimarelevante Forschung betreiben, sollen in Zukunft höhere Förderungen erhalten.

Aus Liebe zur Umwelt, den Tieren und der Landwirtschaft

Es gibt viele gute Gründe, sich für Umwelt- und Tierschutz starkzumachen. Weil wir Österreichs Natur lieben, die gute Küche mit ihren Spezialitäten. Weil wir Tierleid verhindern wollen. Und auch, weil wir unseren Kindern und Enkeln eine intakte und lebenswerte Umwelt weitergeben wollen. Sie sollen gesunde und regional angebaute Lebensmittel genießen können! Und dafür brauchen wir eine gute Landwirtschaft.

Geht es um Lebensmittel, haben wir eine klare Vorstellung, wo es hingehen soll: Mehr Bio, mehr Vielfalt, keine Pestizide – und am Ende: keine Verschwendung von Lebensmitteln.

Wir wollen eine Umwelt- und Landwirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Natur und der Menschen ausrichtet, die bäuerliche Betriebe unterstützt und Tierleid eindämmt.

Was wir nicht wollen, ist eine Politik, die die Wunschliste von Agrarkonzernen abarbeitet. Denn die Profite einiger weniger gehen zu Lasten unserer Umwelt und zu Lasten von uns als Kon-



sumentinnen und Konsumenten. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Kinder und die Generationen später eine intakte Umwelt, ein funktionierendes Öko-System und hochwertige Lebensmittel vorfinden. Und dazu gehört, Pflanzengifte und sonstige Pestizide zu verbannen. Denn: Sie gefährden die Artenvielfalt, darunter Bienen und Vögel. Ohne Bienen kein Gedeihen – keine Ernten und keine Lebensmittel. Deshalb war es der SPÖ auch so wichtig, für das Verbot von Glyphosat zu sorgen.

Glyphosat und Pestizide schaden am Ende uns Menschen: Über Lebensmittel landen sie in unserem Körper.

Wir wollen biologische Landwirtschaft fördern. Denn sie schont die Umwelt! Dabei geht es aber um mehr als bloß den Verzicht auf Chemie und Pestizide. Bio-Betriebe achten darauf, mit Ressourcen sparsam umzugehen und Pflanzen wie Tiere natürlich und artgerecht zu versorgen. Mehr Bio-Landwirtschaft bedeutet: Schutz von Wasserqualität, gute Bodenqualität, Bio-Vielfalt und weniger CO₂-Emissionen. Doch auch abseits von Anbau und Tierhaltungsfragen gibt es noch genug zu tun! Millionen Tiere werden Jahr für Jahr quer durch Europa gekarrt. Das verursacht Tierleid und zusätzlich belastet es die Umwelt, weil die Massentransporte auf

der Straße abgewickelt werden. Tiertransporte einzuschränken hilft dem Tierwohl und trägt zu weniger Straßenverkehr und weniger Klimabelastung bei.

Wollen wir die Klimakrise bekämpfen, müssen wir auch bei der Verschwendung von Lebensmitteln ansetzen. In Österreich werfen wir jährlich 577.000 Tonnen Lebensmittel und Reste weg. Weggeworfene Lebensmittel verursachen CO₂, weil sie als Müll verarbeitet werden müssen.

Jedes Kilogramm weggeworfener Lebensmittel verursacht 4,5 Kilogramm CO₂-Abgase.

Lebensmittelverschwendung ist nach den USA und China der drittgrößte Verursacher von Erderwärmung. Innerhalb der EU verursacht das Erzeugen und Beseitigen von Lebensmittelabfällen 170 Millionen Tonnen CO₂.

Unsere Vision: eine österreichische Landwirtschaft ohne Pestizide, mit artgerechter Tierhaltung und Vielfalt im Anbau

Wir wollen eine Umwelt- und Landwirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen von Konsumentinnen und Konsu-

menten, von Natur und Tier orientiert – und die bäuerliche Betriebe unterstützt. Pestizide, Tierleid und Lebensmittelverschwendung sollen der Vergangenheit angehören. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine intakte und lebenswerte Umwelt weitergeben. Sie sollen gesunde und regional angebaute Lebensmittel genießen können!

Glyphosat ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid. Rückstände finden sich in der Umwelt und in Lebensmitteln. Im März 2015 wurde Glyphosat von der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) der WHO als wahrscheinlich beim Menschen krebserregend eingestuft. Im Juli 2019 hat das Parlament den Antrag der SPÖ angenommen: Der Verkauf von Glyphosat ist jetzt in Österreich verboten.

So schaffen wir das.

Wir wollen den Umstieg auf Bio-Landwirtschaft unterstützen: Ziel ist es, 50 Prozent Bio-Anbau und -Tierhaltung zu erreichen. Auch auf EU-Ebene werden wir uns für mehr Bio-Förderung einsetzen.

- **Reduzieren von Pestiziden** und mineralischer Stickstoff-Düngung.
- **Verbot** des Einsatzes von Stoffen, die Bienen gefährden, darunter **Glyphosat, Chlorpyrifos sowie Neonikotinoide**.
- Einsatz der Bundesmittel in den Landwirtschaftskammern mit dem Ziel der **Beratung zum Verzicht auf Pestizide** und Glyphosat sowie Forcierung der Bio-Landwirtschaft.
- Forcierung der **Regionalität und der biologischen Landwirtschaft** bei der Beschaffung von Lebensmitteln.
- Mehr Information und **Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten** hinsichtlich des Wertes von hochqualitativen, gesunden heimischen Bio-Lebensmitteln.
- Bei künftigen **Agrar-Förderprogrammen** soll auf **nachhaltige Bewirtschaftung** geachtet werden.
- Wir lehnen das Mercosur-Abkommen ab, weil es zu mehr Billigfleisch in Österreich führen und den LandwirtInnen schaden würde.

Wir werden einen Tiertransporte-Reduktionsplan erstellen: Binnen 5 Jahren sollen derartige Transporte deutlich weniger werden, sowohl innerhalb des Landes als auch von Österreich aus in andere Staaten. Zudem wollen wir regionale Vermarktung unterstützen. Sollten Transporte notwendig sein, muss auf das Tierwohl geachtet werden.

Keine Lebensmittelverschwendung:

- Nach den Vorbildern Frankreich und Tschechien wollen wir, dass **nicht mehr verkaufbare Lebensmittel an soziale Einrichtungen weitergegeben** werden. Dafür soll auch in notwendige Infrastruktur investiert werden.
- Wir wollen **Maßnahmen zur Abfallvermeidung bei Lebensmitteln** erarbeiten und **gesetzlich im Abfallwirtschaftsgesetz** festlegen. Das hilft auch dem Klima. Lebensmittelverschwendung ist nach den USA und China der drittgrößte Klimasünder und weltweit für 3,3 Gigatonnen CO₂-Emissionen verantwortlich. In Österreich fallen jährlich mehr als 577.000 Tonnen an vermeidbaren Lebensmittelabfällen an.
- **Daten-Lücken schließen.** Derzeit gibt es zu wenige Informationen, wie viele Lebensmittelabfälle im Lebensmittel-Großhandel anfallen. Das muss sich ändern!



Lieben, was Österreich stark macht: Unseren Sozialstaat

Österreich ist ein besonderes Land. Wer hier aufwachsen und leben kann, hat es sehr gut getroffen. Wir lieben Österreich aber nicht nur wegen der Natur, der kulinarischen Spezialitäten oder des sauberen Wassers – wir lieben es auch, weil es uns Sicherheit bietet. Und das geht nur mit einem starken Sozialstaat. Er sorgt dafür, dass wir nicht im Stich gelassen werden, wenn es uns schlecht geht oder wir besondere Bedürfnisse haben. Wenn wir unsere Arbeit verlieren, wenn ein Baby im Anmarsch ist, der Partner schwer krank wird oder wenn der die Eltern Pflege brauchen: Dann sind wir abgesichert. Weil wir aufeinander schauen. Und weil es soziale und gesundheitliche Leistungen gibt.

Unser Sozialstaat ist es, der Österreich so lebenswert macht. Viele Menschen blicken neidvoll nach Österreich, wenn es um Sozialleistungen und die Gesundheitsversorgung geht. Wer in der Schweiz ein Kind erwartet, muss bis zur Geburt arbeiten. Wer in Deutschland in Rente geht, bekommt für dasselbe Einkommen viel weniger Pension als in Österreich. Wer in Italien den Job verliert, bekommt 7 Monate etwa die Hälfte seines alten Gehalts, dann nichts mehr. Arbeitslose in Großbritannien bekommen überhaupt nur zwischen 300 und 400 Euro fix.

Österreich ist Vorbild bei Pensionen.

Durchschnittliche Pension eines Mannes bei Pensionsantritt 2016.



Florian Blank u.a.: Ist das österreichische Rentensystem nachhaltig? Wirtschaftsdienst 3/2018, zitiert nach „Böckler Impuls“ 12/2018. Für Österreich: Die 13. und 14. Pension ist enthalten

Zum starken Sozialstaat gehört auch der soziale Wohnbau. Als internationales Vorzeigebispiel gilt Wien: 3 von 5 WienerInnen leben in geförderten Wohnungen. Dort sind die Mieten niedriger und die Verträge unbefristet. Das dämpft auch die Mietpreise am freien Markt – und das ist wichtig, denn die Mieten steigen rasant an. Ein Sozialstaat, der ins Wohnen investiert, verhindert, dass Mieten explodieren.

Was außerdem viele nicht wissen: Ein starker Sozialstaat ist ein positiver Standortfaktor! Er stabilisiert den Konsum, erleichtert das Planen für Unternehmen und macht den Standort krisenfest. Denn wer abgesichert ist, arbeitet besser. Und: Wenn es Sozialleistungen gibt, die vor Armut schützen, können Menschen weiterhin konsumieren. Wenn der Konsum stabil bleibt, bedeutet das mehr Sicherheit für Produzenten und Investoren. (Quelle: WIFO-Studie aus 2018)

In Österreich ist es uns wichtig, dass niemand in Angst vor der Zukunft leben muss. Und das soll auch so bleiben. Wir wollen, dass alle Menschen in Österreich weiterhin gern und gut in unserem Land leben.



Unsere Vision: Den Sozialstaat stärken – und damit die Menschen, die ihn brauchen

Ein lebenswertes Land ist eines, in dem sich die Starken um die Schwächeren kümmern. Ein Land, in dem wir Menschen auffangen, wenn sie fallen – und ihnen wieder aufhelfen. Deshalb werden wir uns jedem Angriff auf den Sozialstaat in den Weg stellen. Wir verteidigen ihn, weil die Österreicherinnen und Österreicher ihn brauchen. Aber nicht nur das: Wir wollen unseren Sozialstaat verbessern. Wir wollen unser Gesundheitssystem noch besser machen, Kinderarmut verhindern, Pensionen und Sozialleistungen besser absichern. All das macht die Menschen stärker.

Was ist ein Staatsziel?

Ein Staatsziel schreibt fest, dass ein Land ein ganz bestimmtes Ziel erreichen soll. Diese Ziele werden in der Verfassung verankert. Da ein Staatsziel aber noch nicht definiert, auf welchem Weg das Ziel erreicht wird, gibt es zusätzlich konkrete Gesetze. Sie geben den genauen Weg vor.

So schaffen wir das.

Sozialstaat in der Verfassung absichern

Mit dem Staatsziel „Sozialstaat“ können wir Angriffe auf Urlaubsansprüche, Pensionen, Gesundheitsleistungen und mehr langfristig verhindern. ÖVP, FPÖ und Neos wollen nur Wirtschaftsinteressen in der Verfassung verankern – wir aber wollen den Sozialstaat abgesichert wissen.

Soziale Grundrechte in die Verfassung

Die EU hat eine Grundrechte-Charta. Wir wollen das für soziale Rechte in Österreich! Wir wollen ein Recht auf Arbeit: Das bedeutet gute Arbeitsbedingungen, Urlaub, angemessene Löhne und Arbeitszeiten sollen in der Verfassung abgesichert sein. Wir bekennen uns zum Modell der Österreichischen Sozialpartnerschaft und einer wirksamen Vertretung der Interessen der ArbeitnehmerInnen durch starke Gewerkschaften und die gesetzliche Mitgliedschaft in der Arbeiterkammer. Die Selbstverwaltung muss im Sinne der Menschen gestärkt und nicht geschwächt werden.

Pensionsgarantie

Der Vergleich mit Deutschland zeigt: Nur ein gutes öffentliches Pensionssystem mit Beiträgen (Umlagesystem) sichert eine Pension, von der man auch leben kann. Das wollen wir auch für künftige Generationen garantieren: Die Pensionshöhen müssen verfassungsrechtlich abgesichert werden. Damit verhindern wir, dass erworbene Gutschriften am Pensionskonto nachträglich gekürzt werden.

Altersdiskriminierung verbieten

Benachteiligung von älteren Menschen findet vor allem in privaten Vertragsverhältnissen statt. So bekommen ältere Menschen beispielsweise oft keine Kredite mehr, das Konto darf nicht überzogen werden. Ältere Menschen müssen oft auch Versicherungsaufschläge zahlen. Das ist ungerecht. Wir möchten daher das Diskriminierungsverbot aufgrund des Alters in die österreichische Bundesverfassung verankern. Das Gleichbehandlungsgesetz muss auf alle Lebensbereiche ausgeweitet und die Gleichbehandlungsanwaltschaft muss aufgestockt werden.

ÖVP und FPÖ haben unseren Sozialstaat geschwächt.

Unter der Ibiza-Koalition haben viele Menschen gelitten:

Länger arbeiten: Wegen Kurz und Strache müssen ArbeitnehmerInnen bis zu 60 Stunden pro Woche arbeiten – und fallen um Überstunden-Zuschläge um.

Weniger Mindestsicherung: ÖVP und FPÖ haben die Mindestsicherung für Familien radikal gekürzt. 70.000 Kinder werden die Kürzungen spüren. Für das 3. Kind in der Familie gibt es nur 1,50 Euro am Tag.

Keine Notstandshilfe: Die Notstandshilfe ist in Österreich der letzte Rettungsring vor Armut. ÖVP und FPÖ planen die Notstandshilfe, wie wir sie kennen, abzuschaffen.

Kürzungen beim AMS: Bis zu einem Drittel des Jahres-Budgets haben ÖVP und FPÖ dem AMS entzogen – das heißt auch: weniger Beratung, weniger Hilfe beim Eingliedern in den Arbeitsmarkt.

Weniger Hilfe für ältere Arbeitslose: Einer der ersten Angriffe auf Jobsuchende war das Einstellen der Aktion 20.000. Sie hätte für 20.000 Männer und Frauen über 50 Jahren Jobs geschaffen, die ihnen Hoffnung und den Gemeinden wertvolle Arbeitskräfte gegeben hätte.

Mehr Lohndruck: Durch das Ausweiten der Mangelberufsliste droht mehr Konkurrenz am Arbeitsmarkt – und in Folge mehr Lohndruck.

Mehr Selbstbehalte: Durch den Totalumbau der Sozialversicherung drohen PatientInnen mehr Selbstbehalte und schlechtere Versorgung bei medizinischen Leistungen. Denn in den wichtigen Gremien wurden Arbeitnehmer-VertreterInnen durch Wirtschafts-VertreterInnen ersetzt.



Füreinander starkmachen.
Aus Liebe zu Österreich.



Gesundheit!

Österreich muss das Land mit der höchsten Lebenserwartung werden.

Was wir essen, ob wir aufhören zu rauchen oder Sport treiben – all das ist wichtig für unsere Gesundheit. Aber viel wichtiger ist es, in welchem Elternhaus wir geboren sind: Armut kostet Lebensjahre. Wer die Menschen liebt, kann das nicht akzeptieren: Jeder Mensch muss so arbeiten und wohnen, dass er oder sie lange gesund leben kann. Und jedeR muss medizinisch top versorgt werden. Österreich soll das Land mit der höchsten Lebenserwartung in Gesundheit werden – ohne soziale Unterschiede.

Wir müssen als reiches Land dafür sorgen, dass jeder und jede so lange gesund lebt, wie es möglich ist. Und dass jeder Mensch bestens medizinisch versorgt wird, wenn er/sie krank wird – in der Stadt oder am Land, jung oder alt, mit großem oder kleinem Einkommen. Nur wenn wir das schaffen, sind wir wirklich ein reiches Land.

Österreich hat ein gutes öffentliches Gesundheitssystem – und das soll noch besser werden. In zehn Jahren soll Öster-

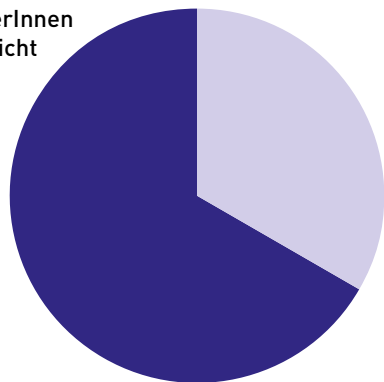
reich auf jedem Gesundheitskongress der Welt als Vorbild gelten: Als Land mit der höchsten Lebenserwartung – weil weder Armut noch ungleiche medizinische Versorgung den Menschen Lebensjahre kosten. Weil gute Lebensbedingungen und die beste medizinische Versorgung für jeden und jede ein langes, gesundes Leben ermöglichen. Und weil wir die Gesundheitsversorgung solidarisch finanzieren statt Profitinteressen auszuliefern.

**Nicht länger warten:
Erstklassige Medizin für alle.**

Lange Wartezeiten bei KassenärztInnen schrecken von Arztbesuchen ab, die vielleicht wichtig gewesen wären. Wer es sich leisten kann, weicht auf den Wahlarzt oder die Wahlärztin aus: Denn wer zahlt, wird länger betreut und sitzt kürzer im Wartezimmer.

In den letzten zehn Jahren ist die Bevölkerung in Österreich gewachsen, die Zahl der HausärztInnen in vielen Regionen aber gesunken. Hausarztstellen am Land bleiben oft lange unbesetzt. Die Anfahrtswege und die Wartezeiten werden länger. Bis 2030 wird sich das Problem dann noch verschärfen: Dann werden zwei Drittel der AllgemeinmedizinerInnen das Pensionsalter erreicht haben.

Bis 2030 werden 2/3 der AllgemeinmedizinerInnen das Pensionsalter erreicht haben.



Gleichzeitig zeigen Studien, wie wichtig eine gute Versorgung mit HausärztInnen ist: Zehn HausärztInnen mehr pro 100.000 EinwohnerInnen, erhöhen die Lebenserwartung um 50 Tage. Wir brauchen eine Hausarzt-Offensive.



So schaffen wir das.

Termingarantie und Gesundheitshotline

Mit dem neuen Modell der Termingarantie wollen wir lange Wartezeiten beseitigen. Vorgesehen sind Wartezeiten-Limits für Termine bei AllgemeinmedizinerInnen, FachärztInnen, in der Spitalsambulanz sowie einer Krankenanstalt. Unterschieden wird zwischen Akutfällen (akute Grippe oder brennender Hautausschlag) und geplanten Fällen (Kontrolltermine oder Überweisungen).

Die Gesundheitshotline 1450, die bis Ende dieses Jahres in ganz Österreich ausgerollt sein wird, soll zu einer echten Terminvermittlung weiterentwickelt werden. Wer sich mit einer gesundheitlichen Frage an die Hotline wendet, erhält eine qualifizierte Information, an welche Versorgungsebene man sich wenden soll. Und gleichzeitig wird ein Termin innerhalb einer festgelegten kurzen Frist vereinbart. Das erspart auch lange Wartezeiten vor Ort beim Arzt oder in den Ambulanzen. Patientinnen und Patienten werden so nicht mehr im Kreis geschickt und landen direkt bei jener Versorgungsebene, die für sie die beste und geeignetste ist. Deutschland, Dänemark und die Schweiz betreiben solche Systeme bereits erfolgreich.

Mehr ÄrztInnen und Gesundheitsberufe im Kassensystem

Österreich droht ein akuter ÄrztInnenmangel. In den nächsten zehn Jahren geht jedeR zweite niedergelassene Ärztin/Arzt in Pension – das sind fast 8.800 ÄrztInnen. Noch dramatischer ist die Situation der rund 7.100 ÄrztInnen mit einem GKK-Vertrag und bei den FachärztInnen. Die Konsequenzen sind Gemeinden ohne HausärztInnen, lange Wartezeiten, wochen- und oft monatelanges Warten auf Facharzttermine und

hohe Kosten bei WahlärztInnen. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die Patientinnen und Patienten. Rund 200.000 Menschen haben aktuell keine wohnortnahe, adäquate hausärztliche Versorgung, weil derzeit 85 Kassenstellen nicht besetzt werden können.

Wir wollen auch in Zukunft eine hochwertige, wohnortnahe und patientenfreundliche medizinische Versorgung für Österreich sicherstellen.

Für mehr HausärztInnen

ErsteR AnsprechpartnerIn bei Gesundheitsproblemen ist die Hausärztin/der Hausarzt. Der Primärversorgungsbereich muss daher gestärkt und ausgebaut werden, damit auch in Zukunft eine niederschwellige, wohnortnahe Versorgung in ganz Österreich sichergestellt ist. Dazu braucht es aus unserer Sicht:

Anreize für MedizinstudentInnen und ÄrztInnen, im Land zu bleiben und AllgemeinmedizinerIn zu werden:

- ein Stipendiensystem für ÄrztInnen, das sie für fünf Jahre an Österreich bindet. Das bedeutet aber auch, Kassenvertragsstellen annehmen zu müssen (ein Jahr Ausbildung kostet rund 60.000 Euro).
- ohne Stipendium: Verpflichtung, nach dem Abschluss der Ausbildung eine Vertragsarztstelle anzunehmen, und im Gegenzug leichter zum Medizinstudium zugelassen werden (Anrechnung auf den Eignungstest)
- Vorreihung bei der Zuteilung von Ausbildungsplätzen, Ausbau der Lehrstühle für Allgemeinmedizin an allen öffentlichen Universitäten, verstärkten Fokus auf bezahlte Praktika

- mehr Geld für AllgemeinmedizinerInnen: Es müssen neue, leistungsorientierte und zeitgemäße Honorarvereinbarungen abgeschlossen werden.

Landesförderungen mit Schwerpunkt auf unterversorgte Regionen: Länder sollen durch Förderungen ÄrztInnen Anreize geben, sich in ihrem Bundesland – für mind. 5 Jahre – niederzulassen, etwa durch das Zur-Verfügung-Stellen von Ordinationsräumlichkeiten oder einfacheren Ablösen.

- Gründerservice nach Wiener Vorbild: Die Förderung zur Ordinationsgründung ist ein wichtiger Schritt, um auch JungmedizinerInnen zu motivieren, gerade in den Fächern Allgemeinmedizin sowie Kinder- und Jugendheilkunde, wo bereits ein akuter ÄrztInnenmangel spürbar ist, den Weg in die Niederlassung zu gehen. In Wien erhalten AllgemeinmedizinerInnen, die sich im 10. Wiener Gemeindebezirk ansiedeln, ein Startkapital von 44.000 Euro. KinderärztInnen können ebenfalls mit dieser Unterstützung rechnen – sogar wienweit.
- Beseitigung umsatzsteuerrechtlicher Hürden beim Mieten von Ordinationen

Forcierung des Ausbaus der Primärversorgungseinheiten (PVE): Bis 2021 sollen zumindest 75 Primärversorgungseinheiten österreichweit errichtet werden. Dafür wurden 200 Mio. Euro bereitgestellt.

- Diese gilt es von den Ländern und der Sozialversicherung zu aktivieren.
- PVE bieten die Möglichkeit der Vernetzung, der Zusammenarbeit mit anderen Gesundheitsberufen, weniger Bürokratie für den Einzelnen, geteiltes Personal, flexiblere Arbeitszeiten, aber auch bessere Öffnungszeiten – vor allem an den Tagesrandzeiten und am Wochenende – und damit bessere Versorgung.
- Öffnung der PVE für andere MangelfachärztInnen in der betroffenen Region

Gesundheitsberufe

Neben dem ÄrztInnenmangel wird es in Zukunft auch einen Personalmangel in anderen Gesundheitsberufen geben. Von den Gesundheits- und KrankenpflegerInnen bis hin zu den verschiedenen TherapeutInnen ist es notwendig, Maßnahmen zu setzen, um Menschen für diese Berufe zu begeistern und ausgebildete Fachkräfte in den Berufen zu halten. Deshalb wollen wir:

Modell Berufsbildende höhere Schule: Anstelle der so genannten „Pflegelehre“, die bereits mit 15 Jahren beginnt, sollte ein BHS-Modell für Gesundheits- und Sozialberufe eingeführt werden, das auch mit der Qualifikation „Pflegefachassistenz“ abgeschlossen werden kann.

- Zusätzlich muss für jene jungen Menschen, die die Schulpflicht erfüllt haben, die Möglichkeit eines Vorbereitungsjahres im Bereich der Pflege geschaffen werden, um interessierten Jugendlichen einen möglichst umfassenden Einblick in die Arbeitswelt der Pflegeberufe zu eröffnen, um in ihnen das Interesse, einen Pflegeberuf zu ergreifen, zu wecken.

Attraktive Arbeitsplätze durch bessere Arbeitsbedingungen: ausreichend Personal, faire Bezahlung und adäquate Arbeitszeitmodelle, höherer KV-Lohn, Bonus für anspruchsvolle Arbeitszeiten

- Es muss die Möglichkeit bestehen, verstärkt auch in Primärversorgungseinrichtungen verschiedene Gesundheitsberufe, wie etwa TherapeutInnen oder DiätassistentInnen, zu etablieren.
- Aufwertung der Berufsgruppen: Aufnahme aller Gesundheitsberufe in das Gesundheitsberuferegister.

Mehr Ausbildungsplätze: Derzeit gibt es zu wenig Ausbildungsplätze an den Fachhochschulen, Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege und Sozialbetreuungsberufeschulen. Die Länder sind gefordert, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Ausbau des Fachkräftestipendiums: Auch für Assistenzberufe sowie die Ausweitung der Altersgrenze bei Selbsterhalterstipendien für Personen über 35 Jahre, um Quer- und WiedereinsteigerInnen ein FH-Studium zu ermöglichen.

Ausbau von Therapieplätzen im Kassen-system: Physio-, Ergo-, Psychotherapie usw. müssen künftig für alle Versicherten innerhalb einer vertretbaren Zeit als Kassenleistung zur Verfügung stehen – für Kinder gratis.

Einführung einer bundesweit einheitlichen, verpflichtenden und bedarfsorientierten Personalberechnung für das Gesundheitswesen und die Langzeitpflege.

FachärztInnen

Bei VertragsfachärztInnen liegt das Hauptproblem bei den langen Wartezeiten auf einen Termin. Gründe dafür sind zum einen, dass in manchen Sparten ein grundsätzlicher Mangel besteht, zum anderen liegt es daran, dass viele Ärztinnen und Ärzte keine Kassenverträge abschließen wollen. Derzeit sind österreichweit 53 Facharztvertragsstellen unbesetzt.

Auch hier soll mit einem Stipendiensystem entgegengewirkt werden, sodass Mangelfächer (z.B. KinderärztInnen, GynäkologInnen etc.) stärker gefördert werden – mit der Maßgabe, einen Kassenvertrag annehmen zu müssen.

Gleiche Leistungen für alle - unabhängig vom Job

Die Kassenreform von Kurz und Strache bringt nach Expertenmeinung zunächst einmal insbesondere Mehrkosten in der Verwaltung, aber keine einzige Leistung mehr für PatientInnen. Sie bringt aber auch nicht die gleichen Leistungen für alle. Der Beamte in Vorarlberg erhält weiterhin höhere Leistungen als der Mechaniker im Burgenland. Wir hingegen wollen gleiche Leistungen für alle Menschen vom Bodensee bis zum Neusiedlersee.

Die ultimative Gesundheits-App für alle Österreicherinnen und Österreicher

Von Maps oder Karten über E-Mails bis zum Kalender: Wir organisieren unser Leben über Smartphones. Wir wollen auch im Gesundheitsbereich ins 21. Jahrhundert. Wir schaffen eine Österreich.Gesund-App, die alle Österreicherinnen und Österreicher kostenlos nutzen können. Sie enthält unter anderem:

- Automatische Erinnerungen für Arztbesuche (Vorsorgeuntersuchungen, Zahnarztkontrollen)
- Informationen über Apotheken- und Ärztedienst am Wochenende
- Einen elektronischen Impfpass inkl. Erinnerungen für Auffrischungsimpfungen
- Auf Wunsch: ELGA am Handy. Alle Dokumentationen und alle Befunde (Blutbefunde, andere Screenings zur leichten Nachkontrolle und Verfolgung)

Österreich: Nummer 1 in der Krebsforschung

Krebs verursacht enormes Leid bei den Betroffenen und ihren Familien. Schaffen wir einen Fonds zur Erforschung und Bekämpfung von Krebserkrankungen. Werden wir Vorzeigeland in der Krebsverhinderung und -heilung. Das ist gut für die Gesundheit der Menschen und für die Wirtschaft unseres Landes. Ein wichtiger Schritt um Krebserkrankungen zu verhindern, war das von uns durchgesetzte Rauchverbot in Lokalen.

Nichts ist wichtiger: Gesunde Kinder



Kaum etwas im Leben ist mit so viel Glück verbunden, wie die Geburt eines Kindes. Und kaum etwas mit so viel Verantwortung: Wird unser Kind gesund zur Welt kommen? In welches Krankenhaus sollen wir gehen? Gibt es in meiner Nähe einen guten Kinderarzt?

Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind besonders wichtig für den späteren Gesundheitszustand: Stress und schlechte Ernährung in der frühen Kindheit schaden der Gesundheit bis ins Erwachsenenleben. Wir lieben unsere Kinder und alle haben einen guten Start in ein gesundes Leben verdient. Das heißt: Familien müssen genug Zeit und Geld haben. Die Eltern müssen genug verdienen, günstig wohnen und sich auf das Gesundheitssystem verlassen können – Existenzängste und finanzieller Stress dürfen die Gesundheit unserer Kinder nicht gefährden.

Jedes Kind, das krank wird, muss liebevoll und bestens versorgt werden – wie viel die Eltern verdienen, darf keine Rolle spielen. Wir brauchen genügend Kinderärzte und eine öffentliche Vorsorge, damit unsere Kinder gesund aufwachsen – von Kopf bis Fuß, bis zu den Zähnen. Doch in Österreich hat jedes zweite Schulkind Karies – das ist durch eine Zahngesundheits-Offensive für Kinder vermeidbar.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 bei 80% aller Kinder Kariesfreiheit zu erreichen.

So schaffen wir das.

Erweiterung des Mutter-Kind-Pass

Wir wollen den Mutter-Kind-Pass erweitern und so die Gesundheit aller Kinder in Österreich unabhängig von Herkunft und Geld sicherstellen. Dazu sollen verpflichtende Zahnarztbesuche ab dem jungen Kindheitsalter (ab dem 3. Lebensjahr) aufgenommen werden. Von Kontrollbesuchen bis zu Kariesprävention.

Präventionsprogramm gegen Kinderzahnsschäden

Modell Schweden: Ab dem 3. Lebensjahr des Kindes sind regelmäßige Zahnarztbesuche und Kontrollen verpflichtend vorgeschrieben. Zahnarztbehandlungen, insbesondere Kariespräventionsmaßnahmen übernimmt bis zum 23. Lebensjahr in vollem Umfang die Krankenkasse. Die jährliche Gratis-Mundhygiene für Kinder und Jugendliche soll in Zukunft vom 6. bis zum 23. Lebensjahr erweitert werden (dzt. nur vom 10. bis zum 18. Lebensjahr). Amalgamfreie Füllungen: Bis zum 23. Lebensjahr soll es kostenlose Alternativen zu Amalgamfüllungen geben. Die hohen Quecksilberbelastungen für Kinder und Jugendliche werden so vermieden. Bis 2030 wollen wir das WHO-Ziel von 80% aller Kinder kariesfrei erreicht haben.

Kinderarzt-Offensive

Mehr Kinderarztstellen und bessere Verträge für KinderärztInnen sollen eine ausreichende, flächendeckende Versorgung gewährleisten. In Zukunft soll es so bei KinderärztInnen in der Regel keine Wartezeiten über 15 Minuten mehr geben und gleichzeitig ausreichend Zeit für den Arzt, sich ausführlich den Kindern zu widmen. Wir wollen dazu Kinderarztstipendien und auch eine entsprechende Vorreihung bei den Aus-

bildungsplätzen. Außerdem sollen KinderärztInnen verstärkt in Primärversorgungseinheiten gemeinsam mit AllgemeinmedizinerInnen, Pflegepersonal und anderen Gesundheitsberufen, wie diverse TherapeutInnen, zusammenarbeiten, um eine ganzheitliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.

Kostenfreier und ausreichender Zugang zu diagnostischen und therapeutischen Leistungen im Kindes- und Jugendalter

Arme Kinder von heute sind die chronisch kranken Erwachsenen von morgen. Bei den Therapieangeboten wie Logopädie oder Ergotherapie oder Psychotherapie müssen Kinder auf Grund der mangelnden Verfügbarkeit mit einem dreiviertel Jahr bis Jahr Wartezeit rechnen. Ganze Regionen sind derzeit ohne ein Angebot für Kinder im Bereich der Psychotherapie. Schätzungen zufolge fehlen insgesamt etwa 60.000 bis 80.000 kassenfinanzierte Therapieplätze (Psycho-, Physio-, Ergotherapie, etc.). Das hat jedoch schlimme Konsequenzen. Wenn ein Kind mit Entwicklungsverzögerung zB bei der Sprachentwicklung nicht früh genug behandelt wird und keine Versorgung bekommt, dann führt das zu erheblichen Folgen und Benachteiligungen im späteren Leben. Das ist nie wieder aufholbar. Auch psychische Erkrankungen in der frühen Kindheit beeinträchtigen das Leben eines Kindes oft sehr nachhaltig. Das trifft einkommensschwache Eltern und ihre Kinder natürlich doppelt hart, da sie sich diese fehlenden Leistungen nicht „zukaufen“ können. Wir fordern daher den flächendeckenden Ausbau des Angebots von Therapieplätzen und die vollständige Kostenübernahme für Kinder durch die Krankenkassen.



Für Oma & Opa!

Pflegesicherheit – Aus Liebe zur älteren Generation.

Von der Geburt bis ins hohe Alter – wir schauen aufeinander.
Unsere Eltern und Großeltern haben uns mit Liebe großgezogen und uns alles gegeben – geben wir ihnen diese Liebe zurück, wenn sie unsere Hilfe brauchen.

Im Alter oder durch Krankheit auf Pflege und Betreuung angewiesen zu sein, ist nicht leicht. Man muss lernen, damit zu leben, für alltägliche Dinge die Hilfe anderer zu brauchen. Die Gesellschaft muss pflegebedürftigen Menschen vermitteln: Wir helfen euch gerne, denn auch ihr habt uns viel gegeben.

Es geht um 456.000 Menschen, die heute in Österreich auf Pflege und Betreuung angewiesen sind. Sie und ihre Familien dürfen wir nicht alleine lassen. Wir müssen für sie da sein.

→ Jede zweite Familie mit einem Pflegefall sieht sich nicht ausreichend unterstützt.

→ Die Pflegerin ist in 80% der Fälle die Tochter, Schwiegertochter oder Enkelin – beinharte Arbeit, für die viele Frauen auch noch Gehaltseinbußen in Kauf nehmen müssen.

Die Pflege der älteren Generation ist das große Zukunftsthema: Bis 2050 werden 750.000 Menschen auf Pflege und Betreuung angewiesen sein – und wir brauchen bis dahin 80.000 Pflegekräfte.

Dem müssen wir mit Liebe begegnen. Wir dürfen die Pflege unserer Eltern und Großeltern nicht dem Markt überlassen – Pflege ist kein Feld für wirt-

schaftliche Bereicherung von Konzernen auf Kosten von hart arbeitenden Familien. Und Pflege ist auch kein Feld für die Ausbeutung von Pflegekräften – denn sie sind in schweren Momenten für unsere Lieben da und behandeln sie gut – behandeln auch wir sie gut.

Pflegebedürftige und ihre Familien haben viele Sorgen – einige können wir ihnen gemeinsam nehmen.

Wir müssen gemeinsam für jene sorgen, die nicht mehr oder nur mehr eingeschränkt selbst für sich sorgen können. Menschen mit kleinen Einkommen und ohne angespartes Vermögen müssen sich darauf verlassen können: Meine Mutter wird gut, liebevoll und – wenn möglich und sinnvoll – zu Hause gepflegt. Menschen mit gutem Einkommen und etwas Erspartem müssen sicher sein: Mein Vater ist bestens

versorgt, ohne dass ich mein mühsam Erspartes verliere. Nur wenn wir wissen, dass wir in schwierigen Situationen Hilfe bekommen, leben wir in einer sicheren Gesellschaft.

Jetzt kommt die
Valorisierung des
Pflegegeldes –
im freien Spiel der
Kräfte erreicht.

Warum wir für Pflegesicherheit sind – und eine Pflegeversicherung ArbeitnehmerInnen unvorhersehbar belastet

Derzeit belaufen sich die Kosten für die Pflege auf über 7 Milliarden Euro im Jahr. 6,4 Milliarden davon trägt der Staat – der Rest wird von den Pflegebedürftigen oder ihren Familien bezahlt. Die SPÖ will, dass diese Kosten der Pflegegarantie-Fonds übernimmt – finanziert aus Steuermitteln. Das kostet die ArbeitnehmerInnen keinen Cent mehr.

Eine Pflegeversicherung belastet die Beschäftigten dagegen zusätzlich. In Deutschland gibt es bereits seit 1995 eine Pflegeversicherung. Die Beiträge der ArbeitnehmerInnen wurden ursprünglich mit 1 Prozent des Lohns festgelegt, zusätzlich wurde ihnen zur Finanzierung ein Feiertag gestrichen. Seit-

her wurden die Beiträge zur Pflegeversicherung mehrfach angehoben – sie liegen derzeit bei drei Prozent des Lohns. Umgelegt auf Österreich würde die Finanzierung der Pflege durch eine Pflegeversicherung zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten um 6 Prozentpunkte führen. (Für die Beschäftigten also eine Erhöhung des Beitragssatzes um 3 Prozentpunkte, für Arbeitgeber ebenfalls)

Hinzu kommt, dass das System stark von der Konjunktur abhängig ist. Sozialversicherungen geraten unter Druck, wenn die Beschäftigungslage schwach ist. Will man die Beiträge nicht erhöhen, so hätte dies unweigerlich eine Kürzung der Leistungen zu Folge. Und

genau darauf freuen sich die Versicherungsunternehmen. Denn je besser die öffentlichen Leistungen sind, desto niedriger ist die Nachfrage nach privaten Versicherungsangeboten. Wir haben uns daher für einen anderen Weg entschieden: Das Beste aus beiden Welten miteinander verbinden. Durch den Rechtsanspruch auf öffentlich finanzierte Pflege können sich die Menschen auf gute Leistungen im Pflegefall verlassen – eine Versicherung also. Gleichzeitig steigen damit nicht die Lohnnebenkosten, sondern die Pflege wird gerecht und solidarisch nach dem Prinzip „wer mehr hat, kann auch mehr beitragen“ aus Steuergeldern finanziert.

So schaffen wir das.

Rechtsanspruch auf leistbare Pflege: JedeR hat das Recht, in Würde zu altern – frei von Existenzängsten. Damit bekommen alle einen Rechtsanspruch auf hochwertige Pflege, ob zu Hause oder im Heim – staatlich finanziert und garantiert.

Staatliche Pflegegarantie finanziert aus dem Pflegefonds: Der Staat übernimmt alle Kosten der Pflege – mobil und im Heim. Rund 650 Mio. zahlen Familien derzeit privat für Pflegeleistungen, künftig kommt dafür der Pflegegarantiefonds auf.

→ Dort werden alle Gelder des Bundes und der Länder zusammengeführt. Der Fonds wird aus Steuermitteln gespeist und mit 7,5 Mrd. Euro dotiert. Das ist 1 Mrd. Euro mehr für die Pflege.

Finanzbedarf über eine Millionärssteuer ausgleichen: Aufeinander schauen heißt auch: JedeR muss einen angemessenen Beitrag leisten. Die ArbeitnehmerInnen zahlen heute 80 Prozent der Steuern und Abgaben in Österreich. Kapital und Vermögen tragen im europäischen Vergleich viel zu wenig bei. Wir sind nur dann stark, wenn die, die Glück hatten, auch auf die anderen schauen und mithelfen, die Pflege für alle ÖsterreicherInnen zu finanzieren.

Automatisch Pflegegeld ohne zusätzlichen Behördenweg: Das Pflegegeld muss nicht mehr beantragt werden. Die Beantragung des Pflegegeldes passiert automatisch bei der Feststellung des Betreuungsbedarfs.

Pflege ausbauen: Wir investieren in ein umfassendes und differenziertes Pflegeangebot. Das heißt: Ausbau der mobilen Dienste, mehr Plätze in Pflegeheimen, bessere Qualitätsstandards bei der 24h-Betreuung. Für ein bundesweit einheitliches, transparentes, öffentliches Pflegesystem.

Pflegepersonal ordentlich bezahlen: Behandeln wir die gut, die unsere Liebsten gut behandeln. In der Pflege braucht es dringend mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen: Höhere Löhne und familienfreundliche Arbeitszeiten sollen den Pflegeberuf attraktiver machen. Um den zukünftigen Fachkräftebedarf abzudecken, müssen Ausbildungsplätze aufgestockt werden. Außerdem braucht es geeignete Schulmodelle. So könnte die Ausbildung an Berufsbildenden Höheren Schulen erfolgen (Abschluss mit der Qualifikation Pflegefachassistentenz).

Pflegende Angehörige wertschätzen: Pflegende Angehörige verdienen unseren höchsten Respekt und unsere Anerkennung. Sie zu unterstützen hat oberste Priorität. Es braucht dazu beispielsweise Rechtsanspruch auf Pflegezeit oder Pflegekarenz, damit man im Notfall nicht BittstellerIn ist. Es braucht den Ausbau von Betreuungsangeboten, wie zB Weiterentwicklung der 24-Stunden-Betreuung in eine Alltagsbetreuung, aber auch eine Informationsoffensive durch das Pflegeservice, damit pflegende Angehörige auch ihre Rechte und Möglichkeiten (zB kostenlose Pensionsversicherung) kennen und in Anspruch nehmen.

Pflegeservicestelle - kein unnötiger Behördenlauf: In allen Bundesländern sorgen die MitarbeiterInnen der Pflegecenter für die Beratung und Hilfestellung vor Ort und die Abwicklung aller Behördengänge. Betroffene brauchen Zeit und Nerven für andere Dinge – die Verwaltung soll sie unterstützen.



Wir lieben das Land & unsere Regionen

Denken wir an Politik, an Gesetze, an Parteien, dann haben wir oft das Bild von Wien als Hauptstadt und anderen Großstädten im Kopf. Denn dort sind Parlamente, Landtage, Regierungen. Doch wer Politik für alle Menschen in Österreich machen will, der muss auch auf den ländlichen Raum schauen. Immerhin wohnen 2 von 3 ÖsterreicherInnen in den ländlichen Regionen.

Österreichs Städte wachsen. Immer mehr Menschen zieht es in die Metropolen. Wir wissen, unsere Städte sind lebenswert, es gibt gute Kinderbetreuung, Intervalle im öffentlichen Verkehr sind dicht, die Auswahl an Schulen und Lehrstellen ist größer, es gibt viele ÄrztInnen und viele Einkaufsmöglichkeiten. Vor allem Frauen ziehen in die Städte – sie suchen dort gute Jobs und Betreuungspätze für Kinder. Doch diese „Landflucht“ hat auch einen Nachteil. Die ländlichen Regionen und die Gemeinden leiden unter den Folgen: Weniger EinwohnerInnen bedeutet, dass es an KonsumentInnen fehlt, an Nachwuchs in Betrieben, in Vereinen. Und dass die Finanzierung von Infrastruktur schwieriger wird.

Auch immer weniger ÄrztInnen wagen sich aufs Land. Der Hausarzt-Mangel ist in ländlichen Regionen besonders bemerkbar. Schon jetzt

haben 200.000 Menschen in Österreich keinen Hausarzt in der Nähe – ein Problem, das sich verschärft. Denn in den nächsten 10 Jahren werden 60 Prozent der AllgemeinmedizinerInnen das Pensionsalter erreicht haben.

200.000 Menschen in Österreich haben keinen Hausarzt in der Nähe.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen vor großen Problemen: Wie können Schulen, Gasthäuser, Arztpraxen, Polizeiposten, der Busverkehr und Kindergärten erhalten werden? Wie können sie dafür sorgen, dass ihre Gemeinden lebenswerter werden und mehr Menschen bleiben wollen?

90 Prozent der Fläche ist ländlicher Raum.



2 von 3 Österreichern leben in ländlichen Regionen.

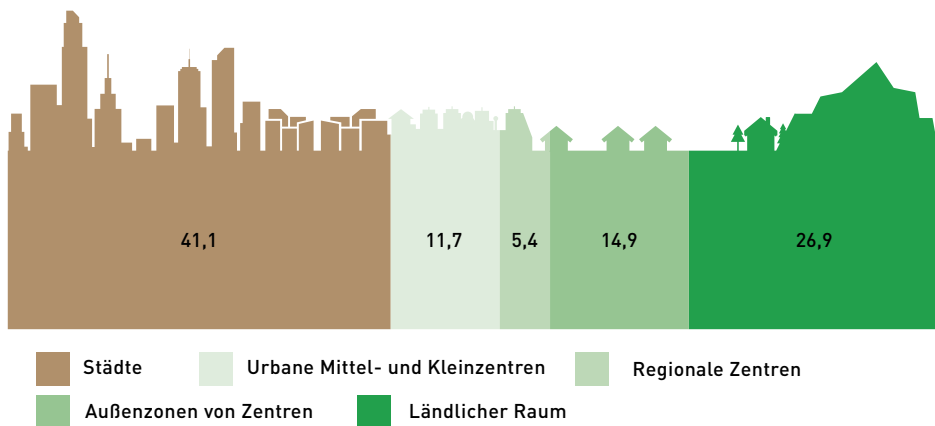


Problem Landflucht: 5.000 Menschen wandern jährlich allein nach Wien ab.



So lebt Österreich.

Statistik Austria, Daten für 2017.



Unsere Vision: Regionen stärken und lebenswert für alle machen

Wer meint, mit uns Stadt gegen Land ausspielen zu können, der irrt. Wir wollen ein Österreich des Miteinanders. Ein Österreich, in dem wir in den ländlichen Raum und in die Gemeinden investieren. Egal, wo Menschen wohnen: Sie sollen die besten Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Und wer am Land wohnt, soll gute Kinderbetreuung, genügend Ärztinnen und Ärzte, Pflegeleistungen, Schulen und öffentlichen Verkehr, sowie Zugang zu schnellem Internet haben.

Kein Gasthaus, kein Geschäft

Viele Orte in Österreich haben keinen Wirt und keinen Nahversorger mehr. Oft verfallen Gasthäuser einfach. Denn man hat keinen Nachfolger gefunden, der den Betrieb übernimmt.

„Seit Ende der 1970er-Jahre sank die Zahl (der Wirtshäuser in Österreich) von ungefähr 16.000 auf heute 8.500 bis 9.000“, sagt Klaus Dutzler. Er hat die Auswirkungen des Wirtshaussterbens dokumentiert.

Für die BewohnerInnen erschwert das den Alltag. Ihnen fehlt ein Ort zum gemeinsamen Essen, zum Feiern – und ein Geschäft zum Einkaufen.

So schaffen wir das.

Der 7-Punkte-Plan für den ländlichen Raum.

1. Sozial- und Sicherheitspaket

Jeder soll einen Hausarzt im Umkreis von 10 Minuten haben: Damit das funktioniert, wollen wir mehr Ärztinnen und Ärzte motivieren, Praxen in ländlichen Regionen zu eröffnen. Landarzt-Stipendien, mehr Hilfe bei der Praxisgründung und der Ausbau von Primärversorgungszentren können das erreichen. (→ Für mehr HausärztInnen, S. 29)

Wiedereinführung der Aktion 20.000: Sie hat nicht nur tausenden Menschen einen Job und eine Perspektive gegeben, sondern auch Österreichs Gemeinden neu aufleben lassen. Denn die Beschäftigten haben Sportanlagen erhalten, sich als Hausmeister um MieterInnen gekümmert, Grünanlagen gepflegt, kranke Menschen versorgt und im Winter die Straßen von Schnee befreit.

„Bei dieser Aktion war das Schöne, dass man sofort gesehen hat, wie sie tausenden Menschen geholfen hat. Sie hat real ihr Leben verbessert. Ich habe zum Beispiel einen Mitarbeiter im Stadtgarten, der gehörlos ist und

der vorher keine Chance mehr bekommen hat. Dieser Mitarbeiter macht bei uns alle Blumentröge bzw. alle neuen Grün-Bepflanzungen in der Innenstadt. Das müssen Sie sich einmal ansehen, was der alles geschafft hat! Die Aktion 20.000 ist eines der besten Arbeitsmarkt-Projekte, die es in Österreich jemals gegeben hat.“

– Günther Albel
Bürgermeister von Villach

Jeder, der Pflege braucht, soll individuell versorgt werden: Egal, ob man zu Hause wohnen oder in einem Pflegewohnheim betreut werden möchte. Finanziert wird das mit einem Pflegegarantie-Fonds. (→ Rechtsanspruch auf leistbare Pflege, S. 37)

2.500 mehr PolizistInnen auf Österreichs Straßen: In Österreich fehlen tausende Polizistinnen und Polizisten. Damit am Land genügend Polizeipersonal arbeiten kann, werden wir in den Erhalt von Polizei-Posten und in mehr Polizeistellen investieren.

2. Versorgungspaket

Jeder soll einen Bankomaten in der Nähe haben – und ohne Gebühren an sein Geld kommen: Deswegen werden wir wieder ein Verbot von Bankomat-Gebühren einführen. Um eine flächendeckende Versorgung von Bankomaten sicherzustellen, wollen wir die Bankinstitute in die Pflicht nehmen. Diese sollen ein Mindestmaß an Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Regionale Bio-Wende: Unsere LandwirtInnen erzeugen hervorragende Produkte. Wir wollen ihre regionale Produktion stärken. Damit weniger Äpfel aus Chile in den Supermarkt-Regalen landen, dafür mehr aus der Region.

Förderung kleinerer Landwirtschaftsbetriebe: In Österreich gibt es Agrarkonzerne, die hohe Profite machen. Gleichzeitig kämpfen kleine und mittlere Bauernhöfe um ihre Existenz. Wir werden daher das Fördersystem so umbauen, dass kleine und mittlere Landwirte stärker profitieren. Direkt-Förderungen wollen wir auf 150.000 Euro begrenzen. Dazu wollen wir eine höhere Förderung für die ersten 20 Hektar.

3. Kinderbetreuungs- und Bildungspaket

Ausbau der Kindergärten: Wir wollen Gemeinden finanziell stärker unterstützen, damit sie mehr Kindergärten errichten, längere Öffnungszeiten mit weniger Schließtagen im Som-

mer anbieten können. Auch ein zweites gratis Kindergartenjahr soll es geben!

Ausbau der Ganztageschulen: Jede Familie soll im Umkreis von 20 Kilometern eine Schule mit ganztägiger Betreuung vorfinden. Dafür braucht es einen zügigen Ausbau, bei dem wir die Gemeinden unterstützen wollen.

(→ Verlässliche Kinderbetreuung, S.129)

4. Investitions- und Wirtschaftspaket

Flächendeckender Breitbandausbau: Österreich muss 5G-Vorreiter werden – und das nicht nur im Ballungsraum, sondern vor allem in ländlichen Regionen. Es braucht einen raschen Ausbau und Anbindung in allen Tälern, Regionen und Gemeinden Österreichs.

Handwerker vor Ort unterstützen – Reparieren statt Wegwerfen: Wir neigen immer mehr dazu, Kaputtes einfach wegzuwurfen, statt den Handwerker vor Ort zu kontaktieren. Wir wollen daher eine Prämie für Reparaturen. Das stärkt die heimische Wirtschaft und ist gut für die Umwelt.

KMU-Bonus bei öffentlichen Aufträgen: Kleine und mittlere Betriebe sind das Rückgrat der Wirtschaft und der Regionen. Sie sollen bei öffentlichen (Groß-)Aufträgen nicht durch die Finger schauen. In die Ausschreibungskriterien soll ein KMU-Bonus aufgenommen werden.

Fortführung des kommunalen Investitionspakets: Was unter SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern begonnen wurde, soll jetzt neu aufgelegt und verlängert werden. Konkret soll es 175 Millionen Euro für kommunale Investitionen geben.

5. Nahverkehrspaket für Gemeinden

Mehr Geld für Verkehrswege: Wer in ländlichen Regionen wohnt, braucht einen guten Nahverkehr. Deshalb wollen wir ein Sonder-Investitionsprogramm für Gemeinden, damit diese das öffentliche Verkehrsangebot vor Ort ausweiten. Finanziert wird dies aus dem Klimaschutzfonds. (→ Nahverkehrspakt für Gemeinden, S. 15)

6. Wohnpaket:

Die Spekulationen mit Wohnraum sind längst nicht nur ein städtisches Problem, sondern auch in manchen ländlichen Regionen – allen voran in touristischen Gegenden. Damit Wohnraum auch im ländlichen Raum leistbar bleibt, wollen wir einen Ausverkauf von Grund und Boden ans Ausland verhindern. Vorbild könnte Dänemark sein, das den Verkauf von Grundstücken an ausländische SpekulantInnen verbietet. (→ Kein Ausverkauf von Grund und Boden, S. 49)

7. Freiwilligenpaket

Tausende Freiwillige machen Österreich solidarisch und stark. Als Feuerwehrleute, als SanitäterInnen helfen sie ihren Mitmenschen in Katastrophen-Fällen. Wir haben dafür gekämpft, dass Freiwillige eine Entgelt-Fortzahlung bekommen, wenn sie im Einsatz sind. Was sie aber darüber hinaus verdienen: Sonderurlaub und insgesamt natürlich kürzere Arbeitszeiten – so wie alle Beschäftigten. Deswegen lehnen wir den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche in der derzeitigen Form ab. Wer will, dass sich Menschen neben Beruf und Familie freiwillig engagieren, sorgt für ausreichend Freizeit!



Stolz auf unseren Wirtschaftsstandort

Die Unternehmen in Österreich sind innovativ, die Beschäftigten produktiv. Und der Staat: er investiert in Infrastruktur, Ausbildung und das soziale Netz. All das sind Erfolgsfaktoren, die unseren Wirtschaftsstandort auszeichnen und stark machen. Wir wollen, dass das so bleibt – und werden unsere Industrie und Arbeitsplätze schützen.

Österreich ist ein wettbewerbsfähiger und leistungsstarker Wirtschaftsstandort – und hat in Sachen Produktivität, BIP und Nachfrage das Nachbarland Deutschland überholt. Das haben wir unseren fleißigen Beschäftigten und innovativen Unternehmen zu verdanken. Sie alle erarbeiten und sichern den Wohlstand unseres Landes.

Auch unser gut ausgebauter Sozialstaat trägt zum Wirtschaftswachstum bei. Warum? Weil er Stabilität garantiert. Transferleistungen verhindern, dass Menschen bei Einkommensverlust in die Armut abrutschen. Und sie ermöglichen es zu konsumieren. In Zeiten der Finanzkrise ab 2008 war das besonders relevant.

Ein starker Sozialstaat macht einen Wirtschaftsstandort widerstandsfähiger gegen Krisen und damit wettbewerbsfähiger.

WIFO-Studie „Sozialstaat und Standortqualität“ 2018

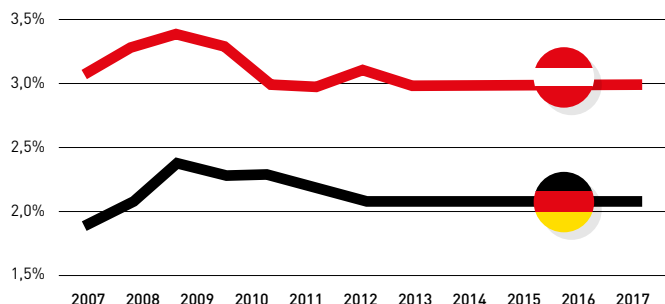
Ebenso wenig unterschätzen darf man den Wert unserer Infrastruktur. Unternehmen brauchen für ihren Erfolg ein ausgezeichnetes Verkehrsnetz und eine sehr gute Energieversorgung, die von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden. All das bietet Österreich. Damit das so bleibt, müssen wir investieren – vor allem die digitale Infrastruktur ist ausbaufähig,

aber relevant für Unternehmen und Beschäftigte.

Doch unser Wirtschaftsstandort gerät durch die Globalisierung auch unter Druck. Billigprodukte aus Asien, erzeugt unter schlechten Arbeitsbedingungen sowie teils katastrophalen Umweltstandards, üben Druck auf unsere heimische Industrie aus. Die Expansions-Strategie von Ländern wie China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten macht vor Europa nicht halt: Über riesige Staatsfonds kaufen sich Konzerne in diesen Ländern Anteile an europäischen Firmen. Die Gefahr: Wenn Hochtechnologie-Anlagen aus Österreich an ausländische Eigentümer übergehen, könnten diese geschlossen und das Know-How ins Ausland

Österreich investiert mehr als Deutschland in seine Infrastruktur

Öffentliche Investitionen in Prozent des BIP, Eurostat (2018)



transferiert werden. Die Jobs und die Wirtschaftsleistung fehlen dann hierzulande.

Wir wollen einen starken Schutz unserer Hochtechnologien, die von Forscherinnen und Forschern in Österreich entwickelt worden sind – und die der Staat mit Steuergeld mitfinanziert hat. Wir wollen die Gefahr eines Ausverkaufs österreichischer und europäischer Technologie abwehren. So sichern wir langfristig ganze Industrien und ihre Arbeitsplätze.

Der größte chinesische Fonds hat mittlerweile ein Volumen von rund 1.000 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Das entspricht dem 2,5-Fachen des österreichischen BIP.

**Unsere Vision:
Wohlstand schaffen,
Arbeitsplätze sichern
– und Österreich als
Wirtschaftskraft
erhalten**

Unseren Kindern und Enkeln soll es besser gehen als uns. Sie sollen mit Hoffnung in ihre Zukunft schauen und sich sicher sein, dass sie gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorfinden, dass sie von ihrem Einkommen gut leben können und dass die Wirtschaft in unserem Land wächst. Damit das funktioniert, müssen wir jetzt in Forschung und in Infrastruktur investieren sowie dafür sorgen, dass neue, ökologische Jobs geschaffen werden. Wir wollen auch weiterhin das Land mit den am besten ausgebildeten Fachkräften weltweit sein. Deshalb schützen wir Schlüssel-Unternehmen vor dem Ausverkauf und investieren in unsere Verkehrs- und Energie-Infrastruktur.

So schaffen wir das.

Für ein Außenwirtschaftsgesetz mit Biss:

Die Kontrolle von strittigen ausländischen Investitionen ist in Österreich bislang lückenhaft und intransparent. Der umfassende Schutz von Wasser, Energie, Telekommunikation & Co vor den Shopping-Touren von Investmentfonds aus Drittstaaten ist jedoch ein Gebot der Stunde: Im Ernstfall muss die öffentliche Hand umfassend gegen einen Ausverkauf kritischer Technologien und von Infrastruktur der Daseinsvorsorge vorgehen können.

Ein „Made in Austria“-Fonds zur Verhinderung des Ausverkaufs österreichischer Technologie:

Wir schaffen einen „Made in Austria“-Fonds. In Zukunft sollen Dividenden aus den staatlichen Beteiligungen (derzeit rund 500 Mio. Euro jährlich) in diesen Fonds fließen. Der Fonds soll einerseits die öffentliche Beteiligung an wichtigen Unternehmen wie OMV oder Verbund absichern und andererseits in innovative österreichische Unternehmen investieren. Der „Made in Austria“ Fonds soll auch als Schutzschild gegen feindliche Übernahmen (siehe Außenwirtschaftsgesetz) dienen.

Wir fördern die investierende Wirtschaft:

Wir fördern jene Unternehmen, die Investitionen tätigen, neue Arbeitsplätze schaffen, Klimavorreiter sind und in die Aus- und Weiterbildung ihrer MitarbeiterInnen investieren. Wir wollen Innovationsprämien für klimarelevante Investitionen. (→ Förderungen für Klimainnovation, S. 16) Wir wollen eine steuerliche Investitionsbegünstigung in Form einer vorzeitigen Abschreibung sofort umsetzen.

KMU-Bonus bei öffentlichen Aufträgen:

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Rund 2 Mio. Beschäftigte, das sind 2/3 aller Beschäftigten, sind in KMUs tätig. Wir wollen die KMUs unterstützen. Sie sollen bei öffentlichen (Groß-)Aufträgen in Zukunft nicht durch die Finger schauen. In die Ausschreibungskriterien soll ein KMU-Bonus aufgenommen werden (Stärkung von qualitativen Vergabekriterien).

Staatliches Eigentum sichern:

Wir wollen staatliches Eigentum an kritischer Infrastruktur (z.B. Wasser, Energie oder Schiene) in der Verfassung festschreiben. Damit wird ein Ausverkauf unterbunden. (→ Kein Ausverkauf, S. 54)

Stärken wir die HandwerkerInnen, insbesondere im ländlichen Raum:

Wir werfen immer mehr Reparaturbedürftiges einfach weg, anstatt HandwerkerInnen vor Ort zu kontaktieren. Das hat nicht nur negative Auswirkungen auf die Umwelt, sondern schwächt auch die heimische Wirtschaft in der Region. Wir wollen daher eine Prämie für Reparaturen. Diese soll Anreize schaffen, die alte Waschmaschine doch beim Elektriker ums Eck reparieren zu lassen, anstatt sie wegzuworfen. Die Prämie soll 50 Prozent von maximal 600 Euro pro Person und Jahr betragen. (→ Investitions- und Wirtschaftspaket, S. 42)

Bessere soziale Absicherung für Selbstständige:

Wir wollen für Selbstständige eine bessere soziale Absicherung. Die Selbstbehalte sollen entfallen und wir wollen einen erleichterten Zugang zum Krankengeld.



Für ein Zuhause zum Verlieben. Wohnen darf kein Luxus sein.

Viele von uns erleben das: Wohnen ist einer der größten Kostentreiber in unserem Leben. Während die Löhne in den vergangenen zehn Jahren gerade bei unteren oder mittleren Einkommen geringer gestiegen sind, sind Mietpreise stark angestiegen – gerade im privaten Sektor. Das Ergebnis: Am Ende des Monats bleibt immer weniger in der Geldbörse. Streichen wir die Mietsteuer und entlasten alle mit einer Monatsmiete pro Jahr.

Warum passiert das? Zum einen wächst die Bevölkerung und verfügbarer Wohnraum wird knapper. Zum anderen aber verschärfen Immobilien-Spekulanten die Wohnungsknappheit. Immobilien dienen immer stärker als Anlageobjekte. Sie werfen Rendite für einige wenige ab, während viele andere verzweifelt nach einer leistbaren Wohnung suchen.

Aber auch der Tourismus und damit verbundene Zweitwohnsitze machen der Wohnbevölkerung in den Regionen Sorgen. Wenn in Tourismusregionen wie Kitzbühel ein Grundstück auf den Markt kommt, dann geht es oft in Windeseile an

ausländische milliardenschwere Investoren. Das treibt die Preise allgemein in die Höhe.

Auch Online-Plattformen wie etwa AirBnB entziehen dem Wohnungsmarkt in Städten Raum.

In Österreich sehen wir: Dort, wo in sozialen Wohnbau investiert wird, bleiben die Mietpreise am gesamten Wohnungsmarkt stabil. In Städten, wo Wohnen dem Markt überlassen wird, explodieren hingegen die Mietpreise. In London kann man für eine 2-Zimmer-Wohnung schon mal 570 Euro bezahlen – pro Woche!

Beispiel:
Kitzbühel



8.200
EinwohnerInnen

1.033
Ferienwohnsitze

7.000 Euro
kostet ein
Quadratmeter.





Unsere Vision: Wohnen ist ein Recht – und darf nicht alleine dem Markt überlassen werden

Jeder Mensch braucht ein Zuhause. Wir wollen, dass jede Familie, jeder Lehrling, jeder Single und jedes ältere Ehepaar ein Zuhause hat, das man sich leisten kann und in dem man gerne lebt. Doch das regelt kein Markt. Dafür müssen wir etwas tun. Der Staat soll an der Miete nicht auch noch 10 Prozent verdienen. Wir wollen daher die Mehrwertsteuer auf Mieten abschaffen. Dadurch

erspart sich eine Familie mehr als eine Monatsmiete pro Jahr. Eine Maßnahme, die sofort wirkt. Und für Familien im Eigenheim (Wohnung oder Haus) führen wir einen steuerlichen Wohnbonus von 500 Euro pro Jahr ein.

Außerdem wollen wir in sozialen Wohnbau investieren und Spekulation mit Wohnraum eindämmen. Wohnungen sind zum Wohnen da – nicht um damit Geld zu machen.

Durchschnittliche Mietpreise

pro m²

London

24 €

Paris

19,4 €

Zürich

18 €

München

12,7 €

Berlin

8 €

Wien

7,6 €

So schaffen wir das.

Weg mit der Mietensteuer! Eine Monatsmiete weniger

Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Mieten streichen, damit spart sich eine Familie eine ganze Monatsmiete. Für Häuslbauer wollen wir die Entlastung über einen Wohnbonus erreichen, den man sich bei der Steuerklärung vom Finanzamt zurückholen kann (voll negativsteuerfähig).

Mehr Vorbehaltsflächen für sozialen Wohnbau

Bei der Neuwidmung von Grundstücken in Bauland kann die Kommune einen Anteil von 50 Prozent (wie in Steyr) oder knapp 70 Prozent (wie in Wien) für den sozialen Wohnbau reservieren – und zu günstigen Grundstückskosten an gemeinnützige Bauträger verkaufen.

Klare Regeln für Vermittlungs- plattformen

Vermietungsplattformen (zB airbnb) muss es eine bundeseinheitliche Meldeverpflichtung/Registrierung geben, damit wertvoller Wohnraum nicht – oft auch an der Steuer vorbei – nur wochen- oder tageweise vermietet wird.

Kein Ausverkauf von Grund und Boden

Vorbild könnte hier Dänemark sein, das keinen Kauf von Grundstücken an ausländische Spekulanten erlaubt und das auch im EU-Beitrittsvertrag ausgehandelt hat.

Mietpreisobergrenze

Durch die Einführung eines Universalmietrechts wollen wir eine Mietpreisobergrenze, sodass auch für junge Familien der Traum von der eigenen Wohnung erschwinglich bleibt. Genau festgelegte Zu- und Abschläge sollen in Zukunft zu einer echten Mietpreisobergrenze führen.

Stärken des gemeinnützigen Wohnbaus

Wir wollen die Flächenwidmung „sozialer Wohnbau“ verfassungsrechtlich absichern, damit SpekulantInnen nicht auf die Idee kommen diese Regelung vor Gericht zu bekämpfen.

(→ Wie Junge wohnen, S. 137)

Keine gekaufte Politik.



Millionen Österreicherinnen und Österreicher arbeiten tagtäglich,
um dieses Land zu dem zu machen, was es ist. Die Politik darf es
nicht an ausländische Oligarchen verscherbeln.

Das Ibiza-Video von HC Strache (FPÖ) brachte ein politisches Erdbeben. Und es hat den Politikstil der türkis-blauen Regierung offengelegt: Hohe Summen von GroßspenderInnen eintreiben, teure Wahlkämpfe führen und Politik nur im Sinne der SpenderInnen zu machen: 60-Stunden-Woche, weniger Unternehmenssteuern und Geschenke an die Immo-Lobby. Dazu haben ÖVP und FPÖ mit dem Migranten-Trick Stimmung gemacht, um Kürzungen bei allen ÖsterreicherInnen zu rechtfertigen.

Die Reichsten bedienen und den Rest gegeneinander ausspielen - das ist nicht nur unehrlich,

sondern auch gefährlich. Wir brauchen eine Politik, die von der Liebe zum Land und zu den Menschen geleitet ist. Die nicht auf finanzstarke Einflüsterer hört, sondern den ganz normalen Menschen zuhört.

Wir müssen verhindern, dass sich in diesem Land Einzelinteressen mit Geld in die Politik einkaufen können. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse, wo das große Geld die Politik bestimmt. Wir wollen Politik für die Menschen und mit den Menschen. Die Sozialdemokratie garantiert, dass jede Stimme gleich viel zählt.

So schaffen wir das.

Verbot von Großspenden muss bleiben:

Im freien Spiel der Kräfte im Parlament haben wir es geschafft, Einzelspenden an Parteien über 7.500 Euro gesetzlich zu verbieten. Doch es ist keineswegs sicher, ob die Ibiza-Koalition z.o dieses Spendenverbot nicht einfach wieder kippen wird.

Keine GroßspenderInnen in staatsnahen

Aufsichtsräten: Keine Funktionen für (ehemalige) GroßspenderInnen bzw. deren Angehörige in staatsnahen Unternehmen.

Kein Steuergeschenk an Stiftungsmil-

lionärInnen: Die reichsten ÖsterreicherInnen haben Stiftungen gegründet, um Steuern zu sparen. Jetzt wollen sie ihr Vermögen wieder aus den Stiftungen ziehen, allerdings ohne Kapitalertragssteuer auf den Vermögenszuwachs zu bezahlen. ÖVP und FPÖ haben für sie eine deutliche Steuererleichterung geplant. Erst billig rein, jetzt noch billiger raus – das geht auf Kosten Österreichs und das wollen wir verhindern.

Verpflichtender Gerechtigkeits-Check für jedes Gesetz:

Gesetze, die die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen fördern, schaden der Gesellschaft, der Wirtschaft

und sogar der Gesundheit der Menschen. Wir fordern daher, dass jedes neue Gesetz auf seine Verteilungswirkung hin geprüft wird. Anhand wissenschaftlicher Kennzahlen soll festgemacht werden, wie Gesetze auf die Einkommensverteilung wirken – ob sie soziale Ungleichheit fördern oder zu mehr Verteilungsgerechtigkeit beitragen.

Schutz des gemeinnützigen Wohnbaus vor Privatisierung:

Wir haben im Parlament unser österreichisches Wasser verfassungsrechtlich vor dem Ausverkauf geschützt. Den gemeinnützigen und sozialen Wohnbau wollen wir ebenfalls in der Verfassung verankern. In ganz Europa hat die Privatisierung von kommunalem Wohnbau großen Schaden angerichtet. In Österreich beschäftigt die Privatisierung der BUWOG bis heute die Gerichte. Wir wollen ein Privatisierungsverbot und leistbare Wohnungen sichern.

Kein Ausverkauf kritischer Infrastruktur, wie Schiene, Strom, Gasnetze:

Schützen wir auch unsere kritische Infrastruktur vor dem Ausverkauf und vor den Profitinteressen Einzelner mit einer Verfassungsbestimmung.

Die türkis-blaue Politik hat sich für ihre GroßspenderInnen ausgezahlt.

Die Ibiza-Koalition hat viele Spenden aus der Immobilien-Branche bekommen. Und die Forderungen des Verbandes für Immobilien-Wirtschaft haben es zum Teil 1:1 ins Regierungsprogramm und dann ins Bundesgesetzblatt geschafft. Dazu kommen Steuergeschenke: Grundstücke können jetzt steuerfrei verkauft werden. Allerdings nur in einer Holding-Konstruktion. „Häuslbauer“ müssen weiterhin ihre Grunderwerbssteuer zahlen.

Die „AUVA-Reform“ hatte zum Ziel, den Beitrag der Unternehmer für die Unfallversicherung ihrer Angestellten deutlich zu reduzieren. Das würde 500 Millionen Euro kosten – die fehlen dann der AUVA. Das Unternehmen KTM, des Kurz-Spender Pierer, würde dadurch auf einen Schlag 480.000 Euro im Jahr weniger zahlen. Seine Spende von 436.563 Euro an Kurz hätte er allein in einem Jahr refinanziert.

Im Wahlkampf 2017 machten Vertreter aus der Hotellerie für Kurz 28.000 Euro locker. In der Regierung senkt die einstige ÖVP-Wahlkampf-Managerin Köstinger als Tourismus-Verantwortliche die Mehrwertsteuer für Hoteliers auf 10 Prozent. Das erhöht den Gewinn der Hotel-Branche um knapp 3 Prozent. Kostenpunkt für die SteuerzahlerInnen: 120 Millionen Euro jährlich.

Der Manager Wolfgang Berndt hat im Wahlkampf 25.000 Euro an die ÖVP überwiesen. Seit Mai 2019 ist er Aufsichtsrats-Vorsitzender bei der OMV.

Die Privatklinik Währing hat der FPÖ im Wahlkampf 10.000 Euro überwiesen. Die Regierung hat dann dafür gesorgt, dass die Schönheitsklinik Geld aus den Beitragsgeldern der Sozialversicherung (PRIKRAF) erhält.

Der Unternehmer Peter Mitterbauer hat 45.000 Euro an Sebastian Kurz gezahlt. Seine Tochter Maria-Theresia Niss-Mitterbauer kandidierte auf Platz 2 der Wiener ÖVP und sitzt jetzt im Nationalrat.

500.000 Euro hat der Porr-Hauptaktionär Klaus Ortner an die ÖVP nur im Wahljahr gespendet. Seine Tochter wurde von der Regierung Kurz in den Aufsichtsrat der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG bestellt. Daneben sitzt sie auch im Aufsichtsrat des Baukonzerns Porr – einem der größten Empfänger von Staatsaufträgen.

Die Hotel- und Immobilienbesitzerin Teresa Pagitz spendete der ÖVP 15.000 Euro im Wahlkampf. Seit 2018 sitzt sie im Aufsichtsrat der ÖBB Personenverkehrsgesellschaft.



Aus Liebe zur Freiheit und zum sicheren Lebensgefühl

Österreich gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Wir haben einen stabilen, funktionierenden Rechtsstaat und unsere Blaulichtorganisationen leisten hervorragende Arbeit. Wer in Österreich lebt, kann sich also im Vergleich zu anderen Ländern sicher fühlen. Doch wir wissen: Nicht alle Menschen fühlen sich gleich sicher oder haben das Gefühl, sich frei bewegen zu können. Damit alle Menschen im Land angstfrei leben können, müssen wir genau hinschauen und handeln: Und zwar dort, wo noch immer Einschüchterungen und Übergriffe passieren.

Im internationalen Vergleich rangiert Österreich auf Platz 3 der sichersten Länder der Welt. Das hängt unter anderem mit den ausgebauten Bürgerrechten im Land, mit einer hart arbeitenden Polizei und Justiz und mit allgemein zurückgehender Gewalt zusammen. Wer sich den Sicherheitsbericht und die Kriminalitätsstatistiken ansieht, merkt: Anzeigen gegen Täter bleiben konstant – obwohl die Bevölkerung wächst. Und die Gesamtzahl der Gewaltdelikte geht zurück. Das ist erfreulich!

Aber wir wissen auch: Eine messbar sichere und freie Gesellschaft bedeutet nicht, dass

sich alle sicher und frei fühlen. Menschen in Österreich haben Ängste. Angst vor gesamtgesellschaftlichen Umbrüchen und drohenden Gefahren. Oder Angst, weil sie Diskriminierung, Übergriffe oder sogar Gewalt erfahren haben.

Noch immer müssen zu viele Frauen Gewalt durch Bekannte, Partner oder Ex-Partner erleiden. Dann kommt es darauf an, dass schnell AnsprechpartnerInnen, Hilfe und Einrichtungen in der Nähe sind, die aus der Notsituation heraushelfen und Schutz bieten.

Politische motivierte Übergriffe 2017:

1.200

rassistische Übergriffe in Österreich.

500

antisemitische Übergriffe in Österreich.

100

Anzeigen nach dem Verbotsgesetz.

„Wir müssen vor nichts Angst haben, außer vor der Angst selbst.“

Franklin D. Roosevelt

Wer glaubt, unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Toleranz zum Aufbau einer unfreien, ungerechten und ungleichen Parallelgesellschaft zu nutzen, der muss auch wieder gehen.

Radikal-religiöse Strömungen haben in Österreich keinen Platz. Deshalb setzen wir uns auch konsequent für den Kampf gegen den politischen Islam ein.

Schwule Männer, lesbische Frauen und Transgender Personen erleben auch im Jahr 2019 noch Übergriffe. Seien es Beleidigungen, Einschüchterungen, Ausgrenzung bis hin zu körperlichen Übergriffen. Auch da schauen wir nicht weg. In einer offenen, freien Gesellschaft darf niemand für seine Identität und sexuelle Orientierung diskriminiert werden. JedeR muss angstfrei leben und lieben können!

Die Beratungsstelle ZARA dokumentiert für 2017 fast 1.200 rassistische Übergriffe. Das heißt umgerechnet: In Österreich gibt es etwa 3 rassistische Übergriffe pro Tag.

Das Forum gegen Antisemitismus verzeichnet für 2017 über 500 Fälle antisemitischer Übergriffe, Schmierereien oder Wortmeldungen.

Und es gab 100 Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz. Das bedeutet: 2 Fälle von Wiederbetätigung pro Woche. Nichts davon wollen wir so hinnehmen!

**Unsere Vision:
kein Platz für Hass
und Gewalt!
In Österreich muss
sich jedeR sicher
fühlen.**

Menschen, die sich abgrenzen oder gar die Gesellschaft spalten wollen, sollen wissen, dass sie bei uns keine politische, kulturelle oder wie auch immer geartete Zukunft haben. Das gilt für Fundamentalisten ebenso wie für hetzerische Nationalisten und alle, die mit der Art, wie wir Gemeinschaft verstehen, nicht einverstanden sind.

Wir wollen, dass jedeR in Österreich angstfrei und ohne Gewalt leben kann. Dass niemand wegen seiner Herkunft, seines Namens, seines Geschlechts, seiner Religion oder seiner sexuellen Orientierung diskriminiert und angegriffen wird. Dazu gehört, dass es ausreichend Einrichtungen gibt, die Übergriffe dokumentieren und Schutz bieten. Und dazu gehört, dass wir jene Sicherheitskräfte stärken, die in Notfällen eingreifen – und Recht herbeiführen.

Rechtsschutzbeauftragte kontrollieren die Durchführung von verdeckten Ermittlungen, Überwachungen von Personen und Verfahren zum Aufklären von Straftaten. Sie sorgen dafür, dass bei allen Vorgängen die Gesetze eingehalten und Rechte gewahrt werden.

So schaffen wir das.

Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt:

In jedem Bundesland muss es Beratungsstellen geben, um Betroffenen zur Seite zu stehen. Bisher gibt es sie nur in 5 Bundesländern. Wir müssen die Plätze in Frauenhäusern ausbauen. Wir brauchen mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 EinwohnerInnen. Darüber hinaus wollen wir mehr in Prävention investieren: Denn Frauenmorde sind oft das Ergebnis einer langen Gewaltspirale. Gewalt gegen Frauen müssen wir bekämpfen, bevor sie entsteht.

Radikalisierung unterbinden: Wir wollen die Wiedereinführung des Rechtsextremismus-Berichts in Österreich, um gefährliche Gruppierungen und Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und handeln zu können. Wir wollen mehr Personal für die Extremismus-Abteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismus-Bekämpfung.

Investitionen in Polizei: Wir werden in Personal investieren. Und damit jenen Männern und Frauen, die für unsere Sicherheit sorgen, auch Sicherheit geben: Wenn es um eine qualitative Ausbildung, Fortbildung, um Ausrüstung und die Ausstattung der Polizeistationen geht. Zudem wollen wir 2.500 mehr Polizistinnen und Polizisten auf Österreichs Straßen. Dann werden Sicherheitskräfte von Bürokratie entlastet – und können sich um Bürgeranliegen kümmern.

Rechtsschutzbeauftragte ins Parlament:

Rechtsschutzbeauftragte sollen nicht mehr Ministerien untergeordnet sein. Wir haben in der BVT-Affäre gesehen, wozu es führt, wenn MinisterInnen Einfluss auf Beamte nehmen wollen. Deshalb sollen diese Rechtsschutzbeauftragten in einem neuen Organ des Nationalrats zusammengeführt werden – vergleichbar mit dem Rechnungshof und der Volksanwaltschaft – und unabhängig von der Regierung arbeiten können.

Aktionsplan Justiz:

→ **Ein umfangreiches Personalpaket:**

Es braucht zusätzliche 100 RichterInnen, 100 StaatsanwältInnen und 400 MitarbeiterInnen in der Verwaltung. Und auch die 200 offenen Stellen im Justizwachebereich sind sofort zu besetzen. Nicht nur der Maßnahmenvollzug, auch die Arbeitsbedingungen dort müssen dringend verbessert werden.

→ **Mehr Prävention und Gewaltschutz:**

Justizkompetenzzentren zur Bekämpfung von Hass im Netz und Gewalt in der Familie, inklusive leicht zugänglicher Meldestellen mit interdisziplinären Teams aus PolizeibeamtInnen, StaatsanwältInnen und PsychologInnen sollen eingerichtet werden.

→ **Digitalisierungsschwerpunkt für das Justizministerium**

→ **Die Wirtschafts- und Korruptionsanwaltschaft unabhängig machen:**

Die WKStA soll nicht den Weisungen des Justizministers unterliegen. Stattdessen wollen wir, dass ein vom Nationalrat gewählter, weisungsfreier Bundesstaatsanwalt oder eine Bundesstaatsanwältin der WKStA vorsteht.

→ **Die Errichtung von Jugendgerichtszentren:**

In jeder Landeshauptstadt muss es ein Zentrum geben, in dem richterliche und sozialpädagogische Kompetenzen gebündelt werden.

Existenzsicherheit für das Bundesheer:

Die Ibiza-Koalition hat zu verantworten, dass das Bundesheer in einer katastrophalen budgetären Situation steckt. Dabei geht es um jene Kräfte, die BürgerInnen unter anderem in Katastrophen-Situationen helfen. Wir werden in das Bundesheer investieren, damit es gut arbeiten und seine Aufträge erfüllen kann.

Mehr Rechte für parlamentarische Ausschüsse:

Jene Ausschüsse des Nationalrats, die für die Kontrolle von Geheim- und Nachrichtendiensten zuständig sind, sollen künftig Auskunftspersonen direkt befragen können.



Integration vor Zuzug

Klare Spielregeln, klare Werte, gelungene Integration

**Wir bekennen uns klar zum Grundsatz „Integration vor Zuzug“.
Verantwortungsvolle Politik, die Zukunftschancen für Menschen schafft,
beginnt vor Ort. Dafür muss die internationale Gemeinschaft an einem
Strang ziehen. Es braucht dafür Solidarität und nicht nationale Abschottung.
Es verbessert nichts, wenn man die Menschen aufhetzt, aber keinen Finger
zur Verbesserung der Situation der Betroffenen rührt. Daher: Lasst uns über
zusätzliche Ideen und Initiativen sprechen, die die Ursachen von Migration
nachhaltig bekämpfen und die Integration möglich machen.**

Große Migrationsströme nach Europa sind auch durch die Kürzungen der Hilfe vor Ort entstanden, weil die Lage für die Flüchtlinge in den Camps nicht mehr zu ertragen war. Klar: Bevor man in einem Flüchtlingscamp verhungert, wagt man den Sprung nach Europa. Jeder Mensch würde das wohl so machen. Selbst nach der großen Fluchtbewegung 2015 haben manche die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Ibiza-Koalition hat beispielsweise ohne mit der Wimper zu zucken, die Mittel für den Auslandskatastrophenfonds von 20 auf 15 Mio. Euro gekürzt. Als man sie dabei „ertappt“ hat, wurde die Schuld kurzerhand auf die Beamten des Finanzministeriums geschoben.

Dieser zynischen Politik von Problembesprechung, Aufhet-

zen, mit dem Finger auf Leute zeigen, aber gleichzeitig keinen Finger zur Verbesserung der Situation der Betroffenen zu rühren, setzen wir ein konsequentes Konzept von der Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort bis zur politischen Steuerung der Arbeitsmigration entgegen.

Die Verpflichtung, Menschen, die von Gewalt und Verfolgung bedroht sind, zu helfen, steht für uns dabei außer Streit. Hier ist besonders bei der Hilfe vor Ort viel mehr als bisher zu leisten - das betrifft auch die Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft und freien Medien.

Das darf aber nicht über illegale Migration passieren, diese ist auf Null zu begrenzen. Im Gegenzug braucht es legale

Fluchtmöglichkeiten mit einheitlichen europäischen Standards und UNHCR-konforme Verfahrenszentren. Wer Asylrecht hat, ist Teil Österreichs. Das bedeutet auch, dass wir jene Menschen, die schon in Österreich sind und hier bleiben werden, bestmöglich integrieren müssen und wollen. Wir legen ein ausreichendes Angebot für Integration vor, um einen optimalen Start in Österreich zu ermöglichen. Asylberechtigte sind aber verpflichtet, dieses Angebot auch anzunehmen. So garantieren wir ein gutes Miteinander in Österreich. Wir wollen, dass alle Menschen in Österreich die Chance auf ein glückliches Leben haben, wir fordern aber gleichzeitig von allen einen Beitrag.

So schaffen wir das.

Flucht und Asyl

- Europäischer Entwicklungsplan zur Etablierung von geeigneten Lebensräumen nahe der jeweiligen Heimat unter der Flagge des UNHCR
- Gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Asylverfahren und faire Verteilung
- Europäische Verfahrenszentren an der EU-Außengrenze schaffen und maximale Dauer eines Asylverfahrens auf 3 Monate begrenzen
- In einem weiteren Schritt Verfahrenszentren außerhalb der EU unter UNHCR-Mandat, um gefährliche Flucht über das Mittelmeer zu verhindern und Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen.
- Bessere Kontrolle der europäischen Außengrenzen durch massive Aufstockung von Frontex. Verdoppelung der Beamten auf 20.000 durch Umschichtungen im EU-Budget.
- Verstärkte Anstrengungen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen für abgelehnte AsylwerberInnen
- Europäischer „Marshallplan“ für Afrika: Niemand soll flüchten müssen, daher braucht es eine wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen. (→ S. 154)

Arbeit & Arbeitsmigration

- Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Menschen mit geringer Qualifikation
- Lohndruck am Arbeitsmarkt unterbinden! Daher sollen nur Schlüsselkräfte über die Rot-Weiß-Rot Karte nach Österreich kommen – die geplante Senkung der Einkommensgrenze für die Rot-Weiß-Rot Karte um 20% unter Türkis-Blau darf nicht kommen.
- Keine Ausweitung der Mangelberufsliste solange nicht Vollbeschäftigung herrscht
- Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping auf europäischer Ebene, sowie auf nationaler Ebene. (Verdreifachung der Kontrollen, Verdoppelung der Strafen bei Lohn- und Sozialdumping).
- Integrationsjahr für Asylberechtigte für Spracherwerb und Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt muss wieder eingeführt werden.
- AsylwerberInnen in Lehre sollen die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung fertigzustellen. Es ergibt keinen Sinn, gut integrierte Menschen abzuschieben und stattdessen noch nicht integrierte AusländerInnen nach Österreich zu holen.

Zusammenleben in Österreich

- Die Werte der Aufklärung zählen: Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Gleichberechtigung zwischen hetero- und homosexuellen Paaren; unsere Gesetze stehen über religiösen Vorstellungen
- Erstellung eines Integrationsleitbilds für Österreich, aber auch persönliche Verpflichtung zu Integration.



Wir lieben unsere Kulturnation Österreich

Österreich ist ein Land der Museen, der Opern und der Bälle. All das schätzen TouristInnen und Kulturliebhabende an unserem Land. Aber Kultur ist mehr: Wenn wir an Kultur denken, denken wir genauso an Straßenfeste, an Musikvereine, Tanz- und Theatergruppen, an große und kleine Ausstellungen – und daran, dass alle Menschen an diesen Aktivitäten teilhaben sollen, wenn sie das möchten. Wir wollen Kulturschaffende unterstützen und dafür sorgen, dass Kultur allen zugänglich ist!

Kulturschaffende machen Österreich lebenswerter. Egal, ob MusikerInnen, SchriftstellerInnen, DichterInnen, TheaterproduzentInnen, MalerInnen, KarikaturistInnen oder SchauspielerInnen, BildhauerInnen und KuratorInnen: Sie liefern uns Stoffe und Werke, die uns unterhalten, uns zum Nachdenken bringen oder uns auch manchmal provozieren. Und das ist gut so! Denn all das erfüllt uns und zeigt, wie dringend wir eine Gesellschaft brauchen, die reich an Kultur ist.

Das Arbeiten im Kultursektor ist mit großen Herausforderungen verbunden. Künstlerin-

nen und Künstler haben selten stabile Karriereverläufe. Sie arbeiten projektbezogen, einmal angestellt, das nächste Mal selbständig, dazwischen arbeitslos. In manchen Branchen dominieren sogar Anstellungen für wenige Tage. Oft müssen sie mehrere Jobs kombinieren, um über die Runden zu kommen. Einnahmen sind unregelmäßig und größere Ausgaben nicht immer machbar. Etwa ein Drittel der Kunstschaffenden ist armutsgefährdet.

Durch all diese Punkte entstehen Probleme hinsichtlich der sozialen Absicherung von Kunstschaffenden – die wir lösen wollen!

Unsere Vision: Mehr Kunst für die Menschen – mehr Unterstützung für die Kunst

Jenen, die uns künstlerische Werke geben, gebührt Respekt und Unterstützung. Deshalb wollen wir unseren Kulturstandort Österreich stärken – und Kultur allen Menschen in Österreich zugänglich machen.

So schaffen wir das.

Mehr Kulturvermittlung: Wir brauchen niederschwellige Angebote und besondere Aktionen für jene, die in einer finanziell schwierigen Situation sind. Die Bundesmuseen sollen hierbei mit einem eintrittsfreien Museumssonntag ein Angebot machen. Die Bundestheater sollen verstärkt Anreize zur Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie z.B. Schulen bekommen.

Mehr Innovation bei Vermittlung: Eine eigene Förderschiene für innovative Vermittlungsprogramme wird im Kulturministerium etabliert. Damit bringen wir Kunst und Kultur in den Alltag vieler statt einiger weniger.

Freiwilliges Kulturjahr: Ähnlich dem Freiwilligen Sozialjahr soll es in Österreich ein freiwilliges Kulturjahr geben. Junge Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, in den Kulturbetrieb hinein zu schnuppern und sich in einem spannenden Umfeld weiterzuentwickeln. Davon profitieren nicht nur die Freiwilligen selbst, sondern vor allem kleinere Kulturinitiativen. Diese haben große Bedeutung als kulturelle Nahversorger. Damit stärken wir die kulturelle Infrastruktur.

Valorisierung der Kultur-Förderungen: Viele Kulturinstitutionen kämpfen mit stagnierenden Budgets und das, obwohl Ausgaben für Personal und Anschaffungen steigen. Das bedeutet, dass ihnen aufgrund der Inflation weniger Geld zur Verfügung steht. Das trifft kleine Kulturvereine genauso wie die Staatsoper. Deswegen wollen wir die Förderungen in allen Kunstbereichen valorisieren. Damit Kulturschaffende abgesichert arbeiten können.

Digitalisierungsfonds: Wir werden einen Fonds einrichten, mit dessen Mitteln Kultureinrichtungen den Umstieg in die digitale Welt schaffen können.

Spenden: Das Spenden an gemeinnützige Vereine soll vereinfacht werden – eine zusätzliche Unterstützung.

Agentur für Baukultur: Bei der Baukultur braucht es die Umsetzung der baukulturellen Leitlinien. Bei diesen geht es um Wohnen mit Qualität, Ressourcenschonung und Klimaschutz und die Gestaltung des öffentlichen Raums – also letztlich um Lebensqualität. Zur Umsetzung gründen wir eine eigene Agentur für Baukultur, die auch als Beratungs-, Vermittlungs- und Forschungseinrichtung tätig ist und die bestehenden Kompetenzen des Bundes in übergeordneten Raumordnungsmaterien aktiv ausübt.

Task Force Soziale Absicherung für KünstlerInnen: Alle Regelungen im Sozialversicherungsrecht müssen auf Benachteiligungen von KünstlerInnen und darauf, ob sie den künstlerischen Lebensrealitäten entsprechen, überprüft werden. Dafür werden wir eine ressortübergreifende Task Force einrichten, die auch die Umsetzung begleitet.

Praktika, Volontariate und Hospitanzen: Hier braucht es verbindliche Regelungen. Der Fleiß junger Menschen darf nicht ausgenutzt werden.

Verantwortung als Fördergeber übernehmen: Fördergeber müssen verstärkt auf die Einhaltung sozialversicherungs- und arbeitsrechtlicher Regelungen achten. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit den Kulturschaffenden verbindliche Mindeststandards zur Abgeltung kreativer Arbeit erarbeiten. Diese müssen dann auch bei der Abrechnung von öffentlichen Förderungen berücksichtigt werden. Außerdem braucht es einen gemeinsamen Kollektivvertrag für Bundesmuseen.

Reform des KünstlerInnen-Sozialversicherungsfonds und des Unterstützungsfonds für besondere Notlagen: Wir wollen, dass der Zugang zu Hilfe leichter und unbürokratischer wird.

Stipendien anpassen: Staatsstipendien müssen auf das Niveau des Mindestlohns angehoben werden. Darüber hinaus wollen wir Stipendien für Alleinerziehende ausbauen.

Mehr Mobilität für KünstlerInnen: Wir wollen eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für KünstlerInnen-Visa schaffen. Denn sogar große Veranstalter haben oft Probleme, wenn sie visumspflichtige KünstlerInnen einladen.

Frauen-Paket für den Kulturbereich: Im Filmbereich sind Frauen in gewissen Positionen deutlich unterrepräsentiert, werden für ihre Tätigkeit schlechter bezahlt und erhalten weniger Förderung. Weibliche Figuren in Filmen leiden unter undifferenzierter Darstellung. Hier braucht es ein Frauenförderkonzept mit verbindlichen Zielen, Quoten zur Beseitigung der Ungleichstellung von Frauen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Außerdem wollen wir eine unabhängige Opferschutzkommission bei sexueller Belästigung oder sexuellem Missbrauch in Kulturinstitutionen inklusive Klagsrecht einrichten.

Keine Ausbeutung von Kindern: Der Skandal rund um die Ballettakademie der Staatsoper macht es notwendig, dass die Nachwuchsarbeit in dieser Institution neu aufgestellt wird – und zwar mit einem kind- und jugendgerechten Ausbildungskonzept.



Wir verteidigen die Pressefreiheit

Um gute Entscheidung zu treffen, brauchen wir gute Informationen. Nur dann können wir Schwächen und Stärken vergleichen und informiert entscheiden, was wir tun. Was beim Kauf einer Waschmaschine gut ist, ist bei unserer Wahlentscheidung umso wichtiger. Deshalb brauchen wir unabhängige Medien, die gut recherchieren und frei berichten können.

In ganz Europa stehen Medien unter Beschuss. In Ungarn, in Polen und Italien werden kritische Journalisten und Journalistinnen von der Regierung öffentlich attackiert und beschimpft. Unter Ibiza-Koalition sind ähnliche Methoden auch in Österreich zum Alltag geworden. Doch wir wollen mehr als nur diese Fehlentwicklung rückgängig machen. Wir wollen Medien, die für die gesellschaftlichen Entwicklungen und den technischen Wandel gerüstet sind. Wir wollen die Medienfreiheit in Österreich für die Zukunft absichern.

**Meinungsfreiheit,
Pressefreiheit und
die Freiheit der
Kunst sind das
Fundament einer
funktionierenden
Demokratie.**



Eine Regierung muss es aushalten, dass ihre Politik hinterfragt wird und ihre Entscheidungen kritisiert werden – ohne dass Redakteurinnen und Redakteure beschimpft und unter Druck gesetzt werden.

Gute Politik hält auch Kritik stand. Schlechte Politik wird nicht plötzlich gut, wenn man Menschen den Mund verbietet. Viele RedakteurInnen berichteten über starke Einflussnahme aus den Ministerbüros unter der Kurz-Regierung und auch von gezielter Falschinformation: Der Pressesprecher von Sebastian Kurz verteilte beispielsweise Dossiers mit falschen Informationen bei Pressekonzferenzen.

Die FPÖ wiederum hat ein besonderes Problem mit dem ORF. Er soll ihrer Ansicht nach zerschlagen werden. Der FPÖ-Landesrat Podgorschek spricht bei einer Tagung der AfD sogar von der „Neutralisierung“ des ORF.

Soweit kam es nicht, doch bereits jetzt haben unabhängige, internationale Organisationen die negative Entwicklung für die Pressefreiheit in Österreich beobachtet: Reporter ohne Grenzen hat Österreich gleich um 5 Plätze, auf Platz 16, zurückgestuft.

Unsere Vision: Vielfalt und Unabhängigkeit österreichischer Medien stärken

Wir messen alle medienpolitischen Maßnahmen daran, ob sie die demokratische Kraft der Medien stärken und zu mehr Vielfalt, Unabhängigkeit und qualitativ hochwertiger Berichterstattung führen. Dazu müssen Journalistinnen und Journalisten in unabhängigen Redaktionen arbeiten können.

Im Österreichischen Presserat haben sich die Mehrheit der österreichischen Zeitungen zusammengeschlossen. Der Rat wurde zur Selbstkontrolle von Printmedien in Österreich gegründet. Redaktionelle Qualitätssicherung, verantwortungsvoller Journalismus sowie die Gewährleistung der Pressefreiheit ist sein Ziel. Er ist auch der Verfasser des Ehrenkodex für die österreichische Presse.

So schaffen wir das.

Presseförderung neu regeln: Voraussetzung für den Bezug von Presseförderung sollen faire Arbeitsbedingungen unter Geltung des Journalisten-Kollektivvertrag sein. Die Förderhöhe soll unter anderem von der Mitgliedschaft im Presserat abhängig gemacht werden. Medien, die antisemitische oder rassistische Inhalte publizieren, sollen keine öffentlichen Mittel mehr bekommen.

Unabhängigkeit der Redaktionen gesetzlich verankern und durch Redaktionsstatute absichern

Medienstandort Österreich ausbauen: Dazu wollen wir in die heimische Kreativwirtschaft investieren. Wir wollen, dass in öffentlich-rechtlichen und privaten Medien österreichische Inhalte mit einer angemessenen Quote von 30 Prozent repräsentiert sind.

Mehr Förderung für private Medienbetreiber: Vielfalt von Medien bedeutet auch Vielfalt von Meinungen. Deshalb wollen wir private Medien mehr unterstützen. Einen Schwer-

punkt setzen wir auf den nicht-kommerziellen Privatrundfunk. Dieser ist durch Werbefreiheit, offenen Zugang zur Programmproduktion für die Allgemeinheit sowie eine nicht auf Profit ausgerichtete, gemeinnützige Organisations- und Arbeitsweise gekennzeichnet.

ORF absichern: Der ORF hat eine wichtige demokratiepolitische Funktion. Er fördert die freie Meinungsbildung und informiert ausgewogen. Damit er ausreichend Mittel hat, wollen wir die Streaming-Lücke schließen. Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann nicht davon abhängig sein, auf welchem Gerät das Programm des ORF konsumiert wird. Hier braucht es mehr Gerechtigkeit.

ORF zukunftsfit machen: Der ORF muss den Anforderungen unsere Zeit gerecht werden, daher wollen wir die Abschaffung der 7-Tage-Regelung in der ORF-TVthek.

(→ Zeitgemäße Medienpolitik, S.147)

Mit Freude an der Arbeit.







Damit von der Arbeit mehr übrig bleibt. Eine Steuerreform, die bei den Menschen ankommt.

Das Leben in Österreich ist schön. Wir sorgen dafür, dass alle etwas davon haben. Dafür braucht es weniger Steuern auf Arbeit.

Der tägliche Einkauf ist in den letzten Jahren zur Belastung geworden. In Österreich wird das Leben teurer. Und: Wer weniger hat, zahlt mehr. Denn die „offizielle“ Teuerung ist zwar verhältnismäßig niedrig, doch der wöchentliche Einkauf ist zuletzt um 4,2 Prozent teurer geworden. Die allgemeine Inflation war mit 2,0 Prozent nur halb so hoch. 51% der Österreicher und Österreicherinnen bleibt am Ende des Monats kaum etwas, das sie sparen könnten.

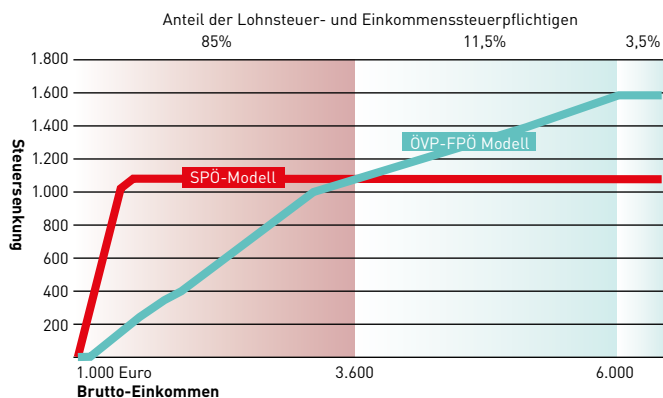
In Österreich sollte niemand am 25. des Monats dastehen und sich fragen, wovon er sich und seine Familien bis zum nächsten Gehalt ernähren soll. Doch viele hart arbeitende Menschen sind in der Situation.

**Unsere Vision:
Wer arbeitet,
muss gut davon
leben können.**

So einfach ist es. Als Sozialdemokratie sind wir davon überzeugt: Wer arbeitet, soll weniger Steuern zahlen - nicht, wer arbeiten lässt. Wer in einer Wohnung wohnt, muss entlastet werden - nicht, wer mit Wohnungen spekuliert. Wer es sich leisten kann, muss mehr leisten.

Das bedeutet:
Wir brauchen gerechte Löhne.
Wir brauchen gerechte Mieten.
Wir brauchen gerechte Steuern.

Kurve der GewinnerInnen: 85% profitieren vom SPÖ-Modell mehr



So schaffen wir das.

1.700 Euro Mindestlohn österreichweit

Lohnpolitik ist in Österreich Sache der Sozialpartner über Kollektivverträge. Dieses System wollen wir stärken. Wir wollen 1.700 Euro Mindestlohn über Kollektivverträge sicherstellen, österreichweit. Um eine Blockade durch die Arbeitgeberseite zu verhindern, sollen die Instrumente der Satzung und des Mindestlohnтарifs ausgeweitet und damit das Kollektivvertragssystem insgesamt gestärkt werden. Die gesetzliche Begleitmaßnahme – Stärkung der Satzung – soll mit spätestens 1.1.2021 in Kraft treten. Dadurch soll für alle Vollzeitbeschäftigten möglichst rasch ein Mindestlohn von 1.700 Euro greifen. Von höheren Mindestlöhnen profitieren alle ArbeitnehmerInnen, denn werden die Mindestlöhne angehoben, so ziehen auch alle Löhne darüber nach.

Die ersten 1.700 Euro steuerfrei für alle

Von einem Vollzeitjob muss man leben können. Das wollen wir mit höheren (Mindest-)Löhnen und entsprechend niedrigeren Steuern auf Arbeit sicherstellen, und eben nicht mit der Kürzung von Mindestsicherung für Kinder, die sich ohnehin schon an der Armutsschwelle befinden. Deshalb wollen wir ein ganz konkretes Modell nach der Wahl umsetzen. Die ersten 1.700 Euro sollen ab 1.1.2020 für alle ÖsterreicherInnen steuerfrei sein. Damit setzen wir einen klaren Schwerpunkt bei kleinen und mittleren Einkommen, denn das bedeutet für alle Menschen mit Einkommen von 1.700 Euro brutto monatlich oder mehr eine Steuersenkung von rund 1.100 Euro pro Jahr. Das ist sozial gerecht.

Abschaffung der Mietsteuer & Schaffung eines Wohnbonus

Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Mieten streichen, damit spart sich eine Familie eine ganze Monatsmiete. Für Haus- und WohnungseigentümerInnen wollen wir einen Wohnbonus, den man sich bei der Steuerklärung vom Finanzamt zurückholen kann (voll negativsteuerfähig).

Sozialversicherungsbonus für kleine Einkommen

Für kleine Einkommen soll der Sozialversicherungsbonus in Form einer Steuergutschrift um 300 Euro (derzeit bis zu 400 Euro) erhöht werden. Auch PensionistInnen sollen von der Erhöhung des SV-Bonus profitieren. Geht es nach ÖVP und FPÖ, soll diese Entlastung erst übernächstes Jahr – also 2021 – greifen. Wir wollen, dass das schneller geht und werden im Parlament dafür kämpfen, dass diese Etappe der Steuerreform schon mit 1.1.2020 wirkt.

1.700 Euro Mindestlohn im öffentlichen Dienst

Wir wollen, dass niemand, der in Österreich Vollzeit arbeitet, in Zukunft weniger als 1.700 Euro pro Monat verdient. Es ist selbstverständlich, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht. Deshalb wollen wir einen Mindestlohn von 1.700 Euro im öffentlichen Dienst durchsetzen.



Ich zahl' nix, ich bin reich.
Nicht mit uns.



Je mehr man hat, deso mehr trägt man zur Gesellschaft bei? Falsch. Denn Reiche und Superreiche zahlen einen niedrigeren Anteil an Steuern als der Rest von uns. Das ist nicht gerecht. Eine Gesellschaft funktioniert nur dann gut, wenn jeder soviel dazu beiträgt, wie er kann.

Unter der türkis-blauen Regierung wurden große Unternehmen und Konzerne großzügig beschenkt. Alleine die geplante Reduzierung der Unfallversicherung würde den großen Unternehmen Millionen bringen. Der AUVA (der Allgemeinen Unfallversicherung) entgingen damit eine halbe Milliarde Euro. Das kann mit Einsparungen bei der Verwaltung nicht ausgeglichen werden. Denn die gesamte Verwaltung kostet derzeit nur einen Bruchteil dieser Summe.

Woher kommt also das Geld? Es müssen Leistungen gekürzt werden. Weniger und schlechtere Versorgung für uns - für ein Steuergeschenk in Millionenhöhe an die Unternehmen.

Auch durch die geplante Steuerreform sollte sehr viel Geld in deren Taschen fließen. 1,5 Milliarden Euro waren für die Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen vorgesehen.

Wir glauben: Breitere Schultern sollen auch mehr zum Steueraufkommen beitragen.

**Unsere Vision:
JedeR leistet seinen
Anteil für eine
gerechte Gesellschaft. Das gilt auch
für die Reichsten.**

Das heißt für uns: Einkommen, Vermögen und Erbschaften über einer Million müssen in Zukunft einen gerechten Anteil leisten.

So schaffen wir das.

In Österreich

Spitzensteuersatz von 55% für Einkommen über 1 Mio. Euro unbefristet: Zurzeit zahlt man in Österreich einen Spitzensteuersatz von 55% für alle Einkommensanteile über 1 Mio. Euro pro Jahr. Dieser Spitzensteuersatz ist allerdings mit 2020 befristet. Wir wollen diese Befristung aufheben und den Spitzensteuersatz für Einkommensmillionäre ins Dauerrecht übernehmen.

Millionärsabgabe für Millionenvermögen und Millionenerbschaften: Vermögen ist in Österreich extrem ungleich verteilt. Nach Schätzungen der JKU besitzen 50% der Haushalte in Österreich nur 2,5% des gesamten Vermögens, während alleine die Gruppe der Mehrfachmillionärshaushalte – das oberste 1% – über mehr als 40% des gesamten Vermögens verfügt. Diese Ungleichverteilung ist gesellschaftspolitisch problematisch. Das Ibiza-Video hat auf erschreckende Art und Weise gezeigt, wie schnell wir in Österreich bei gekaufter Politik landen. Vor dem Ende der Großspenden, das wir in diesem Sommer im Parlament durchgesetzt haben, wurden Millionen an eine Partei gespendet. Es passt ins Bild, dass diese eine Partei die größte Gegnerin von Millionärsabgaben ist, gleichzeitig aber die Steuern für Großkonzerne (Körperschaftsteuer) senken will. Wir hingegen sind der Ansicht, dass Millionenvermögen in Österreich über eine Millionärsabgabe bzw. eine Erbschaftsteuer für Millionenerbschaften einen

gerechten Beitrag zum Allgemeinwohl leisten sollten, etwa zur Finanzierung der Pflege.

In Europa

Konzerne zahlen dort Steuern, wo sie Gewinne erwirtschaften: Dazu hat die EU-Kommission die Einführung einer Gesamtkonzernsteuer vorgeschlagen. Im Rahmen der sogenannten Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (kurz GKKB) soll nicht mehr jede Konzerngesellschaft für sich besteuert werden, sondern der Konzern als Ganzes. Damit werden die Gewinnverschiebungen im Konzern steuerlich wirkungslos. Zur Erfassung der Internetkonzerne soll das Konzept der digitalen Betriebsstätte in die GKKB integriert werden. Dass nur Konzernbestandteile innerhalb der EU erfasst sein sollen ist verkraftbar, da 80% der Gewinnverschiebung innerhalb der EU selbst stattfindet.

Wir wollen die Umsetzung der Gesamtkonzernsteuer auf die Agenda des aktuell zu verhandelnden EU-Budgets setzen.

EU-weite Mindestkörperschaftssteuer von 25%: Als flankierende Maßnahme wollen wir eine europaweite Mindeststeuer für Unternehmen von 25% durchsetzen, damit der Steuerwettbewerb nach unten endlich ein Ende hat.

Kürzung von Förderungen für unsolidarische EU-Länder: Bis es einen verpflichtenden Mindeststeuersatz gibt, sollten die EU-Förderungen an ein angemessenes Steuerniveau geknüpft sein. Es kann nicht sein, dass die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit ihren Beiträgen das Steuerdumping in EU-Steuerparadiesen finanzieren.

Finanztransaktionssteuer endlich umsetzen: Kernbestandteil der FTT ist die Besteuerung von Aktien- und Anleihehandel mit 0,1% der Bemessungsgrundlage sowie von Derivatentransfers mit 0,01% des Basiswerts. Ziel des Richtlinien-Entwurfs der Kommission war eine angemessene Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Bankenrettungen infolge der Krise sowie eine De-Attraktivierung bestimmter Transaktionen, die der Effizienz der Finanzmärkte abträglich sind (insbesondere sogenannte Hochfrequenztransaktionen). Die Verhandlungen zur FTT wurden praktisch aufs Eis gelegt. Sie müssen umgehend wieder aufgenommen werden.

Reform des EU-Mehrwertsteuersystems – Kampf gegen Steuerbetrug: Mit dem Richtlinienvorschlag für ein endgültiges Mehrwertsteuersystem sollen die grenzüberschreitenden B2B-Lieferungen von Gegenständen zukünftig wie inländische Lieferungen besteuert werden, wodurch die Betrugsanfälligkeit reduziert werden kann. Mehrbelastungen für exportierende Unternehmen sollen durch einen One-Stop-Shop (Finanzamt) vermieden werden.

Ein zweiter Richtlinienvorschlag vom Jänner 2018 soll den Mitgliedsstaaten mehr Flexibilität in der Festsetzung der Mehrwertsteuersätze ermöglichen. Bisher sind zwei ermäßigte Steuersätze erlaubt, künftig sollen es drei ermäßigte Steuersätze plus eine echte Befreiung sein. Das würde für Österreich die - von uns vorgeschlagene - echte Befreiung der Mieten erlauben. Wir unterstützen die Vorschläge der Kommission, um Karussellbetrug zu unterbinden und mehr nationale Flexibilität bei der Gestaltung der Mehrwertsteuer zu bekommen.



Gern in die Arbeit und gerne nach Hause

Gesund leben durch gute Arbeit – und genügend Freizeit

Obwohl wir immer produktiver werden, bringt das den Beschäftigten kaum Erleichterungen. Zwei von drei ArbeitnehmerInnen in Österreich spüren immer mehr Druck in der Arbeit. E-Mail, Smartphone und Social Media sorgen für ständige Erreichbarkeit – richtig Abschalten ist für viele kaum mehr möglich. Die Arbeit breitet sich bis tief ins Familienleben aus.

Dauerhafter Stress hat schwere körperliche und psychische Folgen: Zu viel Arbeit macht depressiv und krank. Wer ständig erreichbar sein muss, hat ein doppelt so hohes Depressionsrisiko. Wer ohne Erholung unter Hochdruck arbeitet, leidet häufiger an Schlafstörungen, Herz-Kreislauferkrankungen und hat ein erhöhtes Krebsrisiko.

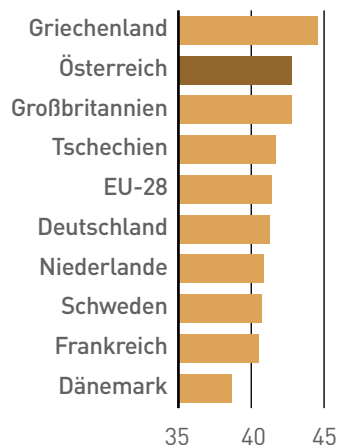
Zu viel und zu stressige Arbeit erhöht daher auch die Krankenstände: 3,5 Mrd. Euro kosten uns heute Krankenstände wegen arbeitsbedingter psychischer Belastungen. Dabei geht schon fast jeder zweite Österreicher und jede zweite Österreicherin (40 Prozent) krank in die Arbeit.

Bis zu 30 Arbeitsstunden pro Woche wirken positiv auf unsere Leistungsfähigkeit, alles darüber nimmt uns Kraft und Konzentration. Eine Studie der Universität Melbourne zeigt: Bei langen Arbeitszeiten nimmt nicht nur die Leistung ab, sondern auch Fehler und Verletzungen nehmen stark zu.

Unsere Vision: Gesunde Arbeit

Arbeit darf uns nicht kaputt machen. Arbeit soll Freude machen und Sinn geben. Wir arbeiten, um zu leben – nicht umgekehrt. Und wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll viele gesunde Jahre in der Pension genießen können. In Österreich bleiben den Menschen mit 65 sieben bis acht gesunde Jahre, in Schweden sind es 16.

Arbeitsstunden pro Woche (Eurostat 2016)



So schaffen wir das.

Recht auf die 4-Tage-Woche

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf die 4-Tage-Woche - und damit drei Tage frei. Außerdem wollen wir schrittweise die Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich verkürzen. Auch die Freizeitoption soll es für mehr Beschäftigte geben. Den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche in der derzeitigen Form lehnen wir ab.

Rechtsanspruch auf Teilzeitphasen, die zum Leben passen

Teilzeitarbeit kann viele Vorteile haben, ist aber auch kritisch zu sehen, weil lange Phasen mit niedrigem Verdienst – insbesondere für Frauen – nachteilig sind. Elternteilzeit, Altersteilzeit, Pfltegeteilzeit und Bildungsteilzeit können aber in bestimmten Lebensphasen für begrenzte Zeit notwendig und auch sinnvoll sein.

Das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit

Durch Handy, Tablet und Laptop nimmt die Arbeit immer größere Teile der Freizeit in Anspruch. Rechtlich gesehen wäre E-Mails zu beantworten und Anrufe zu erledigen Arbeitszeit, tatsächlich werden sie aber selten so gewertet. Um den ArbeitnehmerInnen ungestörte Freizeit und Erholung zu sichern, wollen wir einen grundsätzlichen Anspruch auf Nichterreichbarkeit festlegen.

Herzensangelegenheit psychische Gesundheit

Immer mehr Leute leiden an psychischen Erkrankungen. Und diese haben schwere Folgen, wenn sie unbehandelt bleiben. Wir wollen einen einfachen Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung auf Krankenschein sowie die freie Wahl des/der TherapeutIn bei entsprechender Diagnose.

6. Urlaubswoche für alle

Immer weniger Beschäftigte haben Anspruch auf die sechste Urlaubswoche. Denn sie müssen zumindest 13 bis 20 Jahre beim aktuellen Arbeitgeber gearbeitet haben, um nach 25 Dienstjahren Anspruch zu haben. So lange Dienstjahre in einer Firma sind heute sehr selten: Wir wollen, dass beim Anspruch auf die 6. Urlaubswoche nach 25 Dienstjahren alle Dienstzeiten zusammengerechnet werden - auch wenn man für mehrere ArbeitgeberInnen tätig war.

Karfreitag als Feiertag für alle

Österreichs Unternehmen geht es sehr gut, ArbeiterInnen und Angestellte leisten viel. Ein freier Karfreitag würde nicht einmal ein halbes Prozent der jährlichen Lohnkosten betragen. Unternehmen könnten sich das problemlos leisten.





Her mit fairen Arbeitsverträgen

6 Monate arbeiten ohne freies Wochenende. „All in“-Pauschalen von 32 Euro, die alle Überstunden abdecken. Verträge, die Überstunden verfallen lassen. Verträge, die arbeitende Menschen zu „Ich-AGs“ machen, obwohl sie Angestellte sein müssen. Das alles ist Realität für zu viele arbeitende Menschen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft, damit sie wächst – natürlich. Aber sicher nicht um den Preis, dass sie arbeitende Menschen ausbeutet und täglich unter Druck setzt. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und faire Verträge für alle Menschen in Österreich. Deswegen sagen wir Knebelverträgen und Mogelklauseln den Kampf an!

Jährlich gibt es 1,6 Millionen neue Dienstverhältnisse. Der Arbeitsmarkt in unserem Land ist dynamisch. Das hat Vor- und Nachteile. Wer gut qualifiziert ist, findet Jobangebote, kann auch einmal in eine andere Branche wechseln. Doch für jene, die dringend einen Job brauchen und unter Druck stehen, ist es mitunter schwierig. Denn als JobsuchendeR und angehendeR BeschäftigteR ist man gegenüber den potenziellen Cheffinnen und Chefs oft in der schwächeren Position. Und manche ArbeitgeberInnen nutzen das aus. Sie nutzen juristisch gefinkelte Dienstverträge, um Löhne zu drücken, Pau-

schalen hinein zu schummeln oder verlangen von Menschen, die eigentlich per Anweisung arbeiten, Schein-Selbstständige zu werden – ohne Arbeitsrechte und mit vollem Risiko.

Laut Arbeiterkammer enthalten 9 von 10 Arbeitsverträgen Klauseln, die zulasten der Beschäftigten gehen.

Vor allem nachdem ÖVP, FPÖ und NEOS den arbeitenden Menschen den 12-Stunden-Tag aufgezwungen haben, häufen sich Beschwerden über Druck auf Beschäftigte und hinterlistige Klauseln in Arbeitsverträgen: Luxushotels verlangen pauschale Zustimmung zu 60-Stunden-Wochen – von „Freiwilligkeit“ keine Spur. Dazu Dienstpläne, die nicht einmal ein freies Wochenende im Monat zulassen. So etwas ist Ausbeutung und ein Schinden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern!

Hinzu kommen sogenannte „Verfallsklauseln“, „All in-Klauseln“ und „Konkurrenz-klauseln“, die Beschäftigte um Löhne, Überstundenzahlungen und Mobilität bringen. Verfallsklauseln schreiben fest, dass Ansprüche auf Überstundengeld und Gehälter einfach verfallen. Wollen Beschäftigte derartige Klauseln aus dem Vertrag streichen, riskieren sie ihren Arbeitsplatz.

„All in“-Klauseln bringen als Mogelpackungen Beschäftigte ebenfalls um eine faire Bezahlung: Die Gehälter sind höher angesetzt – doch decken sie Überstunden, Wochenend-Arbeit und dergleichen pauschal ab. In der Gesamtrechnung ist der Stundensatz dann viel niedriger. Will eine Arbeitnehmerin den Job wechseln, können ihr „Konkurrenz-klauseln“ einen Strich durch die Rechnung ma-

chen. Solche Klauseln verbieten, eine bestimmte Zeit lang in derselben Branche wie vorher tätig zu sein – um dem ehemaligen Arbeitgeber nicht zur Konkurrenz zu werden. Sich nicht an die Klausel zu halten, bringt empfindliche Strafen mit sich.

Schlussendlich wären da noch Jobs, die einen zum „Crowdworker“ und zum „Scheinselbstständigen“ machen. Mini-Tätigkeiten werden ausgelagert – Bewertungen von Produkten im Online-Versandhandel – und nur messbare Leistung wird bezahlt. Es gibt keine Pausen, keinen Urlaub, keine Überstunden, keinen Austausch mit anderen Beschäftigten. Und wer schon mal Essen bestellt oder einen Ersatz fürs Taxi gesucht hat, kennt sie: Fahrrad-ZustellerInnen, Uber-FahrerInnen, Reinigungskräfte, die per Klick nach Hause

kommen. Sie werden ebenfalls nach konkreter Leistung bezahlt, sind keine Angestellten und arbeitsrechtlich nicht abgesichert.

Unsere Vision: Wer arbeitet, darf nicht durch miese Tricks um sein Einkommen gebracht werden

Unsere Arbeitswelt ist dynamisch, neue Jobs entstehen, neue Unternehmen gründen sich. Und leider entwickeln sich auch Praktiken und Tricks, um Löhne zu drücken, Gewinne zu steigern – alles auf Kosten arbeitender Menschen. Wir werden dafür sorgen, dass unfaire Klauseln und ausbeuterische Arbeitsbedingungen der Vergangenheit angehören. Wer arbeitet, verdient Respekt und ein faires Einkommen!

„Das Arbeitsrecht wurde immer wieder ignoriert. 2016 gab es weder korrekte Feiertagsentlohnung, noch Pausen, eine Versicherung oder eine Entschädigung für Materialverschleiß. Später im Winter wurde auch keine Schutzausrüstung mehr zur Verfügung gestellt. Das Management erklärte uns, dass Foodora ein dynamisches Tech-Unternehmen sei und ein Betriebsrat würde nicht zum Geschäftsmodell passen, weil er nur Prozesse verlangsamen würde.“

— Adele Siegl ist Foodora-Betriebsrätin.
Im Interview mit kontrast.at.

Veronika Bohrn-Mena auf kontrast.at

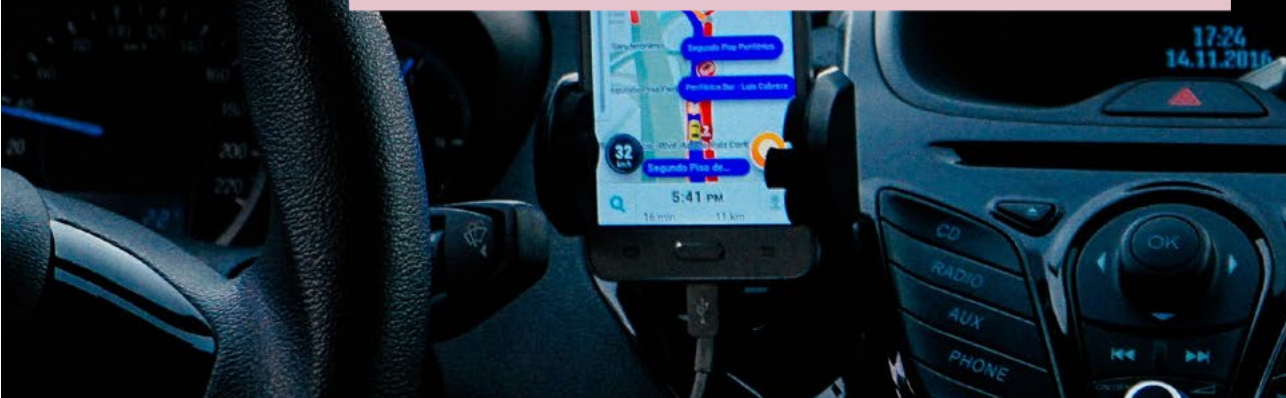
Alltag eines Uber-Fahrers

Dinko fährt seit drei Monaten für „Uber“. Anfangs hat er sich von dem Job viel Freiheit versprochen: Bewerbung und Dienstbeginn waren schnell und einfach, nur seine Führerscheinnummer musste er angeben. Der einzige persönliche Kontakt zu „uber“ war bei der zweistündigen „Einschulung“, gemeinsam mit acht anderen Personen in einem kleinen Raum im Wiener Gasometer.

In der folgenden Woche musste er 400 Euro Miete für das zugelassene „uber“-Auto vorstrecken. Nach 10 Tagen, in denen er täglich rund 8 Stunden unterwegs war, hat er 1.000 Euro verdient. 700 Euro davon musste er für Wagenmiete und Tank abziehen. Und dabei blieb es nicht: Als Neuer Selbstständiger musste er von dem

Geld auch noch seine Sozialversicherung bezahlen.

Auf den Fahrtpreis hat Dinko keinen Einfluss, den legt „uber“ fest. Beschwerd sich ein Fahrgast nachträglich, wird dem Fahrer der Fuhrlohn abgezogen. So muss Dinko mindestens 50, eher 60 Stunden pro Woche arbeiten, um ansatzweise über die Runden zu kommen. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat er keinen. Krankengeld gibt es auch keines, erst ab dem 43. Krankheitstag würden ihm knapp 9 Euro zustehen. Freie Tage oder Urlaub kann sich Dinko also nicht leisten, längst ist er auf der Suche nach einem anderen Job. Ihm ist egal was er macht, sagt er, nur für „uber“ will er auf keinen Fall mehr arbeiten.



So schaffen wir das.

Keine „All in-Klauseln“ für NormalverdienerInnen

All-in-Vereinbarungen waren ursprünglich für SpitzenverdienerInnen wie Top-ManagerInnen gedacht. Dort haben sie auch ihre Berechtigung. Aber für den Großteil der ArbeitnehmerInnen soll es diese Mogelpackung nicht geben. Nur wer mindestens 5.220 Euro brutto (Höchstbeitragsgrundlage) im Monat verdient, soll solche Klauseln im Vertrag haben dürfen.

Verbot von „Verfallsklauseln“

Diese Klauseln bringen Beschäftigte um das Gehalt und den Lohn, der ihnen zusteht.

Verbot von „KonkurrenzklauseIn“

In einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft sind KonkurrenzklauseIn kontraproduktiv. Sie beschränken die Arbeitsmöglichkeiten von Menschen und verschärfen obendrein den Fachkräftemangel.

Ein besserer Status für Plattform-Arbeitende

Wir wollen einen eigenen Status für „Crowdworker“ schaffen, da sie arbeitsrechtlich viel zu wenig abgesichert sind. Österreich könnte damit Vorreiterin für eine europäische Richtlinie sein. Als Vorbild eines solchen „Plattformarbeitsgesetzes“ kann das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) dienen. In einem solchen Gesetz sollen die Verantwortung von Plattform und Auftraggebern ebenso klargestellt werden wie die Erleichterung der Durchsetzung von Rechten der Plattformbeschäftigten, der Umgang mit Kunden-Ratings und das Verbot bestimmter VertragsklauseIn.

Bei uns wird fair gearbeitet. Ausbilden, statt Löhne drücken.

In Österreich sollte ein Billiglohn-Sektor entstehen: Im ersten Jahr von Türkis-Blau sind so viele Beschäftigte aus dem Ausland nach Österreich gekommen wie noch nie. Gleichzeitig hat die Regierung Kurz bei Integration und Qualifikation stark gekürzt. Wir wollen gute Arbeit für jede und jeden in Österreich. Aus- und Weiterbildung kann uns alle stärker machen, wir wollen uns nicht nach unten konkurrieren.

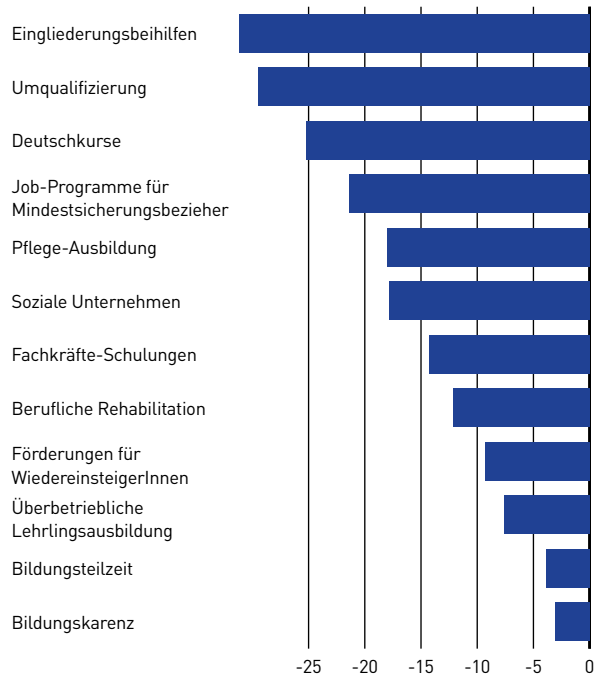
Im Jahr 2018 war die Zuwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt am größten - unter einer türkis-blauen Regierung. 54.380 Menschen sind aus dem Ausland gekommen, um bei uns zu arbeiten. Das ist mehr als im Jahr der Ostöffnung 1990.

Kurz, Strache und Kickl wollten einen Billiglohn-Sektor in Österreich schaffen: Offiziell hetzten sie gegen MigrantInnen, aber unauffällig holten sie Arbeitskräfte aus dem Ausland, um den Lohndruck zu erhöhen. Der 12-Stunden-Tag und kürzere Ruhezeiten im Gastgewerbe haben viele ÖsterreicherInnen etwa aus der Gastronomie verdrängt.

Ersatz wird im Ausland gesucht. Seither arbeiten rund 1.000 Österreicherinnen und Österreicher weniger im Tourismus, die Zahl der beschäftig-



13 Prozent weniger Förderung für Jobprogramme



ten AusländerInnen ist gleichzeitig um rund 5.100 gestiegen.

Türkis-Blau hat gesetzlich beschlossen, dass mehr Fachkräfte aus dem Ausland geholt werden dürfen. Außerdem planen sie das Mindesteinkommen für Fachkräfte um 20 Prozent zu senken. Das übt Druck auf alle Facharbeiterlöhne in Österreich aus.

Unsere Vision: Gute Ausbildung und faire Arbeit

Bevor wir Menschen aus dem Ausland auf unseren Arbeitsmarkt holen, müssen wir die Menschen, die hier leben, gut ausbilden und in Jobs vermitteln. In Österreich wird fair gearbeitet. Die 52-jährige Köchin aus dem Burgenland darf nicht von jungen ArbeitnehmerInnen aus Ungarn verdrängt

werden. Dafür müssen die Regeln am Arbeitsmarkt und die richtigen Qualifizierungsmaßnahmen sorgen. Während Türkis-Blau Jobprogramme gestrichen hat, wollen wir in die Qualifizierung der Menschen hierzulande investieren, statt Billigstarbeitskräfte aus Drittstaaten zu holen. Das rentiert sich: Jeder Euro in den Arbeitsmarkt hat sich bereits nach 5 Jahren gerechnet.

So schaffen wir das.

Arbeitsmarktprüfung: Integration vor Zuzug

In Branchen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit wollen wir die Arbeitsmarktprüfung wieder einführen. Dazu wollen wir auch das EU-Recht ändern. Unternehmen müssen vorher beim AMS nachfragen, wenn sie Arbeitskräfte außerhalb Österreichs anwerben. Gibt es bei uns eine passende Person, muss diese vorgezogen werden.

Rot-Weiß-Rot-Karte

Keine Facharbeit zum Dumpingpreis. Das Mindesteinkommen für FacharbeiterInnen, die über die Rot-Weiss-Rot-Karte nach Österreich kommen, darf nicht, wie von Türkis-Blau geplant, um 20 Prozent reduziert werden.

Qualifizieren und integrieren, nicht nieder-konkurrieren

Wir müssen wieder mehr Geld für Schulungsprogramme in die Hand nehmen. Die Kürzungen beim AMS müssen rückgängig gemacht werden. Besonders wichtig ist das Aus- und Umschulungsprogramm für FacharbeiterInnen in der Pflege. Der Bedarf an Pflegekräften wird steigen und vielen Arbeitslosen kann so eine Perspektive gegeben werden. (→ Facharbeiter-Intensivausbildung, S. 101)

Integrationsjahr wieder einführen

Die Regierung hat das Integrationsjahr gestrichen, wir wollen es wieder einführen. Ein Jahr lang sollen Asylberechtigte ausgebildet werden, Deutsch lernen und arbeiten. So werden Asylberechtigte mit unserer Arbeitskultur vertraut und finden danach leichter in den Arbeitsmarkt. Das verhindert, dass Asylberechtigte in der Mindestsicherung landen.



Langzeitarbeitslosigkeit abschaffen

Eine Jobgarantie

für sinnvolle Tätigkeiten

Arbeitslosigkeit kostet Lebensfreude, Gesundheit und Geld: 8 Milliarden Euro kostet uns derzeit die Arbeitslosigkeit. Dazu kommen körperliche und psychische Probleme von Arbeitslosen und der Verlust von beruflichen Fähigkeiten. Wir wollen die Langzeitarbeitslosigkeit abschaffen – Aufgaben gibt es genug: Ob mit dem E-Taxi oder in der Produktion – geförderte Jobs bringen allen mehr als lange Zeiten ohne Beschäftigung.

In Österreich sind noch immer fast 100.000 mehr Menschen arbeitslos als vor der Krise 2008. JedeR vierte Beschäftigte in Österreich ist zumindest einmal pro Jahr arbeitslos. Je älter man wird, umso mehr wird das zum Problem: Während die Arbeitslosigkeit in allen anderen Altersgruppen zurückgeht, ist die der Altersgruppe 50+ zuletzt wieder gestiegen. Ihnen fällt es besonders schwer, wieder Arbeit zu finden – viele von ihnen sind weit länger als ein Jahr arbeitslos.

Das kann jede und jeden treffen und hat schwere Folgen: Einsamkeit, Depressionen, gesundheitliche Probleme

und ein angespanntes Familienleben. Dennoch hat die türkis-blaue Regierung die Jobaktion 20.000 für ältere Arbeitslose gestrichen. Sie hätte die Arbeitslosigkeit unter den über 50-Jährigen halbiert und gerade einmal 150 Euro mehr pro Beschäftigten gekostet als dessen Arbeitslosigkeit.

Unsere Vision ist die Vollbeschäftigung bis 2030

Jeder Euro, den wir in aktive Arbeitsmarktpolitik stecken, hat sich nach 5 Jahren bereits gerechnet – wir müssen mehr gegen Arbeitslosigkeit und ihre Folgen für die Menschen tun. Bis 2025 wollen wir die Arbeitslosigkeit halbieren, bis 2030 wieder Vollbeschäftigung schaffen. Langzeitarbeitslose sollen eine Jobgarantie erhalten, auch um gute Pensionen im Alter abzusichern. Das ist nur mit einem mutigen Plan möglich.

So schaffen wir das.

Ende der Langzeitarbeitslosigkeit durch echte Jobgarantie

In Österreich soll niemand länger als ein Jahr arbeitslos sein. Wir wollen die Beschäftigungsaktion 20.000 auf alle Langzeitarbeitslosen ausweiten. Es gibt genug zu tun. Schulen, Gemeinden und Bezirksämter brauchen Unterstützung. Das kostet Österreich nur 150 Euro pro Person und Monat mehr als die Arbeitslosigkeit dieser Menschen.

Aktion 20.000 schützt unser Klima

Ehemalige Langzeitarbeitslose können ältere und kranke Menschen mit einem E-Taxis zum Arzt, in die Apotheke oder zum Supermarkt bringen. Gefördert wird das über ein Sonderförderprogramm aus dem neu zu schaffenden Klimaschutzfonds. Wer ein 1-2-3 Klimaticket hat, kann gratis mit dem E-Taxi fahren.

Konjunkturpaket:

Das Wirtschaftswachstum in Österreich nimmt wieder ab. Auch die Zahl der Arbeitslosen droht zu steigen. Die Konjunktur muss daher rasch stabilisiert werden. Wir brauchen ein Konjunkturpaket: Lohnsteuer schon ab 1.1.2020 senken, Mehrwertsteuer auf Mieten abschaffen und Investitionsanreize für Unternehmen durch eine befristete vorzeitige Abschreibung und wichtige Investitionen in Bildung und soziale Sicherheit.

A photograph of a diverse crowd of people at an outdoor event. In the foreground, a woman with short brown hair is speaking into a microphone. To her left, a man in a plaid shirt is looking towards her. To her right, an older man with glasses is looking on. The background is filled with other people, some wearing sunglasses, suggesting a sunny day.

An: Sozialdemokratische Partei Österreichs

Von: Martina F.

Liebe Fr. Dr. Rendi Wagner, ich habe im Rahmen der Aktion 20.000 einen tollen Job mit Befristung bis Juni 2019 bekommen. Ab Juli habe ich dort nun ein unbefristetes Dienstverhältnis, juhuuuu! Es wäre schön, wenn diese Aktion wieder ins Leben gerufen werden könnte.

Menschlichkeit siegt.

Der Lehre alle Ehre.

Wenn sie den Weg einschlagen, um ihr Ziel und ihren Wunschberuf zu erlernen, dann führt es viele von ihnen in Betriebe und sie beginnen eine Lehre. Sie sind die Fachkräfte von morgen, deren Fleiß und Leistung unsere Wirtschaft weiterbringt. Sie bringt auch die Lehrlinge selbst weiter: Denn je besser ausgebildet sie sind, desto sicherer später die Jobs. Wir wollen deshalb Lehrlinge fördern: Mit mehr Qualität in der Ausbildung, bezahltem Lehrabschluss-Urlaub und kostenlosem Führerschein.

Über 107.000 junge Menschen machen gerade in Österreich eine Lehre. Sie werden künftig in der Metalltechnik, im Verkauf, in Hotels und Restaurants arbeiten. Und sie werden Wohnhäuser fertigstellen.

Betriebe bauen auf sie und unser Alltag würde ohne Fachkräfte nicht funktionieren. Deshalb ist es uns auch so wichtig, dass mehr junge Menschen eine Lehrstelle finden, gut ausgebildet werden und Freude an ihren Jobs haben.

Wir wissen: Gut ausgebildet zu sein, macht es jedem leichter, einen Job zu finden, von dem man gut leben kann – und auch flexibel eine Stelle wechseln zu können, wenn man das möchte.

Schwerer haben es dagegen jene, die nur die Pflichtschule absolviert haben. Egal, welche Statistik über Jobsuchende wir uns ansehen: Jene, die keine



weiterführende Ausbildung haben, sind besonders häufig arbeitslos – und bleiben es länger.

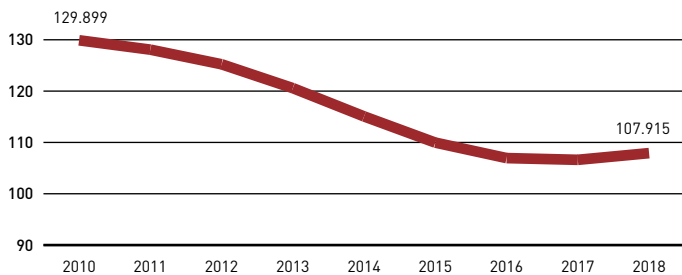
Etwa die Hälfte aller Jobsuchenden hat maximal die Pflichtschule absolviert.

Wir haben schon vor einigen Jahren mit der Ausbildungspflicht einen wichtigen Schritt gesetzt, damit junge Menschen ausgebildet und qualifiziert werden. Dank der Ausbildungspflicht bleiben sie länger in der Schule oder machen eine Lehre.

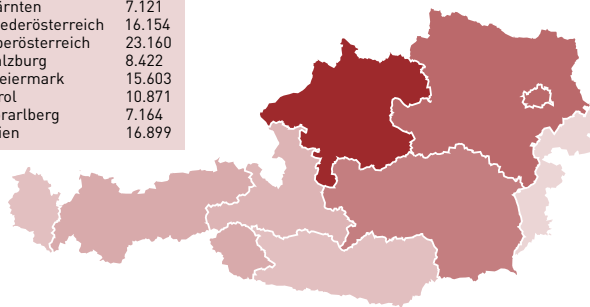
Dennoch sehen wir aktuell einen Trend, den wir nicht ignorieren dürfen: In den letzten Jahren hat die Gesamtzahl der Lehrlinge abgenommen. Zwar ist auch der Anteil der Burschen und Mädchen im lehrfähigen Alter gesunken und damit der Einbruch erklärbar. Dennoch wissen wir: Die Betriebe in Österreich – egal ob in der Holzverarbeitung, der Gastronomie oder Büros und Banken – suchen und brauchen Fachkräfte. Sie sind der größte Wert für ein Unternehmen. Deswegen wollen wir, dass Lehrberufe und die Ausbildungen von jungen Menschen noch stärker als das wahrgenommen werden, was sie sind: Eine tolle Investition in die eigene Zukunft!

Lehrlinge in Österreich

Quelle: WKÖ Lehrlingsstatistik



Burgenland	2.521
Kärnten	7.121
Niederösterreich	16.154
Oberösterreich	23.160
Salzburg	8.422
Steiermark	15.603
Tirol	10.871
Vorarlberg	7.164
Wien	16.899



Doch die Lehre hat als Bildungsweg nahezu starke Konkurrenz. Ein Uniabschluss gilt in der öffentlichen Wahrnehmung, am Gehaltszettel, den Karrieremöglichkeiten und bei dem, was sich viele Eltern für ihr Kind wünschen, im Vergleich zum Lehrabschluss oft als überlegen. Dieses Ungleichgewicht gilt es zu beheben. Der Lehrabschluss als Bildungsabschluss ist im Vergleich zu schulischen Abschlüssen im Nachteil. So sind etwa der Meisterabschluss oder die Wiederholung der Lehrabschlussprüfung kostenpflichtig, während Schule und Studium weitgehend gebührenfrei sind. Für den Zugang zur Universität wird über die Meisterprüfung hinaus auch noch eine Matura oder eine Studienberechtigungsprüfung benötigt.

Unsere Vision: Lehre, die Freude macht – Berufe, die Sicherheit geben

Wir wollen, dass jeder und jede den eigenen Wunschberuf erlernen kann und in Betrieben und Berufsschule bestmöglich ausgebildet wird. Dazu gehört auch, dass Berufsschulen technisch auf dem neuesten Stand sind, dass Lehrlinge Erholungszeiten haben und dass die Ausbilderinnen und Ausbilder pädagogisch gut geschult sind. Wir wollen, dass Lehrlinge mit Freude und Zuversicht in die Berufswelt einsteigen.

So schaffen wir das.

Gute Arbeitsbedingungen in den Betrieben:

Lehrlinge sind Arbeitskräfte, deren Rechte gewahrt werden müssen. So darf ein Betrieb keine verbotenen Überstunden von ihnen verlangen – dazu braucht es stärkere Kontrollen und Sanktionen, falls es Übertretungen gibt. Für Lehrlinge ist der 12-Stunden-Tag besonders problematisch. Denn sie brauchen Zeit zum Lernen und Erholen.

Faire Bezahlung: Mit der Lehrlingsentschädigung kommt man oft schwer über die Runden. Deshalb wollen wir, dass Lehrlinge ab dem 1. Lehrjahr mindestens 850 Euro bekommen. Wir unterstützen die Gewerkschaft, dies im Rahmen der Kollektivverträge zu erreichen.

Gratis Führerschein: Lehrlinge sollen im Rahmen der Berufsschule die Möglichkeit bekommen, kostenlos den Führerschein zu machen.

Sprachmonat für Lehrlinge: Gratis-Sprachkurse im Ausland sollen auch für Lehrlinge möglich sein, um sich fortzubilden. Hier könnte die Wirtschaftskammer aktiv werden und bei ihren Mitgliedsbetrieben dafür werben sowie die Organisation übernehmen. Von Fachkräften mit guten Fremdsprachen-Kenntnissen profitieren alle!

Kostenlose und raschere Lehrabschluss-Prüfung:

Jeder 4. Lehrling bricht seine Ausbildung ab oder schafft die Abschlussprüfung nicht. Das liegt auch an mangelnder Unterstützung durch Betriebe. Das soll sich ändern – der Weg zur positiv absolvierten Lehre leichter werden. Wie das geht? Mit einem Rechtsanspruch auf eine Lehrabschlussprüfung innerhalb eines Monats nach Ende der Berufsschule – damit das Erlernte gleich gezeigt werden kann. Außerdem soll die Prüfung selbst kostenlos sein, auch wenn sie wiederholt wird! Prüferinnen und Prüfer sollen dienstfreigestellt werden.

Lehrabschluss-Urlaub: Ein erfolgreicher Abschluss soll belohnt werden! Lehrlinge sollen auf Lehrabschluss-Reise fahren können. Deshalb wollen wir eine Woche bezahlten Lehrabschlussurlaub.

Kostenlose Meisterprüfung: Wie die Matura soll auch die Meisterprüfung gratis sein.

Kompetenzchecks zur Prüfungsvorbereitung: Wir wollen eine regelmäßige Überprüfung des Ausbildungsfortschritts für Lehrlinge. Das soll die Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung verbessern.

Mehr Weiterbildung für Ausbilderinnen und Ausbilder: Vor allem in den kleinen Betrieben gibt es nicht immer genügend Zeit für Lehrlinge und deren Ausbildung. Auch die Qualität der Ausbilderinnen und Ausbilder variiert. Damit die Ausbildungs-Qualität gesichert ist, wollen wir regelmäßige pädagogische Weiterbildung für die Ausbildenden.

Lehrlingsförderung dann, wenn Qualität der Ausbildung gesichert: Die derzeit an alle Lehrbetriebe ausbezahlte Lehrlingsförderung soll an Qualitätskriterien geknüpft werden. Im Abschlussjahr soll die Förderung erst nach erfolgreich absolvierter Lehrabschlussprüfung ausbezahlt werden.

Mehr Unterstützung für kleine Betriebe: Die erhöhten Mittel der betrieblichen Lehrstellenförderung sollen speziell für kleine Ausbildungsbetriebe eingesetzt werden, um bei Ausbildungsplänen, sozialen Problemen im Betrieb und bei den einzelnen Ausbildungsschritten zu unterstützen.

Mehr Zeit für Matura-Vorbereitung: Wir haben mit der „Lehre mit Matura“ die Chance geschaffen, Lehrabschluss und Matura zu kombinieren – und im Anschluss ein Studium zu beginnen. Um das zu erleichtern, sollen Lehrlinge einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung haben, um sich auf die Maturaprüfung vorbereiten zu können.

Leichterer Zugang zum Studium: Der Lehrabschluss berechtigt zur Aufnahmeprüfung. In Studienfächern, die zugangsbeschränkt sind, soll also eine positive Aufnahmeprüfung für den Zugang zum Studium reichen. Auch auf den Fachhochschulen soll der Lehrabschluss ausreichen, um sich für einen Studienplatz zu bewerben. Für alle nicht zugangsbeschränkten Studiengänge bleibt weiterhin die Matura bzw. die Berufsreifeprüfung Zugangsvoraussetzung.

Internet & Co in jede Berufsschule und jeden Betrieb bringen: Zu viele Ausbildungs-orte sind nicht digital, es gibt kein oder schlechtes Internet und zu wenig moderne Geräte zum

Arbeiten. Wir wollen, dass Berufsschulen mit Tablets und WLAN ausgestattet werden. Wir müssen die Berufsschule an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen.

Mehr Durchlässigkeit zwischen Schule und Lehre: Schulzeiten sollen besser auf die Lehre – Lehrzeiten besser auf die Schulzeit angerechnet werden. Das bedeutet flexiblere Ausbildungswege.

500 Lehrlinge im öffentlichen Dienst: Der öffentliche Dienst soll in Sachen Fachkräfte-Ausbildung mit gutem Beispiel vorangehen und 500 neue Lehrlinge aufnehmen.

Abschiebestopp für Asylwerbende in Lehre: Asylwerberinnen und Asylwerber sollen in Österreich eine Lehre in einem Mangelberuf machen können. AsylwerberInnen in Lehre sollen die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung fertigzustellen. Es ergibt keinen Sinn, gut integrierte Menschen abzuschieben und stattdessen noch nicht integrierte AusländerInnen nach Österreich zu holen.

Mehr Plätze in der FacharbeiterInnen-Intensivausbildung: Es soll 10.000 Plätze zur Intensivausbildung von Fachkräften mehr geben. Im Rahmen dieser Ausbildung haben jobsuchende HilfsarbeiterInnen die Möglichkeit, in komprimierter Zeit eine komplette Lehrausbildung zu machen. Derzeit absolvieren etwa 4.700 Menschen eine solche Ausbildung. Ziel der Offensive ist, die Liste der Mangelberufe, also jene Berufe, wo AusländerInnen aus Drittstaaten als Fachkräfte zugelassen werden, auf Null zu senken.

Zweite Ausbildungschance für alle – Qualifizierungsgeld Neu: Wir ermöglichen allen Menschen in Österreich eine zweite Ausbildungschance – auch im Erwachsenenalter. Für die Zeit der Ausbildung soll ein Stipendium in der Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes bezogen werden. Eine gut ausgebildete Bevölkerung stellt das Fundament der wirtschaftlichen Entwicklung jedes Landes dar.



Arbeitsplätze, die gut für Klima und Beschäftigte sind

Steigende Hitze macht unseren Alltag beschwerlich. Erledigungen sind anstrengend, vor allem Ältere leiden unter den hohen Temperaturen.

Doch auch für Beschäftigte ist die Hitze eine Gefahr! Dehydrierung, Schwindel und Arbeitsunfälle sind Folgen der Klimakrise. Deshalb werden wir unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen und in klimafitte Arbeitsplätze investieren.

In Österreich sterben mittlerweile mehr Menschen durch Hitze als bei Verkehrsunfällen. 2018 gab es 766 Hitzetote. LandwirtInnen klagen über schlechte Ernten. Beschäftigte im Freien leiden unter der prallen Sonne. Ältere Mitmenschen, Eltern von Kleinkindern und Schwangere können ihre Wohnungen und Häuser nicht verlassen, weil die Hitze ihre Gesundheit gefährdet. Und dann sind da noch jene Menschen, die im Sommer im Freien arbeiten müssen – die Lieferungen austragen, Möbel schleppen, auf Gerüsten arbeiten, Straßen asphaltieren, Fassaden putzen. Sie sind durch Hitze besonders gefährdet, weil sie sich körperlich anstrengen müssen.

„Der Asphalt hat 200 Grad. Unsere Bauarbeiter sind mit 55 körperlich am Ende. Wenn die regelmäßig 12 Stunden am Tag arbeiten müssen, können die nie gesund die Pension erreichen.“

PORR-Betriebsrat Peter Grandits
über die Arbeitsrealität am Bau

In Zurndorf im Burgenland ist in diesem Jahr ein Bauarbeiter verstorben. Er ist während der Arbeit kollabiert und konnte nicht gerettet werden. Der Klimawandel hat bereits jetzt spürbare Folgen, vor denen wir Menschen in Österreich bewahren müssen. Wir wollen auch in der Arbeitswelt ansetzen. Arbeiten darf niemanden in Lebensgefahr bringen. Das heißt für uns: Kürzere Arbeitszeiten, klima-angepasste Ar-

beitsräume und – damit wir die Klimakrise nicht weiter anheizen – mehr Investitionen in öffentlichen Verkehr und ökologische Arbeitsplätze.

**Unsere Vision:
Arbeitsplätze und
Verkehr, die das
Klima schützen
und damit auch
die Menschen**

Für uns geht Arbeitnehmer-Schutz vor Profit! Deswegen sollen Arbeitsplätze und Arbeitszeiten gesundheitsschonend gestaltet sein. Und der Weg in die Arbeit? Soll so klimaschonend wie möglich bewältigt werden können.

So schaffen wir das.

Pendlerpauschale mit Klimabonus: Wir wollen, dass auch Pendeln gerechter und klimafitter wird. Wer einen weiten Weg zum Arbeitsplatz hat, hat Kosten für die Anreise. Wie viel man an Pendlerpauschale bekommt, hängt derzeit vom Einkommen ab. Das soll sich ändern. Auch wer ein kleines Einkommen hat, soll so viel Pendlerpauschale bekommen wie ein Großverdiener. Und: Während es jetzt für Beschäftigte ein Nachteil ist, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel nutzen, soll genau das gefördert werden. Sie sollen die „große“ Pauschale bekommen, wenn sie mit Bus, Straßenbahn oder Zug in die Arbeit fahren statt mit dem Auto!

Das 1-2-3 Klimaticket für Österreich: In Vorarlberg und Wien fährt man um einen Euro täglich mit den Öffis. Das soll es für ganz Österreich im Zug- und Nahverkehr geben: Mit Jahreskarte um 3 Euro täglich durch ganz Österreich, um 2 Euro am Tag durch 3 Bundesländer und um 1 Euro am Tag im Bundesland öffentlich unterwegs. Finanziert werden soll das Ganze aus dem Klimaschutzfonds. Darüber hinaus wollen

wir alternative Verkehrsmittel wie regionale Sammeltaxis ausbauen und die Rahmenbedingungen für Rad- und Fußverkehr verbessern.

Mehr Investitionen in den öffentlichen Verkehr: Schluss mit Dieselloks! Deswegen wollen wir mehr als eine Milliarde in das Elektrifizieren von Bahnstrecken in den nächsten 5 Jahren investieren. Dadurch können wir hunderttausende Tonnen CO₂ sparen. Und: Das Elektrifizieren schafft Arbeitsplätze!

100 Millionen für E-Bikes, E-Taxis und mehr: Um den Weg zu Bahnhöfen zu erleichtern, wollen wir in Shuttleservices, E-Taxis und E-Fahrräder investieren. Wer das 1-2-3 Klimaticket besitzt, soll diese Services gratis mitnutzen können.

25 Grad am Arbeitsplatz sind genug: Ab 25 Grad sollen ArbeitgeberInnen verpflichtet werden, ihre Beschäftigten speziell vor Hitze zu schützen. Dazu gehört, Ventilatoren oder Klimaanlage verfügbar machen, Jalousien einzubau-



en und Betriebsgebäude zu isolieren. Darüber hinaus soll es zusätzlich bezahlte Pausen am Bau geben. An heißen Tagen soll zudem maximal 8 Stunden gearbeitet werden dürfen. Steigt die Temperatur auf über 32 Grad, soll die Arbeit eingestellt werden. Gelingt es nicht durch bauliche, organisatorische oder technische Maßnahmen die Raumtemperatur unter 30 Grad zu halten, so ist bezahlt hitzefrei zu gewähren.

Rechtsanspruch auf eine 4-Tage-Woche:

Kürzere Arbeitswochen sind nicht nur gut für die Work-Life-Balance, sie nützen auch unserem Klima. Denn eine 4-Tage-Woche bedeutet auch weniger CO₂. Konkret: 20 Prozent weniger Treibhausgase, die durch Arbeitswege entstehen.

Ein Green New Deal für Österreich:

Im Kern geht es darum, in der Klimapolitik weg von kleinen Einzelstrategien zu gehen – und stattdessen ganze Industriezweige, Verkehrswege und Arbeitsplätze ökologisch neu auszurichten. Funktionieren soll das mit Investitionen: Öffentliche Verkehrswege ausbauen; Wohn- und

Industriegebäude energie-effizient umbauen; „Öko-Upgrades“ für Unternehmen, damit sie weniger Treibhausgase ausstoßen. Außerdem sollen klimafreundliche Jobs gefördert werden. Für die Beschäftigten jener Wirtschaftssektoren, die derzeit von fossilen Energieträgern abhängig sind, sollen unverzüglich Re-Qualifizierungsinitiativen gesetzt werden, damit vor allem für die Beschäftigten ein fairer Übergang in ein klimafreundliches Wirtschaftssystem möglich ist.



Was Frauen verdienen?

Gerechte Löhne natürlich!

Jeden Tag Leistung bringen, jeden Tag funktionieren – und trotzdem ist die Zahl am Gehaltszettel kleiner als beim männlichen Kollegen nebenan. Für viele Frauen ist das bittere Realität. Und das, obwohl kaum jemand offen sagen würde, dass Frauen einfach so, grundlos, weniger verdienen sollen. Manch einer hat noch Erklärungen: „Ja, da sind nun mal Teilzeit und Karenzzeiten schuld. Das rächt sich beim Einkommen.“ Aber sehen wir uns das doch näher an. Vergleicht man die Stundenlöhne von Männern und Frauen, so verdienen sie um 20 Prozent weniger.

Auch Frauen, die ganzjährig und Vollzeit arbeiten, verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen: Ganze 15,6 Prozent weniger.

Interessant ist, dass es bei der Lohnungleichheit ein starkes Stadt-Land-Gefälle gibt. In ländlichen Gebieten arbeiten Frauen häufiger in niedrig bezahlten Dienstleistungs-Jobs, zudem sind Kinderbetreuungseinrichtungen seltener vorhanden.

In Wien ist der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen am geringsten – er liegt bei 6 Prozent.

Am höchsten ist der Gehaltsunterschied in Vorarlberg mit 24,7 Prozent.

Die gute Nachricht: Die Lohnschere schließt sich nach und nach. Aber leider viel zu langsam. Im jetzigen Tempo müssen Frauen bis 2050 warten, bis es Lohngleichheit in Österreich gibt. Wollen wir den Frauen das ernsthaft zumuten? Wir sagen: Nein!

Frauen bekommen weniger

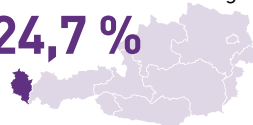
Am geringsten ist der Unterschied in Wien:

-6 %



Am stärksten ist der Unterschied in Vorarlberg:

-24,7 %



Statistik Austria, Brutto-Jahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten.

Island hat 2018 kurzerhand per Gesetz verboten, Frauen für gleiche Arbeit schlechter zu bezahlen. Der „Equal Pay Act“ verpflichtet Unternehmen zu belegen, dass sie ihre Beschäftigten gerecht bezahlen. Wer Frauen schlechter bezahlt, wird bestraft.

Unsere Vision: Nie mehr über die Lohnschere reden müssen

Es ist so einfach: Männer und Frauen sollen für die gleiche Arbeit gleich gut bezahlt werden. Wir können und wollen nicht bis 2050 warten. Deswegen wollen wir ein Gesetz, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert. Was in Island funktioniert, kann auch in Österreich funktionieren.

Bereits erreicht: Die volle Anrechnung der Karenzzeiten im Job.

Sie bringt Müttern tausende Euro.

An: Sozialdemokratische Partei Österreichs

Von: Monika P.

Der ständige Druck macht krank, ob nun die Angst vor Jobverlust, oft geht man trotz Krankheit arbeiten, ruiniert seine Gesundheit noch mehr und ist nach 10 Jahren ein psychisches und physisches Wrack, oder der ständige Zeitdruck und Leistungsdruck und das oftmals für Hungerlöhne. Paradebeispiel Pflege, Call-Center Agent, Schichtarbeiter uvm. Besonders für Frauen, wo noch die Familie dazu kommt und zu pflegende Angehörige, die fast immer von den Frauen übernommen wird, weil das Geld für eine externe Pflege nicht ausreichend ist.

So schaffen wir das.

„Equal Pay Act“ für Österreich: Frauen schlechter zu bezahlen als Männer ist Lohndumping. Seit Jänner 2018 gilt in Island ein Gesetz, das es Unternehmen verbietet, Frauen für gleichwertige Arbeit schlechter zu bezahlen, als Männer. Weltweit das erste dieser Art. So ein Gesetz brauchen wir auch in Österreich!

Mehr Selbstbestimmung, leichtere Vereinbarkeit: Wie Frauen arbeiten, hängt von vielen Faktoren ab. Meist sind sie es, die bei Kindern bleiben, wenn es zu wenig Betreuungsplätze gibt. Sie sind es, die ihre Angehörigen pflegen. Sie sind es, die Teilzeit statt Vollzeit arbeiten. Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmter arbeiten können. Das heißt für uns, Arbeitszeitmodelle zu entwickeln. JedeR soll einen Rechtsanspruch auf einen Wechsel von Vollzeit auf Teilzeit und umgekehrt haben – und einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr des Kindes.

50% der AMS-Mittel für Frauen: ÖVP und FPÖ haben bei jobsuchenden Frauen Geld gestrichen. Wir wollen, dass die Hälfte der AMS-Mittel für Frauen verwendet werden, damit sie am Arbeitsmarkt besser Fuß fassen können!



Was Frauen verdienen? Faire Pensionen natürlich!

Schlechtere Bezahlung, Teilzeitarbeit und zu wenig Kinderbetreuung: All das wirkt sich negativ auf Frauen-Einkommen aus. Noch dramatischer wird es bei den Pensionen. Männer-Pensionen sind fast doppelt so hoch wie jene von Frauen. Viele Frauen beziehen sogar nur die Mindestpension. Das muss sich endlich ändern! Wie? Mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitswahl und eine bessere Anrechnung der Kindererziehung.

In den letzten Jahren ist die durchschnittliche Männer-Pension stärker gestiegen als die der Frauen. 2007 erhielten Pensionistinnen noch 66 Prozent der Pension von Männern. 2017 waren es nur 63 Prozent. Momentan erhalten Frauen im Schnitt etwa 42,3 Prozent weniger Pension als die Männer.

In absoluten Zahlen beträgt die Pension der Männer durchschnittlich 1.920 Euro - während Frauen nur 1.100 Euro erhalten.

Die Pensionsschere klappt doppelt so weit auseinander wie die Einkommensschere – trotz Mindestpension. Und während die Einkommensschere langsam kleiner wird, geht die Pensionsschere zwischen den Geschlechtern wieder auseinander.



**2018 waren 8 von 10
Teilzeitstellen mit
Frauen besetzt. Um-
gerechnet heißt das:
Jede 2. Frau arbeitet
Teilzeit.**

Für die Pensionshöhe ist sowohl die Einkommenshöhe als auch die Zahl der Beitragsmonate relevant. Bei beiden Faktoren schneiden Frauen schlechter ab. Die Pensionsversicherung kalkuliert für eine klassische Alterspension pro EinzahlerInnen mit 540 Beitragsmonaten. Diese Zeitspanne erreichen nur 26 Prozent der Frauen, aber 55 Prozent der Männer.

Das hat Folgen, wenn Frauen ins Pensionsalter kommen, und äußert sich auch bei Mindestpension.

**Unsere Vision:
Wer arbeitet, muss
eine ordentliche
Pension bekommen**

Wir sind erst dann zufrieden, wenn es weder eine Einkommens- noch eine Pensionslücke zwischen Männern und Frauen gibt. Und wir wollen, dass niemand Angst vor dem Altwerden hat – weil jede und jeder weiß, dass er oder sie eine Pension beziehen wird, von der er oder sie gut leben kann. Das heißt auch: Niemand soll für Phasen der Jobsuche oder Jahre der Teilzeitarbeit bestraft werden. Die Phasen, in denen man weniger verdient, sollen sich künftig weniger stark auf die Pensionshöhe auswirken.

An: Sozialdemokratische Partei

Von: Michaela A.

Also. Ich hab immer Vollzeit gearbeitet. Meine Kinder waren die ersten und die letzten, die abgeholt wurden. Das war der Preis dafür, dass ich einmal eine ordentliche Pension bekomme. Wenn ich Teilzeit arbeite, dann muss es mir bewusst sein, dass die Pension weniger sein wird. Und das sage ich als Sozialdemokratin.

So schaffen wir das.

Frauenpensionen erhöhen – durch bessere Anrechnung der Kinderbetreuung:

- verbesserte Anrechnung der Kindererziehungszeiten (statt 110 Euro künftig 160 Euro pro Monat)
- 50 Euro brutto mehr jeden Monat in der Pension
- 750.000 Pensionistinnen profitieren.

Gelten soll das für Frauen und Männer mit Kindererziehungszeiten. Profitieren werden von dieser Maßnahme rund 750.000 Pensionistinnen.

Auch Menschen, die schon jetzt in Pension sind, sollen diese Extra-Pension pauschal aufgeschlagen bekommen. Zukünftige PensionistInnen sollen von der Extra-Pension über eine erhöhte Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten profitieren, das heißt über eine Erhöhung der Beitragsgrundlage für Kindererziehung (2.400 Euro monatlich 14 mal pro Jahr statt derzeit rund 1.600 Euro).

Mehr Selbstbestimmung, leichtere Vereinbarkeit

Wie Frauen arbeiten, hängt von vielen Faktoren ab. Meist sind sie es, die bei Kindern bleiben, wenn es zu wenig Betreuungsplätze gibt. Sie sind es, die Teilzeit statt Vollzeit arbeiten. Sie sind es, die ihre Angehörigen pflegen. Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt arbeiten können. Das heißt für uns, Arbeitszeitmodelle zu entwickeln: Und zwar solche, die diesen Namen verdienen. JedeR soll einen Rechtsanspruch auf einen Wechsel von Vollzeit und Teilzeit und umgekehrt haben – und einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr des Nachwuchses.

Weg mit dem Niedriglohnsektor und prekärer Beschäftigung – das sorgt für auch für gute Pensionen.

Ein großer Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung schaden dem Pensionssystem. Das Wichtigste ist deshalb eine fair bezahlte Erwerbstätigkeit. Die Zahl an „atypischen Arbeitsverhältnissen“ hat rasant zugenommen: Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Arbeitskräfteüberlassung (Leiharbeit) sind mittlerweile weit verbreitet. Für viele junge Menschen beginnt das Arbeitsleben nicht mit regulärer Arbeit und fairem Einkommen, sondern mit schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika. Auch wenn zu Ausbildungszwecken im Sinne des Praxiserwerbs gearbeitet wird, handelt es sich um Arbeit.

- Praktika müssen im Zweifel als Arbeitsverträge gelten: Der Arbeitgeber muss das Gegenteil beweisen.
- Auch Pflichtpraktika für Schule, FH und Uni sind Arbeitsverhältnisse – das müssen wir rechtlich sicherstellen.
- Gemeinsam mit den Sozialpartnern müssen wir eine faire Bezahlung für Praktika sicherstellen.
- Damit die Betroffenen nicht selbst gegen ihre ArbeitgeberInnen vor Gericht gehen müssen, ist Interessenvertretungen eine Verbandsklagemöglichkeit zur Feststellung des Arbeitsverhältnisses bzw. zur Durchsetzung daraus resultierender Ansprüche einzuräumen.

Außerdem braucht es eine Pensionsgarantie (→ Pensionsgarantie, S.23) und bei 45 Versicherungsjahren eine abschlagsfreie Pension.

A photograph of a woman and two children in a classroom. The woman, with short brown hair and a yellow shirt, is smiling and leaning forward on the right. Two children are sitting on chairs in front of a wooden cabinet. The child on the left is a young Black boy in a black shirt and jeans, looking up and to the left. The child on the right is a young white boy in a light blue tank top and green shorts, looking towards the camera. A white paper with black tape is pinned to the cabinet door. The text "Hoffnung für unsere Kinder" is overlaid in the center.

Hoffnung für unsere Kinder





Österreich soll Vorzeigeland in der Bildung werden

Eigentlich wäre es total einfach, unseren Kindern die beste Schule zu bieten. Man schaut sich von anderen das ab, was besonders gut funktioniert. Und man wendet das, was man selbst in eigenen Schulen und Schulversuchen entwickelt hat und was sich gut bewährt hat, großflächig an.

Tatsächlich wäre es leicht, aber es ist schwer, weil alle Erwachsenen ihre eigenen prägenden Erfahrungen gemacht haben und viele von ihnen, auch wenn sie die Schule gehasst haben, glauben, so muss es sein. Muss es nicht.

Denn was man von den Kindern erwartet, muss man auch von den Schulen verlangen: Dass sie lernen und sich weiterentwickeln. Das tun die Schulen natürlich. Es gibt mehr als 120.000 LehrerInnen, die jeden Tag ihr Bestes geben. Die Bildungspolitik sollte dabei unterstützen.

Denn die 1,1 Millionen SchülerInnen in den 55.000 Klassen in Österreich haben den besten Unterricht verdient.

Wir finden, dass Schule rund um die Kinder und Jugendlichen organisiert sein muss. Sie müssen im Mittelpunkt stehen. Die LehrerInnen wissen, dass Lernen und Unterrichten immer auch soziale Prozesse sind. Kinder sind keine Gefäße, denen man Inhalte aus dem Fächerkanon eintrichtert. Schulen helfen Kindern dabei, ihren Wissensdrang zu entwickeln, lenken ihn in Bahnen, Kinder lernen zu lernen und die Welt,

die rund um sie immer größer wird, zu verstehen.

Die Schulpolitik der letzten zwei Jahre hat sich leider einen anderen Mittelpunkt gesucht. Nicht die Kinder standen im Zentrum, sondern eine Idee, die im Politik-Marketing geboren wurde und nichts mit der Realität der Schulen und heutigen Pädagogik zu tun hat: Es muss Schluss sein mit der „Kuschelpädagogik“. Subtext: Kinder brauchen Disziplin, alle Schüler (Schülerinnen kommen nicht vor) schauet angstvoll zur Tafel! Sechsjährige werden mit Ziffernnoten, Achtjährige sollen mit geplanten „Aufnahmeprüfung“ - Talente-Checks - traktiert werden.

„In den Ländern mit den besten Bildungssystemen stellt man sich dem Anspruch: Jeder Schüler kann lernen, und es ist die Aufgabe der Bildungsinstitution herauszufinden: Wie lernt dieser Schüler und was können wir tun, um ihn zu unterstützen?“

Andreas Schleicher

Die Idee der Ibiza-Koalition war: Kinder können nicht früh genug das Auseinanderdividieren lernen. Das ist alles ziemlich dumm und kinderfeindlich. Die Politik von Türkis-Blau sortiert Kinder und ihre Lebenschancen nach dem Einkommen und Status ihrer Eltern. Das ist ein Rückschritt: Die schwarze Pädagogik des Bestrafens und Drohens hat in modernen Klassenzimmern nichts zu suchen.

**Unsere Vision:
Jedes Kind kann bei
uns alles werden.**

Jedes Kind hat sein Recht auf ein geglücktes Leben, jedes Kind kann bei uns alles werden. Jedes Kind ist gleich viel wert. Jedes Kind hat ein Recht auf die beste Bildung. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Kinder zu diesem Recht kommen.

Die Kinder brauchen unsere Unterstützung, um das zu werden, was sie sein können.

Unsere Bildungseinrichtungen – Kindergärten, Schulen, Lehre, Fachhochschulen und Unis – können so viel mehr, wenn man sie lässt.

A photograph of a diverse crowd of people at an outdoor event. In the foreground, a woman with short brown hair is speaking into a microphone. To her left, a man in a plaid shirt is looking towards her. In the background, various other people are visible, some looking towards the camera and others looking away. The scene is brightly lit, suggesting it's daytime.

An: Sozialdemokratische Partei Österreichs

Von: Susanne G.

Ich bin mit meiner Mutter und Oma aufgewachsen, Vater gab's keinen - zusammen haben die beiden eine Trafik betrieben, für mich war nicht viel Zeit, aber sie haben sich sehr bemüht. In der Schule war ich eine Pfeifn, hab die Matura nach mehreren Schleifen mit Ach und Krach geschafft, aber dann ist mir irgendwie der Knopf aufgegangen. Es wäre sich aber finanziell nie ausgegangen, dass ich studiere, wenn ich dafür zahlen hätte müssen, dann hätte ich sicher keine weitere Ausbildung machen können - dass ich heute eine gute Stelle als Akademiker habe, verdanke ich den Errungenschaften, für die sich großteils die SPÖ eingesetzt hat, deshalb wähl ich sie auch heute noch.

So schaffen wir das.

Bildung beginnt bei den Kleinsten: Darum wollen wir österreichweite Standards für die Kindergärten mit bestens qualifizierten PädagogInnen sowie klar vorgegebene pädagogische und organisatorische Standards (Schaffung eines einheitlichen Qualitätsrahmens). Zudem wollen wir eine bessere Entlohnung der KindergartenpädagogInnen sowie eine Ausbildung der ElementarpädagogInnen auf Hochschulniveau. Außerdem braucht es endlich die Umsetzung des zweiten verpflichtenden Gratiskindergartenjahres und den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr.

Digitalisierung - vom gratis Schulbuch zum gratis Tablet: Jede Schülerin und jeder Schüler soll zukünftig in der Unterstufe (5. Schulstufe) ein gratis Tablet und in der Oberstufe (9. Schulstufe) einen Laptop erhalten. Zudem müssen auch die LehrerInnen mit entsprechender digitaler Hardware ausgestattet und die Schulen flächendeckend (Pflicht- und Bundesschulen) an das Breitbandinternet angebunden und mit funktionstüchtigem WLAN ausgestattet werden. Die Ausstattung alleine reicht allerdings nicht: Die LehrerInnen müssen entsprechend ausgebildet sein. Digitale Kompetenzen müssen verpflichtender Teil der LehrerInnenausbildung bzw. der Weiterbildung sein. Im Unterricht findet sich digitale Grundbildung als wesentlicher Teil des Lehrplans, digitale Bildungsmedien sind die Zukunft des Unterrichtens.

Abschaffen der klassischen Schulfächer:

Das österreichische Schulsystem ist geprägt von einer Wissensvermittlung in starr voneinander abgegrenzten Fächern. Vielmehr als reines Wissen wird in Zukunft aber die Fähigkeit gefragt sein, Wissen anzuwenden, vernetzt zu denken, kritisch zu hinterfragen und Lösungen abseits vorgegebener Pfade zu finden. Um solche Kompetenzen vermitteln zu können, muss sich die Schule vom klassischen Fächerkanon verabschieden. Moderner Unterricht orientiert sich an lebensnahen Themenfeldern und dem Umgang mit komplexen Fragestellungen. Dabei bauen wir zunehmend auf soziale Intelligenz. Der Ethikunterricht für alle bietet einen Rahmen für eine qualifizierte Auseinandersetzung und ist auch ein Beitrag zur politischen Bildung und Entwicklung einer soliden Werthaltung. Schule ist der geeignete Raum, um die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen in einem geordneten Umfeld zu führen. Das Erleben von sozialer Verantwortung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und von zivilgesellschaftlichen Initiativen ist zu stärken.

Die besten Lehrerinnen und Lehrer: Unser Ziel ist es, die geeignetsten, motiviertesten und bestausgebildeten LehrerInnen zu gewinnen. Ihr Engagement, ihr Können und ihre Begeisterungsfähigkeit prägen das schulische Klima und den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen maßgeblich. Die derzeitigen Aufnahmeverfahren für ein pädagogisches Studium sollen

daher so reformiert werden, dass die Motivation und die Eignung für diesen Beruf zentrale Kriterien sind. Außerdem bauen wir auf eine bessere Ausbildung (Erhöhung des Praxisanteils im Studium, Implementierung von Fachbereichen für die Sekundarstufe wie z.B.: Naturwissenschaftliche Fächer werden zu „science“, digitale Kompetenzen und moderne Lehrmethoden; internationale Mobilität der angehenden LehrerInnen; Interkulturelle Kompetenzen). Auch das Dienstrecht der LehrerInnen soll grundlegend überarbeitet werden (60 Stunden persönliche Weiterbildung pro Jahr, Harmonisierung des Dienstrechts, gemeinsame Standards bei Unterrichtsverpflichtung sowie Fort- und Weiterbildung). Die Schulleitung soll größere Autonomie zur Gestaltung von Schulschwerpunkten und Zusammensetzung des Lehrkörpers erhalten.

Moderne Schulorganisation: Alleine auf Bundesebene waren in der letzten Legislaturperiode neben dem Bildungsministerium auch das Außenministerium (für Fragen der Integration) sowie das Familienministerium (Kinderbetreuung) und das Landwirtschaftsministerium (Land- und Forstwirtschaftliche Schulen) im Bildungsbereich mit einer Zuständigkeit betraut. Wir wollen die Gesetzgebung und Vollziehung aus einer Hand und daher die Bündelung der Zuständigkeiten in einem Bildungsressort. Außerdem braucht es eine bundesweite Steuerung der pädagogischen Zielsetzungen und eine einheitliche Schulerhalterschaft.

Ausbau der Hochschulen: Immer mehr junge Menschen möchten in Österreich studieren, was mehr als erfreulich ist. Durch die von türkis-blau eingeführten weiteren Zugangsbeschränkungen fehlen aber rund 20.000 Studienplätze, die gekürzt wurden. Der versprochene Ausbau des Fachhochschulsektors fällt hingegen mager aus: 4.500 zusätzliche Studienplätze an Fachhochschulen bis 2023 kompensieren die Kürzungen im Unisektor nicht annähernd. Außerdem fehlt dem FH Sektor die nötige Planungssicherheit, da eine langfristige Finanzierungszusage für den Ausbau verweigert wurde. Es braucht einen raschen Ausbau von Fachhochschulplätzen und die finanzielle Absicherung der Lehrgänge. Gerade im MINT-Bereich fehlen hochqualifizierte Arbeitskräfte. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir 5.000 zusätzliche Ausbildungsplätze an Universitäten und FHs.



Österreich zum Land der Chancen machen

Es ist leider nichts Neues, aber die Tatsache, dass uns jede Bildungsstudie ein und dasselbe Manko diagnostiziert, macht es nicht besser: Bildung wird in Österreich vererbt. Wir sagen: Jedes Kind ist gleich viel wert. Jedes Kind verdient die beste Unterstützung. Machen wir Österreich zum Land der Chancen!

Kinder haben hier zu Lande nicht dieselben Chancen, sondern ihre Herkunft bestimmt oftmals, welche Bildungskarriere sie einschlagen werden und damit auch welchen Beruf sie ergreifen können.

In Österreich trennen sich die Bildungswege schon bei den Zehnjährigen. Wer nach der Volksschule ins Gymnasium geht, danach maturiert und später einmal eine Hochschule absolviert, lässt sich sehr leicht voraussagen: Es sind die, deren Eltern eine ähnliche Bildungslaufbahn hatten.

Im Nationalen Bildungsbericht 2018 wird daher der Frage nachgegangen, ob sich die

Schulwahl durch Leistungsunterschiede erklären lässt. Der Zusammenhang zwischen Schulwahl und Leistung insbesondere nach der Volksschule ist jedoch relativ schwach. Beispielsweise: Bei gleicher Kompetenz der SchülerInnen im Leseverständnis treten Akademikerkinder um einiges öfter in eine AHS über als Kinder, deren Eltern einen Lehrabschluss haben.

Dass das nicht so bleiben muss, zeigen internationale Beispiele: In Shanghai schneiden die sozial am stärksten benachteiligten Kinder bei PISA teilweise besser ab als die wohlhabendsten Kinder in europäischen oder amerikanischen Städten.

Die ärmsten zehn Prozent der SchülerInnen in Vietnam und Estland schneiden bei PISA besser ab als die reichsten zehn Prozent in den meisten lateinamerikanischen Ländern.

Für den OECD-Bildungsexperten Andreas Schleicher liegt so manche Ableitung aus internationalen Vergleichen auf der Hand: Keines der PISA-Spitzenländer kennt eine Aufteilung in leistungsstärkere und -schwächere SchülerInnen, keines eine frühe Trennung, dasselbe gilt für Klassenwiederholungen. Am besten schneiden die Bildungssysteme ab, die allen Schülerinnen und Schülern gleiche Lernmöglichkeiten bieten und in dem LehrerInnen



an das Potential jedes Schülers und jeder Schülerin glauben. Mit der frühen Trennung der Kinder nach der Volksschule produzieren wir nicht nur für die Eltern einen großen Stress, sondern auch für die Kinder und die LehrerInnen.

Die Lernmöglichkeiten hängen aber nun mal oft auch von der Finanzkraft der Eltern ab: Laut einer Studie des Institutes für empirische Sozialforschung (IFES) haben im Schuljahr 2016/17 etwa 14% der österreichischen SchülerInnen bezahlte Nachhilfe in Anspruch genommen. Bundesweit haben deren Eltern etwa 100 Mio. Euro für bezahlte Nachhilfe ihrer Kinder ausgegeben.

Problematisch wäre es allerdings, auf Schwierigkeiten der SchülerInnen damit zu reagieren, Anforderungen zu senken an-

statt Lernumfelder in modernster Pädagogik oder etwa mehr Förderunterricht anzubieten.

Unsere Vision: Jedes Kind bekommt alle Chancen

Machen wir Österreich zum Land der Chancen! Es ist unsere Pflicht, jedem Kind in Österreich die Neugier und Freude am Lernen zu fördern. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass jährlich in unseren Schulen lauter Genies starten und nach ein paar Jahren frustrierte Jugendliche übrigbleiben, denen man auf Grund ihrer Eltern mitgegeben hat, dass sie in unserer Gesellschaft weniger wert wären und sie dümmer wären als Akademikerkinder.

So schaffen wir das.

Kinderbetreuung, auf die sich die Eltern das ganze Jahr verlassen können:

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen gratis Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Dazu wollen wir eine Ausbauoffensive der Kindergärten - flächendeckend, qualitativ hochwertig, ganztätig geöffnet, weniger Schließtage und öffentlich finanziert. Das gilt nicht nur für einen Platz in einem Kindergarten, sondern später auch auf einen Platz in einer ganztägigen Schule im Umkreis von 20 km. Auch in den Ferien braucht es für Eltern ein verlässliches Betreuungsangebot. Wir wollen, dass Schulen dieses für Eltern, die es benötigen, auch anbieten. Dazu sollen LehrerInnen, UnterrichtspraktikantInnen und FreizeitpädagogInnen herangezogen werden. Jene 35.000 SchülerInnen, die im Herbst eine Nachprüfung absolvieren müssen, erhalten gratis Lernunterstützung.

Ausbau der ganztägigen Schulen und gratis Mittagessen:

Erfolgreiche Bildungssysteme wie Kanada oder Estland machen es vor: Hier ist die Schule ohne Rucksack selbstverständlich. In ganztägigen Schulformen wechseln sich Arbeitsblöcke mit Pausen und Bewegungsphasen ab. Die Idee dahinter: Kinder lernen nicht nur im Unterricht, sondern auch im Gespräch mit den KlassenkollegInnen. Wir wollen daher den weiteren Ausbau der Ganztageschulen, nur so kann man von echter Wahlfreiheit für Eltern sprechen. Außerdem wollen wir ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder. Hausübungen werden in der Schule erledigt, Eltern müssen sich nicht mehr am Nachmittag mit den Kindern über das Hausübungsmachen streiten. Und das hat positive Effekte auf die Lernergebnisse: Ganztägige Schulformen verbessern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie senken auch die Notwendigkeit und damit die Ausgaben für Nachhilfestunden. Die Zahl der „Sitzenbleiber“ reduziert sich von

durchschnittlich 8,4 Prozent auf 1,4 Prozent in der verschränkten Ganztagschule. Für jene SchülerInnen, die dennoch eine Nachprüfung im Herbst absolvieren müssen, fordern wir gratis Lernunterstützung im Sommer.

+5.000 LehrerInnen da, wo sie am meisten gebraucht werden (Chancenindex):

Nur 6 von 10 SchülerInnen der 4. Volksschule können sinnerfassend lesen – Schwierigkeiten haben hier sehr oft Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Jene, die Hilfe beim Lernen brauchen, bekommen nicht die notwendige Unterstützung. Denn derzeit macht es keinen Unterschied, wo sich eine Schule befindet und mit welchen besonderen Herausforderungen die Schule konfrontiert ist. Damit lassen wir Kinder zurück, gefährden die Integration und verbauen spätere Arbeitsmarktchancen. Wir wollen die Mittel nach dem tatsächlichen Bedarf verteilen. Hierzu kommt der sogenannte „Chancenindex“ zur Anwendung. Je größer die Probleme an einer Schule, desto mehr LehrerInnen sollen in Zukunft zum Einsatz kommen. Das löst einen Bedarf von ca. 5.000 zusätzlichen LehrerInnen aus, die wir nach diesen Gesichtspunkten in Österreich verteilen wollen.

Integrationspaket für Schulen:

Kinder, die die Deutsche Sprache nicht können, haben es natürlich nicht leicht in der Schule. Auch kulturelle Vielfalt stellt Schulen vor Herausforderungen. Dennoch hilft es nichts, das nur zu problematisieren, aber nichts dagegen zu tun – beziehungsweise auch noch Mittel für Integrationsmaßnahmen zu kürzen, so wie es unter der Ibiza-Koalition leider passiert ist. Wir möchten die Kürzungen umgehend zurücknehmen und wieder einen Integrationstopf für Schulen einrichten. Es braucht zusätzliche SprachlehrerInnen, Teams aus PsychologInnen und SozialarbeiterInnen, die die Entwicklung aller

SchülerInnen – übrigens auch jener ohne Migrationshintergrund – fördern. Bei uns soll jedes Kind, das in Österreich lebt, egal, woher es selbst oder die Eltern kommen, die gleichen Chancen haben. Dazu müssen wir jene mit Sprach-, Lern- oder sozialen Schwierigkeiten besser unterstützen. Je früher ein Kind mit Migrationshintergrund Deutsch spricht, umso besser. Daher wollen wir zwei verpflichtende, kostenlose Kindergartenjahre für frühe sprachliche Förderung. Integration über die Schule bezieht auch die Eltern mit ein. Ein wichtiger Schritt dafür ist die Ausarbeitung einheitlicher Kriterien für kooperative Elternarbeit in Schulen. Dazu gehört beispielsweise, dass sie die Schulbibliothek ebenso nutzen können wie ihre Kinder.

Kein Stress bei der Schulwahl: Die frühe Trennung der Kinder nach der Volksschule in Gymnasium oder Mittelschule wirkt sich nicht nur negativ auf die Chancen der Kinder aus, sondern bewirkt vor allem eines: Stress bei Eltern und Kindern: Hat mein Kind ausreichend gute Noten, um einen Platz im Gymnasium zu bekommen? Wohin geht die beste Freundin, der beste Freund nach der vierten Klasse? Welche Schulform ist die am besten geeignete für mein Kind und passt das mit den individuellen Vorstellungen und Wünschen zusammen? Diesen Stress wollen wir allen ersparen: denn er ist nicht nur aus einer schulischen Perspektive völlig unnötig (der internationale Vergleich macht sicher: Länder mit gemeinsamer Schule, wie etwa Finnland, stehen regelmäßig bei den PISA Ergebnissen an der Spitze), sondern vor allem aus der persönlichen Sicht der Kinder. Wir wollen daher die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen. Privatschulen, deren Lehrpersonal von der öffentlichen Hand finanziert werden, nehmen einen an die Region angepassten Prozentsatz an Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien auf.

Maßnahmen gegen Mobbing und Gewalt an Schulen: Leider wurde im letzten Jahr zunehmend von Gewalt und Mobbing unter SchülerInnen bzw. von SchülerInnen an LehrerInnen und umgekehrt berichtet. Hierfür braucht es umfassende Maßnahmen. Dabei geht es vor

allem um zusätzliches Unterstützungspersonal für LehrerInnen, damit diese nicht noch zusätzlich PsychologIn und oder SozialarbeiterIn in einem sein müssen. Wir fordern daher 100 SchulpsychologInnen zusätzlich. Um das Klassengefüge und Schulklima zusätzlich zu stärken, wollen wir außerdem den weiteren Ausbau von Peer-Mediationsprogrammen, in denen Jugendliche zu VertrauensschülerInnen ausgebildet werden. Sie erkennen oftmals früher als die LehrerInnen, wenn Konflikte in ihrer Klasse, in der Schule entstehen. So können Konfliktsituationen zwischen SchülerInnen oder zwischen SchülerInnen und LehrerInnen erkannt und angegangen werden, bevor sie eskalieren.

Sicherer Schulweg: Der tragische Tod eines 9-Jährigen, der auf dem Weg zur Schule von einem LKW auf dem Zebrastreifen Anfang des Jahres überfahren wurde, löste nicht nur tiefe Betroffenheit aus, sondern verdeutlicht: Unsere Schulwege sind nicht sicher! Dabei könnte man durch eine einfache Maßnahme solche Unfälle verhindern, nämlich die Ausrüstung aller LKWs mit verpflichtenden Abbiegeassistenten. Das Warnsystem gleicht den toten Winkel aus. Bereits 15% der LKWs sind auf Europas Straßen mit einem solchen ausgestattet. Um Schulwege in Österreich sicher zu machen wollen wir dringend die Einführung eines verpflichtenden Abbiegeassistenten. Nur so können tödliche Unfälle am Schulweg verhindert werden.

Kostenfreier Hochschulzugang: Die aktuellste OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2018“ hat einmal mehr gezeigt, dass unser Hochschulsystem stark selektiv wirkt – Kinder, deren Eltern nicht selbst auf der Uni waren, sind beim Hochschulzugang benachteiligt. Und dennoch müssen seit 2018 berufstätige Studierende wieder Studiengebühren bezahlen, also ausgerechnet jene LeistungsträgerInnen, die tagtäglich mit der Herausforderung konfrontiert sind, Studium und Berufstätigkeit unter einen Hut zu bringen. Das muss umgehend rückgängig gemacht werden. Wir sind für einen offenen und gebührenfreien Hochschulzugang und bessere soziale Absicherung, so dass es Menschen aus allen sozialen Schichten möglich ist zu studieren.

Fürs Leben lernen.

Wir schicken unsere Kinder mindestens neun Jahre in die Schule, und dennoch beklagen Unternehmen, dass Jugendliche, die sich bei ihnen für eine Lehre bewerben, nicht gut genug lesen, schreiben oder rechnen können.



Und über 1.100 SchülerInnen jährlich haben nach Beendigung der Schulpflicht keinen positiven Schulabschluss der Mittelschule geschafft. Kann man das achselzuckend zur Kenntnis nehmen, weil es ja „nur“ 1,3 Prozent jedes Jahrgangs sind? Nein!

Mit 15 Jahren ohne Schulabschluss auf Arbeitssuche ist eine Situation, mit der viele der Jugendlichen - verständlicherweise - nicht zurechtkommen können. Da muss man etwas tun. Denn wir kennen die Situation am Arbeitsmarkt. Gesucht werden vor allem gut ausgebildete Fachkräfte. Viele Hilfsarbeitertätigkeiten von gestern werden heute schon entweder im Ausland oder von Maschinen und Robotern erledigt. Wir können und dürfen Jugendliche also nicht aus der Schule lassen, ohne dass zumindest Grundkompetenzen vorhanden sind. Denn selbst wenn diese jungen Menschen später eine Lehre beginnen, können solche Defizite nur schwer aufgeholt werden.

Das heißt, dass sich in unserem Schulsystem etwas ändern muss. Und das gilt generell für den Übergang von der Schule in den Job.

Jugendliche, die keine weiterführende Schule besuchen und eine Lehre beginnen, müssen recht früh, nämlich mit 15 Jahren, eine berufliche Lebenswegentscheidung treffen. Gleichzeitig wird ihnen vermittelt, dass es in Zeiten sich rasch ändernder Arbeitsmärkte ohnehin keine Berufe und Arbeitsplätze mehr gibt, die man ein Leben lang ausübt. Deswegen müssen und wollen wir die Unterstützung für Jugendliche bei ihrer Berufsentscheidung sehr viel besser machen.



**Unsere Vision:
Am Ende der Schulzeit stehen junge, selbstbewusste Menschen, die in der Lage sind, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Die Schulpflicht endet, wenn die Schule ihre Pflicht getan hat und die Jugendlichen die nötigen Fähigkeiten für einen positiven Abschluss haben.**

Schule soll nicht als unsinnig empfunden werden, wo man erst nach der Schulzeit erkennt, warum es doch recht schlau war, das eine oder andere zu lernen. Schon gar nicht soll Schule zu einem sinnlosen Absitzen der Zeit verkommen. Am Ende der Schulzeit sollen junge, selbstbewusste Menschen stehen, die in der Lage sind, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Aber eines ist klar: Es darf nicht sein, dass Jugendliche die Schule beenden, ohne ausreichend lesen, schreiben und rechnen zu können.

So schaffen wir das.

Schulpflicht an Bildungsziele knüpfen:

Die Schulpflicht endet in Zukunft nicht mehr mit neun Jahren Schulbesuch, sondern nur mit einem positiven Abschluss der 8. Schulstufe. Wiederholungen sind so lange möglich, bis ein positiver Schulabschluss geschafft ist (die Pflicht endet allerdings automatisch mit dem 18. Lebensjahr). Parallel dazu greift weiterhin die Ausbildungspflicht bis 18 sowie Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre: JedeR Jugendliche in Österreich soll einen über den Pflichtschulabschluss hinausgehenden Bildungsabschluss machen. Kürzungen der türkis-blauen Bundesregierung bei der Ausbildungsgarantie werden umgehend zurückgenommen.

Mehr Flexibilität für Bildungswegentscheidungen – Einführung von Berufskollegs:

Berufsentscheidungen werden heutzutage nicht mehr für das ganze Leben getroffen. Wir wollen daher das Berufsbildungssystem durchlässiger gestalten und gleichzeitig sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler auch für jede weitere Bildungswegentscheidung das nötige Rüstzeug haben. Eine Zusammenführung der Polytechnische Schulen und der Berufsbildende Mittlere Schulen in

Berufskollegs ist für uns ein denkbarer Weg, um das Schulsystem ein Stück weiter an die derzeit ohnehin schon teilweise realen Bildungsverläufe heranzuführen. Dies wollen wir im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfen.

Bessere Berufsorientierung: Jugendlichen fällt die Planung der eigenen Bildungs- und Berufslaufbahn zunehmend schwerer. Um sie bei ihren Überlegungen gezielt zu unterstützen, muss eine für alle SchülerInnen verpflichtende Bildungs- und Berufsorientierung in der Sekundarstufe I und (erneut) in der Sekundarstufe II eingeführt werden. Ab der 5. Schulstufe soll dem Thema Berufsbildung zumindest eine Woche pro Schuljahr fächerübergreifend gewidmet werden. Das gewährleistet Raum und Zeit, um sich frühzeitig mit unterschiedlichen Berufsbildern, Ausbildungen und den persönlichen Interessen und Talenten auseinanderzusetzen. Kooperationen mit externen Plattformen und Institutionen, die eine inhaltliche Breite vermitteln können, sind anzustreben. Für jedes Kind wird ein individueller Perspektivenplan erstellt, der die weiteren Möglichkeiten aufzeigt. Weiters wird an jedem Schulstandort ein Berufsorientierungscoach installiert.

Kinderarmut abschaffen

Kinder sollen lachen, träumen und alle Türen sollen ihnen offenstehen.
Ihre Träume sind unsere Verpflichtung.



Armutsbetroffene sterben in Österreich um rund zehn Jahre früher als der Rest der Bevölkerung. Das Schlimme ist jedoch: Das Dilemma beginnt gleich zu Beginn des Lebens: Denn Armut ist in Österreich erblich und damit „ansteckend“. Wer als Kind armer Eltern auf-

wächst, trägt schlechtere Kleidung, lebt häufiger in überbelegten, dunklen und feuchten Wohnungen, in denen teilweise Heizung oder Bad fehlen und die schlecht ausgestattet sind: keine eigene Waschmaschine, kein Computer oder Geschirrspüler.

Dieses Kind wird ziemlich sicher schlechter in der Schule sein, wird es nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit auf die Uni schaffen, weil Bildung hierzulande immer noch vererbt wird. Damit sinken auch die Chancen auf eine gute Ausbildung einen sicheren

Arbeitsplatz, das Risiko, später arbeitslos zu sein, steigt. Arme oder armutsgefährdete Kinder klagen öfter über Bauch- oder Kopfschmerzen, neigen eher zu gesundheitsriskantem Verhalten wie ungesundem Essen, Rauchen oder weniger sportlichen Aktivitäten. Arme Kinder von heute sind die chronisch kranken Erwachsenen von morgen.

Und wie ist der Alltag dieser Kinder? Wie ist es, mit leeren Händen bei der Geburtstagsparty der besten Freundin zu stehen, weil kein Geld für ein Geschenk da ist, oder der Schulanfang stresst, weil die Eltern nicht wissen, wie sie die Sachen für den Schulbeginn bezahlen sollen? Und es gibt auch Kinder, die nach der Schule nicht spielen können, sondern daheim jemanden pflegen müssen. 40.000 Kinder und Jugendliche sind es in Österreich, die ihre Angehörigen pflegen, obwohl es doch sie wären, die in der Rolle der Umsorgten sein sollten.

Alleine für heuer stehen über 45.000 Schulstartpakete bereit, die vom Roten Kreuz in Kooperation mit dem Sozialministerium verteilt werden. Übrigens eine wichtige Initiative, die wir Rudi Hundstorfer zu verdanken haben. Auch Caritas, Volkshilfe oder Diakonie helfen zum Schulstart regelmäßig Familien, die sich keine gefüllte Schultasche für ihre Kinder leisten können.

Wer also jetzt glaubt, wir sprechen hier von Kindern, die in einem Entwicklungsland groß werden, der irrt. Nein, wir reden über Österreich, eines der reichsten Länder der Welt.

Mehr als 300.000 minderjährige Kinder und Jugendliche sind in Österreich armutsgefährdet. Fast jedes fünfte Kind (19%) lebt in einer von Armut betroffenen Familie. Damit sind Kinder die am stärksten unter Armut leidende Bevölkerungsgruppe. Besonders betroffen sind AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien. Fast 40% der AlleinerzieherInnen mit Kindern sind betroffen. Eigentlich beschämende Zahlen. Doch anstatt sich darum zu bemühen, jedes einzelne Kind aus der Armut zu bekommen, hat die türkis-blaue Bundesregierung mit der Kürzung der Mindestsicherung die Situation dieser Kinder drastisch verschlechtert.

„Kinder sollen lachen, träumen und alle Türen sollen ihnen offenstehen. Ihre Träume sind unsere Verpflichtung.“

Kinder sollen lachen, anstatt sich fürchten. Träumen statt Angst haben. Chancen und Perspektiven sehen anstatt Sackgassen. Sie sollen nicht nur bloß die Hoffnung haben, dass es ihnen einmal besser gehen wird als ihren Eltern, sondern sie sollen sich darauf verlassen können, dass es so sein wird. Erst wenn jedes Kind in Österreich diese Sicherheit hat, haben wir unseren Job als PolitikerInnen ordentlich erfüllt.

Arbeitslosigkeit darf für Familien nicht zur Armutsfalle werden. Wir wollen Arbeitslosengeld und Notstandshilfe erhöhen, sodass sie existenzsichernd sind.

Unsere Vision: Die Grundsicherung für Kinder

Jedes fünfte Kind in Österreich lebt heute in von Armut betroffenen Familien. Neben Sofortmaßnahmen braucht es langfristig ein Gesamtkonzept, das insbesondere das Flickwerk bei den finanziellen Familienleistungen neu ordnet. Vor allem steht ein Ziel im Vordergrund: Kinderarmut muss der Vergangenheit angehören. Daher wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein Kindergrundsicherungsmodell erarbeiten.

So schaffen wir das.

Bildungsoffensive

Rechtsanspruch auf einen ganztägigen kostenfreien Kindergarten- sowie Schulplatz:

Ganztagesbetreuung in der Schule reduziert die Notwendigkeit für Nachhilfe und sorgt außerdem für bessere Integration. Daher braucht es dringend einen Ausbau und Rechtsanspruch auf einen ganztägigen, gratis Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr sowie einen Schulplatz in einer ganztägigen Schule.

Gesunde Schulen: Gratis gesundes Mittagessen und eine tägliche Turnstunde

Mit rund 700 Euro pro Jahr ist das Schul-Mittagessen für viele Familien eine finanzielle Belastung. Es kann aber nicht sein, dass Kinder, deren Eltern sich das nicht leisten können, in Österreich mit knurrenden Mägen in der Schule oder zu Hause bei den Hausaufgaben sitzen. Unsere Kinder sollen täglich gesund und gratis essen können. Außerdem hat das Mittagessen eine wichtige soziale Funktion für unsere Kinder in den Schulen, die hilft, soziale Grenzen zu überwinden.

Die Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit in allen Kindergärten und Schultypen ist ein wichtiger Beitrag, um Kindern und Jugendlichen Freude und Motivation an Sport und Bewegung zu vermitteln. Sport unterstützt auch beim Lernen, indem die Konzentrationsfähigkeit gesteigert wird. Außerdem ist Sport ein wichtiger Beitrag für die Gesundheit unserer Kinder.

Chancenindex: 5.000 LehrerInnen mehr, wo sie am meisten gebraucht werden

Nur 6 von 10 SchülerInnen in der 4. Volksschulklasse können sinnerfassend lesen – Schwierigkeiten haben hier sehr oft Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Jene, die Hilfe beim

Lernen brauchen, bekommen nicht die notwendige Unterstützung. Denn derzeit macht es keinen Unterschied, wo sich eine Schule befindet und mit welchen besonderen Herausforderungen die Schule konfrontiert ist. Damit lassen wir Kinder zurück, gefährden die Integration und verbauen spätere Arbeitsmarktchancen. Wir wollen die Mittel nach dem tatsächlichen Bedarf verteilen. Hier kommt der sogenannte „Chancenindex“ zur Anwendung. Je größer die Probleme an einer Schule, desto mehr LehrerInnen sollen in Zukunft zum Einsatz kommen. Das löst einen Bedarf von ca. 5.000 zusätzlichen LehrerInnen aus, die wir nach diesen Gesichtspunkten in Österreich verteilen wollen.

Investitionen in die Gesundheit unserer Kinder

– denn Armut macht krank.

Kostenfreier und ausreichender Zugang zu diagnostischen und therapeutischen Leistungen im Kindes- und Jugendalter

Arme Kinder von heute sind die chronisch kranken Erwachsenen von morgen. Bei den Therapieangeboten wie Logopädie, Ergotherapie oder Psychotherapie müssen Kinder auf Grund der mangelnden Verfügbarkeit mit einem dreiviertel Jahr bis einem Jahr Wartezeit rechnen. Ganze Regionen sind derzeit ohne ein Angebot für Kinder im Bereich der Psychotherapie. Schätzungen zufolge fehlen insgesamt etwa 60.000 bis 80.000 kassenfinanzierte Therapieplätze (Psycho-, Physio-, Ergotherapie etc.). Das hat jedoch schlimme Konsequenzen. Wenn ein Kind mit Entwicklungsverzögerung zB bei der Sprachentwicklung nicht früh genug behandelt wird und keine Versorgung bekommt, dann führt das zu erheblichen Folgen und Benachteiligungen im späteren Leben. Das ist nie wieder

aufholbar. Auch psychische Erkrankungen in der frühen Kindheit beeinträchtigen das Leben eines Kindes oft sehr nachhaltig. Das trifft einkommensschwache Eltern und ihre Kinder natürlich doppelt hart, die sich diese fehlenden Leistungen nicht „zukaufen“ können. Wir fordern daher den flächendeckenden Ausbau des Angebots von Therapieplätzen und die vollständige Kostenübernahme für Kinder durch die Krankenkassen.

Finanzielle Soforthilfe

Kinder in Armut sind in Österreich auf Hilfspakete des Sozialministeriums, der Volkshilfe, Diakonie oder Caritas angewiesen, weil sich ihre Eltern nicht einmal das Nötigste zum Schulstart leisten können. Alleine heuer verteilt das Sozialministerium gemeinsam mit dem Roten Kreuz 45.000 Schulstartpakete.

Wohnen, Essen, Kleidung, Bücher, Hausschuhe für die Schule oder Schulhefte – all das muss unabhängig vom Einkommen der Eltern gesichert sein.

Ausbau des Familienbonus zu einem Bonus für alle

All jene, die von der türkis-blauen Bundesregierung ausgeschlossen wurden, sollen in Form einer Negativsteuer ebenfalls vom Familienbonus profitieren. Rund zehn Prozent – das sind NiedrigverdienerInnen, vor allem AlleinerzieherInnen – profitieren derzeit nicht vom Familienbonus. Der Familienbonus hat Familien mit niedrigen Einkommen, also jene, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen, nur wenig geholfen, während Familien mit gutem Einkommen im vollen Ausmaß von 1.500 Euro pro Jahr pro Kind profitieren. Jedes Kind soll gleich viel wert sein, daher braucht es einen gleichwertigen Bonus für alle Familien mit Kindern, auch Familien mit kleinem Einkommen. Damit können wir 50.000 Kindern aus der Armut helfen, 30.000 AlleinerzieherInnen und 60.000 Paare mit Kindern müssten nicht mehr in Armut leben.

Kürzung der Mindestsicherung zurücknehmen

Die „Sozialhilfe Neu“ sieht vor, dass es für das zweite Kind künftig nur noch 4,30 Euro pro Tag gibt – ab dem dritten wird der Betrag gar auf 1,50 Euro reduziert. Damit lässt sich kein gesundes Essen finanzieren.

Arbeitslosigkeit darf für Familien nicht zur Armutsfalle werden. Wir wollen Arbeitslosengeld und Notstandshilfe erhöhen, sodass sie existenzsichernd sind.

Unterhaltsgarantie einführen

Derzeit sind viele Frauen und Kinder auf sich allein gestellt, wenn die Unterhaltszahlung ausbleibt. Die Konsequenz: Armut. Die Lösung ist die Einführung der Unterhaltsgarantie, zu der sich im Wahlkampf 2017 alle Parteien bekannt haben. Um die Lücken im österreichischen Unterhaltsrecht zu schließen, wollen wir in einem ersten Schritt eine Unterhaltsgarantie für Kinder einführen, die sich im Familienbeihilfensystem wiederfindet. Damit sollen Kinder, die keinen oder nur sehr geringen Unterhalt bzw. -vorschuss beziehen, abgesichert werden.

Erhöhung des Schulstartgeldes

Eltern geben für den Schulbesuch ihres Kindes im Durchschnitt 855 Euro pro Jahr aus (Kosten für das Mittagessen nicht miteinberechnet), allein zum Schulstart sind es rund 200 Euro. Für viele Eltern ist das eine enorme Belastung. Deshalb wurde 2011 das Schulstartgeld eingeführt – 100 Euro extra zu Schulbeginn. Eine Anpassung an die Teuerung gab es seither nicht. Deshalb soll das Schulstartgeld von 100 Euro auf 200 Euro angehoben werden. Es kann nicht sein, dass ein Kind auf Spendengelder von Hilfsorganisationen angewiesen ist, damit es in Österreich am Schulunterricht teilnehmen kann. Jedes Kind soll einen sorgenfreien Start in der Schule haben.



Ob mit oder ohne Behinderung: Jedem Menschen gebührt Respekt, jeder muss frei leben können

Ob von Geburt an, durch eine Krankheit oder durch einen Unfall: Menschen mit Behinderungen erleben im Alltag häufig Hürden. Für manche ist es schwer, sich zu bewegen und gut allein zu versorgen, andere leiden darunter, nicht den Schul- oder Arbeitsplatz zu bekommen, den sie sich wünschen. Und dann sind da noch finanzielle Sorgen. Wir wollen, dass jeder Mensch die Chance auf Entfaltung, auf Mobilität, auf Sicherheit hat – deshalb werden wir dafür sorgen, dass Österreich inklusiver wird!

Jeder 8. Mensch in Österreich hat Probleme bei der Mobilität. 4 Prozent der Bevölkerung haben Schwierigkeiten beim Sehen, über 2 Prozent beim Hören. 1 Prozent hat Lernprobleme. Es gibt viele verschiedene Formen von Beeinträchtigungen – wie auch die Menschen ganz individuell sind, die mit ihnen leben. Was sie aber eint, ist der Wunsch nach Respekt, nach Gleichstellung, nach Freiheit – und nach Inklusion.

Inklusion fordert nichts Geringeres als, dass jeder Mensch ein vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft ist. Dafür müssen sich Institutionen und Prozesse so verändern, dass sie für alle funktionieren. Und, dass alle einen Platz haben. Inklusion ist etwas anderes als Integration: Einen Menschen zu integrieren heißt, ihm zu helfen, sich in einer Institution oder einer Gesellschaft zurechtzufinden. Inklusion hingegen will die Institution selbst verändern. Und genau das wollen wir.

2006 wurde die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in der UN-Generalversammlung beschlossen. 2008 wurde Inklusion in dieser Konvention zum Menschenrecht erklärt. Dennoch gibt es viele Baustellen.

Ob es „persönliche Assistenten“ gibt, hängt vom Bundesland ab. Auch das Angebot mobiler Leistungen für Menschen mit Behinderung ist je nach Bundesland unterschiedlich gestaltet. Noch immer sind öffentliche Wege und Verkehrsmittel nicht barrierefrei – unebene bis verengte Wege oder Stufen in Zügen und Straßenbahnen sind einfache Beispiele. Dann gibt es noch das Problem mit der Arbeitssituation: Arbeiten Menschen mit Behinderung in Werkstätten, bekommen sie ein Taschengeld – aber kein Gehalt. Und sogenannte „Sonderschulen“ stehen in der Kritik, Kinder zu trennen und damit Austausch wie auch gemeinsames Lernen zu verhindern.

**Unsere Vision:
Wir wollen, dass
jeder Mensch sich
frei und ohne Hürden in Österreich
bewegen und seinen
Alltag bewältigen
kann. Menschen mit
Behinderung sollen
ein Recht auf Mobilität,
Bildung und auf
Arbeit haben – mit
einer Bezahlung,
von der sie leben
können.**

So schaffen wir das.

Lohn statt Taschengeld: Wer arbeitet, soll eine gute Entlohnung und volle sozialrechtliche Absicherung bekommen.

Niemanden am Arbeitsmarkt abschreiben: Bis zum 25. Lebensjahr soll keine Arbeitsunfähigkeit zugeschrieben werden können, wenn nicht vorher zumindest 2 Jahre ein Arbeitsversuch absolviert wurde. Dadurch könnte die Zahl der als arbeitsunfähig eingestuften Menschen mit Behinderungen um rund 2.000 Personen gesenkt werden.

Mittel im AMS: Menschen mit Behinderung sind zwar als Zielgruppe beim AMS definiert, haben aber keine eigenen Gelder zugewiesen. Das soll sich ändern. Denn nur mit Mitteln, die ein Ziel verfolgen, können Menschen am Arbeitsmarkt integriert werden.

Inklusionsfonds: Bund und Länder sollen in einen Fonds einzahlen, aus dem heraus persönliche Assistenzen sowie zentrale Anlaufstellen für Fragen rund um Bedarf und Hilfe finanziert werden.

Besserstellung von persönlichen AssistentInnen: Wer Menschen mit Behinderungen im Alltag begleitet und wichtige Aufgaben übernimmt – von der Hygiene bis zur Freizeitgestaltung, muss arbeitsrechtlich besser abgesichert sein und gerecht bezahlt werden.

Inklusionsschulen statt Sonderschulen: Sonderschulen, wie sie heute noch existieren, sollen nach und nach einer inklusiven Schule Platz machen. Wir wollen Schulen, die für alle und jeden da sind. Alle Kinder, mit und ohne Behinderung, sollen gemeinsam die Schule besuchen können. Eltern und MitschülerInnen werden aktiv miteinbezogen, Klassen verkleinert und mehr Personal zur Verfügung gestellt. Kinder mit Behinderungen sollen einen flexibleren Lernzielkatalog bekommen – unter Mitwirkung der Eltern. Auch Regelschulen sollen verstärkt inklusiv arbeiten und für beste Lernbedingungen für Kinder mit Behinderung sorgen.

Wie Junge wohnen

Die Miete ist für junge Menschen oft nicht zu bezahlen. Die Löhne steigen nicht mit den Mietkosten. Damit wird es für viele junge Menschen und vor allem junge Familien schwierig, sich ihr eigenes Heim aufzubauen.

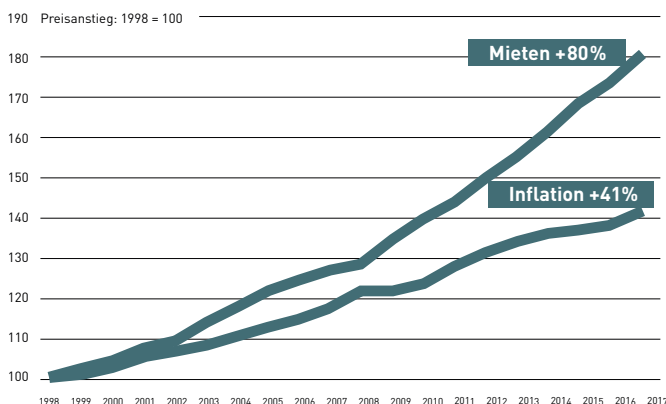
17,5 Prozent der 25- bis 34-Jährigen in Österreich wohnen noch bei den Eltern, wobei junge Männer das elterliche Nest im Schnitt später verlassen: 23,2 Prozent der jungen Männer und 11,8 Prozent der jungen Frauen in diesem Alter wohnen noch zu Hause. In Österreich ziehen Söhne im Schnitt mit 26 Jahren aus, Töchter mit 24,4 Jahren, so die Eurostat-Erhebung. In Kroatien ziehen junge Menschen erst mit 32 aus dem Hotel „Mama“ aus, in Italien sind sie im Schnitt über 30. Ein wesentlicher Grund für das späte Ausziehen in vielen europäischen Ländern ist schlicht und ergreifend die Tatsache, dass sich Jugendliche die eigene Wohnung oft nicht leisten können. Die Miete ist für junge Menschen oft nicht zu bezahlen. Dazu kommt, dass in vielen europäischen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit – als Spätfolge der Finanzkrise 2008 – noch immer relativ hoch ist.

In Österreich liegen wir bei der Frage der Jugendarbeitslosigkeit besser, die Miete ist für viele junge Familien aber nach wie vor ein Problem. In Innsbruck gibt eine junge Familie heute schon 40% des Einkommens für die Miete aus.

**Unsere Vision:
Junge Menschen
sollen sich bei uns
in Österreich voll
entfalten können.**

In Österreich sind wir besser dran. Der soziale Wohnbau hat den Grundstein dafür gelegt, dass wir – anders als in vielen anderen europäischen Ländern – nicht auf das Hotel „Mama“ angewiesen sind. Alle junge Menschen und junge Familien sollen sich in Österreich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können.

**Mieten steigen doppelt so schnell
wie die Löhne.**



So schaffen wir das.

Abschaffung der Maklergebühr für MieterInnen

Ein großer Kostenpunkt für viele junge Menschen bei der ersten eigenen Wohnung beginnt schon bei der Maklergebühr. In vielen Fällen muss man hier zu Beginn schon Geld für mehrere Monatsmieten aufstellen, um den Makler oder die Maklerin zu bezahlen. Wir fordern, dass die Maklergebühr in Zukunft vom Vermieter zu bezahlen ist, der in der Regel Auftraggeber ist

Zinslose Darlehen für junge Familien zur Bezahlung der Kautions

Bei den allermeisten Mietwohnungen ist zudem zu Beginn eine Kautions hinterlegen, in der Regel in der Höhe von drei Monatsmieten. Das stellt für viele bereits eine erhebliche finanzielle Hürde dar. Mit der Einführung eines Wohnungs-Kautionsfonds wollen wir Menschen mit niedrigem Einkommen helfen, diese Hürde leichter zu nehmen, und ihnen so den Wohnungsstart erleichtern. Nach dem Vorbild eines Modells aus der Steiermark soll dieser Fonds zinslose Darlehen an junge Menschen vergeben, die aufgrund ihres geringen Einkommens sonst keine Chance auf eine eigene Wohnung hätten.

Strafen für Mietwucher

Wir fordern die Einführung von hohen Geldstrafen für Vermieter, die Mietwucher betreiben und vorsätzlich zu hohe Mieten und/oder Betriebskostenabrechnungen verlangen. Die Geldstrafe soll bis zu 300 Prozent der zu viel verlangten Miete/Betriebskosten betragen. Zurzeit ist Mietwucher völlig straffrei!

Wiedereinführung der Heimförderung

Studierende geben oft einen besonders hohen Anteil ihres (oft geringen) Einkommens für die Miete aus. Um Studierende zu unterstützen, wollen wir die Heimförderung für Studierende wieder einführen, um mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen. Durch die Abschaffung der Heimförderung sind in vielen Studierendenheimen die Mietpreise empfindlich gestiegen (um 26% von 2009 bis 2015 lt. IHS Berechnungen).

Abschaffung der Mietsteuer und Mietpreisobergrenze

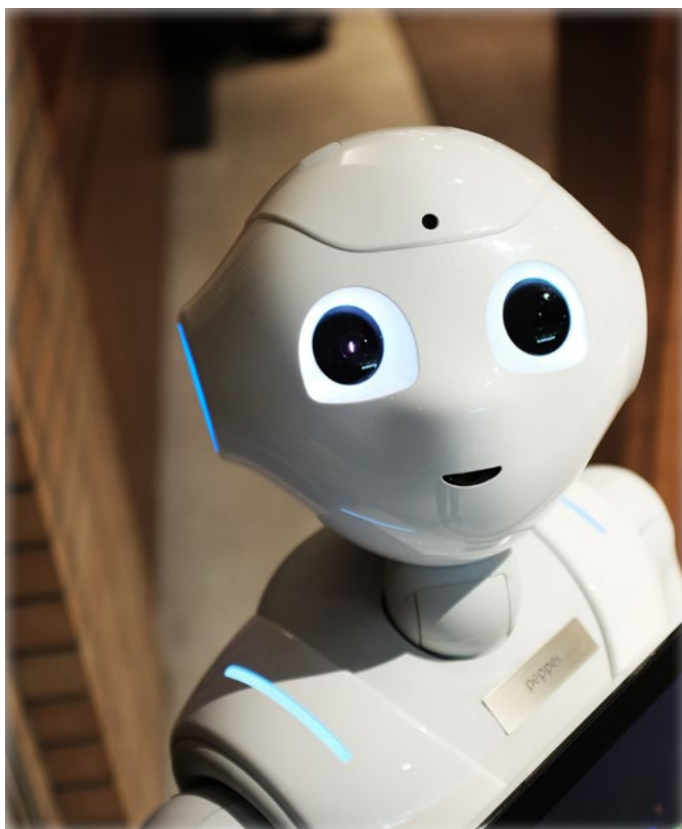
Unser Programm für die Abschaffung der Mietsteuer und klare Regelungen für Mietpreisobergrenze hilft natürlich ganz besonders junge Familien. Durch die Abschaffung der Mietsteuer spart sich auch eine junge Familie eine ganze Monatsmiete im Jahr.

Menschlichkeit siegt. Auch in der Digitalisierung.

Digitalisierung, Künstliche Intelligenz (KI), und Robotik haben das Potenzial, zur Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit beizutragen: Gefährliche, monotone und anstrengende Tätigkeiten können von Robotersystemen übernommen werden. KI revolutioniert die bildgebende Diagnostik durch maschinelle Auswertungen und ermöglicht dadurch treffsichere Diagnostik und gezieltere Behandlungen. Aber auch in der Pflege – Stichwort Pflegeassistenzsysteme – oder in der Betreuung von älteren Menschen ergeben sich zahlreiche Ansatzpunkte.

Unsere Lebens- und Arbeitswelten verändern sich rasant – die Art, wie wir kommunizieren, Informationen beschaffen und unser Miteinander gestalten, befindet sich in einem ständigen Wandel. Ganze Arbeits- und Berufswelten haben sich in den letzten Jahren neu definiert, manche Berufsbilder sind verschwunden, neue Berufe hinzugekommen. Prognosen, wohin wir uns als Gesellschaft und Volkswirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) entwickeln werden und welchen Herausforderungen wir uns dabei zu stellen haben, waren noch nie so schwer zu treffen wie heute.

Viele Studien sagen, dass die Digitalisierung Arbeitsplätze kosten wird; manche davon sehen vor allem Jobs von Nied-



rigqualifizierten bedroht, andere die der Mittelschicht. Wieder andere WissenschaftlerInnen glauben, dass sich Auf- und Abbau von Arbeitsplätzen die Waage halten werden.

Es wäre unverantwortlich und unehrlich so zu tun, als ob es keine VerliererInnen gäbe, wenn wir die Digitalisierung nicht aktiv begleiten.

Es liegt an uns, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Vorteile auch im Sinne der Arbeitenden genutzt werden können. Nur weil etwas neu ist, ist es noch lange nicht gut – und es liegt nichts Innovatives in schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen. Ganz im Gegenteil: Das ist ein jahrhundertealtes Geschäftsmodell, dem die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie immer entgegengetreten sind.

Das heißt, dass wir das Heft des Handelns nicht aus der Hand geben dürfen. Wir stehen an einem Scheideweg, wo wir uns entscheiden, ob wir zuschauen und warten und die Folgen dieses Umbruches achselzuckend hinnehmen, oder ob wir diesen Wandel aktiv gestalten und jene Dinge nicht einfach zulassen, die unserer Gesellschaft schaden.

„Menschlichkeit siegt. Wir werden die Digitalisierung unter menschlicher Kontrolle behalten und die enormen Chancen, die sie bietet, für alle nutzbar machen.“

Die umfassende Digitalisierung von fast allen Lebens- und Arbeitswelten wird oft als die vierte industrielle Revolution bezeichnet (nach Mechanisierung, Elektrifizierung, Automatisierung). Wir müssen klar erkennen, welche negativen Seiten die Digitalisierung mit sich bringt. Wenn wir nicht aufpassen, dann verschmutzt die Digitalisierung unsere Gesellschaft wie die Industrialisierung unser Klima. Wenn wir aufpassen und die Kontrolle nicht aus der Hand geben – das heißt, die Digitalisierung gestalten und steuern –, dann bietet sie aber auch unglaubliche Chancen. Diese gilt es zu nutzen, so dass alle gewinnen. Menschlichkeit siegt.

So schaffen wir das.

Moderne Arbeitswelt

In der Arbeitswelt bedeutet die Digitalisierung einerseits, dass verstärkt orts- und zeitunabhängig auf relevante Informationen zugegriffen werden kann. Wir können nunmehr oft überall und jederzeit arbeiten – und das muss nicht zugleich zu einem Freiheitsgewinn führen, da Arbeitende eine „Datenspur“ hinterlassen und sie so viel intensiver kontrolliert werden können. Das wirft für das Arbeitsrecht zahlreiche Probleme auf, das noch immer von der Vorstellung ausgeht, dass ArbeitnehmerInnen zu bestimmten Zeiten in die Fabrik, ins Büro oder ins Geschäft kommen, um dann dort zu arbeiten. In einer durchdigitalisierten Welt kommt es aber zu massiven Entgrenzungsphänomenen im Hinblick auf Ort und Zeit, die nicht unbedingt nur positiv sein müssen. Es geht dabei insbesondere um das Arbeiten von zu Hause aus im sogenannten Homeoffice, die Dauererreichbarkeit am Smartphone oder auch um die sogenannte Plattformarbeit. All diese Phänomene ermöglichen einerseits ein selbstbestimmteres und flexibles Arbeiten im Sinne der Beschäftigten, andererseits können sie aber auch dazu führen, dass alle Risiken auf die ArbeitnehmerInnen übergewälzt werden und diese zu Arbeit auf Abruf bei niedrigen Entgelten zur Verfügung stehen müssen. In einer modernen Arbeitswelt braucht es moderne Lösungen, dies betrifft insbesondere das Problem der Dauererreichbarkeit, der Plattformarbeit (→ Ein besserer Status für Plattform-Arbeitende, S. 90), der Notwendigkeit moderner Arbeitszeit (→ 4-Tage-Woche, S. 105), oder wie man mit den Folgen der Umbrüche am Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit umgeht (Jobgarantie, S. 94)

Wie mit Künstlicher Intelligenz umgehen: KI-Strategie

Nicht alles, was technisch machbar ist, ist erstrebenswert, richtig und gut. Zahlreiche rechtliche, ethische und soziale Fragestellungen gilt es abzuwägen. Zum einen müssen Forschung und Innovation in diesem Bereich massiv unterstützt werden, zum anderen dürfen soziale Ungleichheiten dadurch weder entstehen noch gefördert werden. Auch Menschenrechte dürfen keinesfalls tangiert werden.

Im Zentrum muss ein Prozess unter Einbeziehung der Bevölkerung stehen, der mit einem massiven Informations- und Ausbildungsprogramm starten muss. Finnland macht es vor – basierend auf einer 2017 verabschiedeten KI-Strategie investiert Finnland nicht nur massiv in Forschung und Entwicklung, sondern hat ein breit angelegtes Ausbildungsprogramm für alle Bevölkerungsschichten gestartet in der Überzeugung, dass nur KI-fitte BürgerInnen sich auch am Dialog über die Rahmenbedingungen beteiligen werden (Demokratisierung von KI). Nicht alle FinnInnen sollen KI programmieren und anwenden können, aber alle sollen die Basiskompetenzen vorweisen können. Ziel war, 1% der Bevölkerung und 5% der Unternehmen über das Schulungsangebot weiterzubilden. Durch die gewählte spielerische Herangehensweise konnte das Ziel binnen vier Monaten erreicht werden.

Gerade in der Formulierung der Rahmenbedingungen ergeben sich zutiefst sozialdemokratische Ansatzpunkte:

Langfristige gesellschaftliche und soziale Folgen gilt es zu antizipieren und abzuwägen. Z.B. die Frage, wie in Zukunft Arbeit – bezahlt wie unbezahlt – zwischen Mensch und Maschine aufgeteilt werden soll. Welche Rolle geben wir beispielsweise der Technologie im Kontext mit Pflege? Neu- und Höherqualifizierung wird zum entscheidenden Faktor. Daher müssen wir alle Anstrengung in die Ausbildung von FacharbeiterInnen setzen und über das Qualifizierungsgeld die Möglichkeit zur Umschulung geben (→ Zweite Ausbildungschance, S. 101) sowie in das beste und modernste Schulsystem (→ Vom gratis Schulbuch zum gratis Tablet, S. 123).

Cyberkriminalität

Cyberattacken auf Unternehmen und staatliche Einrichtungen nehmen weltweit zu und stellen eine reale Bedrohung der souveränen Handlungsfähigkeit und Versorgungssicherheit unseres Landes dar. Um auf diese besondere Form der Bedrohung optimal reagieren zu können, braucht es klare Strukturen und Zuständigkeiten. Dafür brauchen wir zusätzliche SpezialistInnen für unsere Nachrichtendienste. Zu dem müssen wir das völlig verlorengegangene Vertrauen in das Bundesamt für Verfassungsschutz wiederherstellen. Denn Cyberkriminalität kennt keine Grenzen und wir sind deshalb auf die Kooperation mit Partnerdiensten aus allen Ländern der Welt angewiesen.

Es braucht die Errichtung und die Bündelung von Kräften der Polizei und des Bundesheeres sowie von Experten und Expertinnen der Wirtschaft über ein gesamtstaatliches Lagezentrum.

Breitbandausbau

Die Anbindung an das Internet ist in der modernen Wissensgesellschaft von zentraler Bedeutung. Leistungsstarke Hochgeschwindigkeitsnetze – wie Glasfaser und 5G – müssen daher in allen österreichischen Haushalten zur Verfügung stehen. Ziel muss sein, dass gigabit-fähige Anschlüsse bis 2030 flächendeckend angeboten werden. Dies kann nur durch die Errichtung eines engmaschigen Glasfasernetzes in Verbindung mit einer universell verfügbaren, mobilen Versorgung erreicht werden. Bis Ende 2020, das heißt nach Vergabe der Frequenzbereiche 700/1500/2100 MHz, soll die Markteinführung von 5G in den Landeshauptstädten stattfinden. Ende 2025 soll ein landesweites Angebot von 5G sowie Gigabit-Anschlüssen gegeben sein, und bis 2030 soll eine flächendeckende Versorgung mit Gigabit-Anschlüssen erreicht sein. Der enorme Investitionsbedarf für diese Vorhaben ist einerseits durch die weite Entwicklung der Fördermodelle (aus den Erträgen der Frequenzvergaben) sowie durch entsprechende Auflagen für Investitionen im Rahmen der Frequenzvergaben zu finanzieren. Das gilt besonders auch für ländliche Regionen. Der Zugang zum Internet schafft Möglichkeiten zu neuen Formen der Teilhabe und Teilnahme. Die Internet-Infrastruktur muss daher als Teil der Daseinsvorsorge mit einem öffentlichen Versorgungsauftrag definiert werden, unverzichtbar wie der Anschluss ans Telefon- oder Stromnetz.



Wissen vermehrt sich, wenn man es teilt.

Für eine progressive Netzpolitik und faire Spielregeln in der Medienpolitik

Das weltweite Netz kann ein Ort der Freiheit, der offenen Kommunikation, der gesellschaftlichen Teilhabe und der individuellen und unternehmerischen Selbstentfaltung sein. Es birgt aber auch Gefahren. Ersteres soll seine Potentiale weiter entfalten, gegen die Gefahren muss man was tun.

Das Internet ist nicht mehr aus dem täglichen Leben wegzudenken. Ob Handy, Laptop oder PC – wir bewegen uns fast ständig im digitalen Raum und gestalten so den umfassenden technologisch-gesellschaftlichen Wandel, der mit der Digitalisierung einhergeht, selbst mit. Dieser Wandel berührt alle Lebensbereiche: Wie wir kom-

munizieren. Wie wir arbeiten. Wie wir wirtschaften. Wie wir kreativ tätig sind. Wie wir Freiheit und Demokratie gestalten.

Es gibt freilich auch die andere Seite: Internetkriminalität, Hass im Netz, Filterblasen oder Cyber-Mobbing sind nur einige Stichworte. Wir wollen Chancen ergreifen und Risi-

ken in den Griff bekommen. Es muss sichergestellt sein, dass alle vom digitalen Fortschritt profitieren können, Ressourcen gerecht verteilt und Barrieren beseitigt werden. Das Internet, das angetreten ist, Menschen zu vernetzen und den Zugang zu Wissen und Information zu erleichtern, darf nicht ausschließlich zu einem überdi-



mensionierten Marktplatz und Ort perfider Manipulation, Aggression und umfassender Überwachung werden.

Auch der Mediensektor steht vor großen Herausforderungen durch die Digitalisierung. Alles ändert sich: Wie und von wem journalistische Produkte hergestellt werden, wie sie vertrieben und wie sie konsumiert werden. Die größte Herausforderung ist es, eine vielfältige österreichische Medienlandschaft zu erreichen.

Österreichische Medien stehen in direkter Konkurrenz zu internationalen Online-Konzernen, die enorme Gewinne erzielen

und durch lückenhafte Regulierung (Abgaben, Steuerrecht, Datenschutz, Medienrecht etc.) einen großen Wettbewerbsvorteil gegenüber österreichischen Medienunternehmen haben. Auch das Mediennutzungsverhalten hat sich maßgeblich verändert, Information und Unterhaltung wird verstärkt im digitalen Raum – ob Smartphone, Computer, Laptop oder Handy – konsumiert.

**Unsere Vision:
Die Sozialdemokratie kämpft dafür, auch die digitale Welt frei, gleich, gerecht und solidarisch zu gestalten.**

Und wir brauchen ein Spielfeld, auf dem gleiche Regeln für alle gelten – egal, ob internationaler Medienkonzern oder österreichischer Zeitungsverlag.

So schaffen wir das.

Gegen Uploadfilter und für die Netzneutralität

In den letzten Jahren gab es immer wieder Versuche, das neutrale und freie Internet zu zensurieren. Demokratische Grundfreiheiten, beispielsweise das Verbot von Vorzensur, Rede- und Versammlungsfreiheit oder die Wahrung des Briefgeheimnisses – die außerhalb des Internets als selbstverständlich gelten –, müssen auch im Netz erhalten bleiben. Als SozialdemokratInnen kämpfen wir weiterhin gegen Uploadfilter und für Meinungs- und Informationsfreiheit. Internationale Digitalkonzerne sollen nicht entscheiden dürfen, was ins Internet darf und was nicht. Wir wollen die Informationsvielfalt im Netz erhalten. Wichtig dafür ist auch die Sicherung der Netzneutralität. Das bedeutet, dass alle Inhalte vom Internetprovider gleich schnell und in gleicher Qualität übertragen werden müssen. Niemand soll sich eine „digitale Überholspur“ erkaufen können.

Verstärkung der Medienerziehung an Schulen

Wir brauchen eine inklusive digitale Gesellschaft. Die Möglichkeiten der digitalisierten Welt müssen unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen oder finanzieller Situation offenstehen. Medienkompetenz ist dabei relevanter denn je. Sie ermöglicht es, selbstbestimmt, kreativ und sozial verantwortlich mit den Neuen Medien umzugehen. Wir brauchen daher eine Verstärkung der Medienerziehung an Schulen. In den Lehrplänen muss die Vermittlung von Medienkompetenz verpflichtend und fächerübergreifend verankert werden. Auch in der LehrerInnenaus- und -weiterbildung muss Medienpädagogik stärker be-

rücksichtigt werden. Eigene Angebote braucht es für Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung. Wir wollen einen verpflichtenden Ausbau der Barrierefreiheit auch in der digitalen Welt.

Hass im Netz

Das Internet darf kein Platz von Gewalt und diskriminierenden, rassistischen oder frauenfeindlichen Hassbotschaften sein. Strafbares Verhalten muss auf einfachem Wege zur Anzeige gebracht werden können. Hierzu braucht es eine Aufstockung und Schulung des Personals bei Polizei und Justiz. Auch die Plattform-Anbieter sind stärker in die Pflicht zu nehmen. Eine Gefahr für die Demokratie und das Zusammenleben stellen die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz bzw. deren Missbrauch dar. Algorithmen beeinflussen zunehmend das Leben und den Alltag aller. Sie treffen Entscheidungen darüber, was UserInnen auf Social-Media-Plattformen zu Gesicht bekommen, beeinflussen Kreditvergaben, Preise von Waren und Dienstleistungen oder Karrierechancen. Die unabhängige und kritische Meinungsbildung ist durch Echokammern, Filterblasen, Fake News und Social Bots in Gefahr. Es braucht daher eine Offenlegung der Algorithmen und mehr Transparenz. Es muss beispielsweise gekennzeichnet sein, ob es sich bei einem Beitrag um Werbung handelt oder nicht. Dies gilt vor allem auch bei InfluencerInnen.

Datenschutz

Eine große Herausforderung des Internetzeitalters liegt beim Datenschutz. Wir setzen uns für einen modernen und selbstbestimmten Daten-

schutz ein. Alle Menschen müssen das Recht haben, über die Verwendung ihrer Daten selbst zu entscheiden. Eine anlasslose, personenbezogene Datenspeicherung, wie sie die „Vorratsdatenspeicherung“ darstellt, lehnen wir ab. Sie macht das Leben für uns alle nicht sicherer. Besondere Sensibilität braucht es auch bei den Speichermöglichkeiten von Plattformen (z.B. „Alexa“). Dies stellt eine Herausforderung jetzt und in Zukunft dar, für die wir eigene Regeln erarbeiten wollen.

Modernes Urheberrecht

Unsere Unterstützung braucht das kulturelle Schaffen. Alte Geschäftsmodelle und damit auch die Einkommen aus diesen Bereichen brechen durch die Digitalisierung weg. Kreative geraten so in finanziell schwierige und existenzbedrohende Lagen. Hier ist es unsere Aufgabe darauf zu achten, dass bei neuen Geschäftsmodellen Kreative angemessen an den Einnahmen beteiligt werden. Dafür braucht es modernes Urheberrecht und vor allem ein durchsetzungsfähiges Urhebervertragsrecht, das die Honorierung kreativer Leistungen und faire Vertragsbedingungen für KünstlerInnen garantiert. Kreative müssen mehr an der wirtschaftlichen Auswertung ihrer Werke beteiligt werden. Das Internet und digitale Technologien ermöglichen jedoch auch neue kreative Möglichkeiten. Die Trennung von ProduzentInnen und KonsumentInnen von urheberrechtlich geschützten Inhalten verschwindet zusehends. Dadurch entstehen neue Kulturtechniken, die mehr und mehr auch schöpferische Aspekte beinhalten. Memes und Remixes aller Art beispielsweise gehören zum Alltag der jungen Generation und sind kreativer Ausdruck ihrer Lebenswelten. Ein modernes Urheberrecht

muss so gestaltet sein, dass es kein Hemmnis für aktuelle kreative, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen darstellt. Ziel muss ein gerechter Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sein.

Zeitgemäße Medienpolitik

Das derzeitige System der Medienförderung stammt aus dem Analogzeitalter und ist in dieser Form nicht mehr zeitgemäß. Die Medienförderung muss daher an das Digitalzeitalter angepasst und plattformunabhängig gestaltet werden. Dabei ist es egal, ob es sich um digitale oder analoge Medien handelt, ob online oder auf Papier. Medienförderung soll eine Förderung von journalistischen Inhalten sein. Zusätzlich soll eine Förderung von ProgrammiererInnen den Umstieg ins Digitale erleichtern.

Eine besondere Rolle kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als rot-weiß-rottem Leitmedium und Quelle hochwertiger Information zu. Angesichts der massiven Herausforderungen müssen seine Strukturen an die Anforderungen eines Medienunternehmens im 21. Jahrhundert angepasst werden. Der ORF braucht eine flexible und klare Organisation, die journalistisches Arbeiten unter den Bedingungen der verstärkten Annäherung von Print, TV und Radio sowie Internet bestmöglich unterstützt. Der Weg dorthin soll durch eine innovative, gesamtheitliche Digitalisierungsstrategie festgelegt werden. Die Beschränkungen des Online-Angebots wollen wir aufheben. Der ORF benötigt digitale Entwicklungsfreiheit, um der modernen Mediennutzung des Publikums gerecht zu werden und Anschluss an die Bedürfnisse junger Menschen zu finden.



Frei und gleich, gerecht, solidarisch und vielfältig

Einige, gar nicht einmal nur GegnerInnen der Sozialdemokratie und generell der Linken, wollen erkannt haben, dass sich die Sozialdemokratie thematisch verzettelt und nur noch Minderheitenpolitik macht. Das ist natürlich Quatsch.

Trotzdem gefällt die Kritik vor allem den Rechten, weil sie glauben, damit sowohl die Forderung von benachteiligten, durch Gesetze und Realverfassung diskriminierten Gruppen abweisen und zugleich die Sozialdemokratie schwächen zu können.

Dabei ist es ganz einfach. Die Sozialdemokratie hat, wenn wir uns hier einen biologistischen Vergleich gestatten dürfen, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität in ihrer DNA. Mehr noch, das ist die Sozialdemokratie.

Deswegen wird die Sozialdemokratie immer gegen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung auftreten. Genauso wie wir immer für die arbeitenden Menschen da sein werden. Die SPÖ wird immer für alle Menschen eintreten, die eine so-

lidarische und freie, das heißt immer auch diskriminierungsfreie Gesellschaft wollen, und gemeinsam mit ihnen das Leben für alle besser machen.

Es ist schön, dass es immer mehr Menschen auch über die Parteigrenzen hinaus in Österreich gibt, die an dieser Idee festhalten. An die 500.000 Menschen haben beispielsweise das Frauenvolksbegehren 2018 unterstützt und für Gleichberechtigung, Vielfalt und Respekt unterschrieben.

Gleichzeitig sind wir immer noch nicht da, wo wir sein sollten. Nach wie vor werden Menschen in Österreich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität im täglichen Leben diskriminiert. Befragt man die ÖsterreicherInnen, ob jegliche Form sexueller Diskriminierung be-

23 %

der LGBTIQ-Personen wurden angegriffen oder mit Gewalt bedroht.



10-mal

so hoch ist das Risiko für LGBTIQ-Personen Opfer von Körperverletzung zu werden.



2 von 3

LGBTIQ-SchülerInnen verheimlicht ihre sexuelle Orientierung.





seitigt werden soll, liegen wir im europäischen Vergleich im vorderen Mittelfeld. Dennoch gibt es in Österreich – besonders im Privatleben – immer noch nicht die gleichen Rechte für alle, unabhängig davon, wen man liebt oder wie man sich selbst definiert. Das Risiko für eine durchschnittliche LGBTIQ-Person, in Österreich Opfer einer Körperverletzung zu werden, ist rund zehnmal so hoch wie im Durchschnitt der Bevölkerung. Das muss sich ändern!

**Unsere Vision:
Eine solidarische,
gerechte, gleiche
und freie Gesellschaft ist frei von
Diskriminierung.**

Niemand darf aufgrund des Umstands, wen er oder sie liebt, diskriminiert werden – nicht vor dem Gesetz oder dem Standesamt, nicht im Arbeitsleben oder am Wohnungsmarkt, nicht in Bildung und Freizeit. Erst dann schaffen wir die Grund-

lagen für echte Gleichstellung und Akzeptanz.

So schaffen wir das.

Gleiche Rechte auf allen Ebenen – Levelling-Up

In der Arbeitswelt gilt bereits ein einheitlicher Schutz vor Diskriminierung. Dort verbietet das Gesetz eine Ungleichbehandlung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung oder Behinderung. In anderen Lebensbereichen sind wir noch nicht so weit. Es sollte egal sein, wen du liebst und küsst, wenn du eine Wohnung suchst oder in einer Bar etwas trinken gehst. Doch derzeit ist es das nicht so: Wer eine Wohnung mieten möchte, darf zwar nicht aufgrund seines Geschlechts oder seiner Hautfarbe benachteiligt werden, bekommt jemand aber wegen seiner sexuellen Orientierung einen Mietvertrag nicht, so ist das nicht verboten. Auch beim Eintritt in eine Bar ist man vor dem Rauswurf nicht geschützt, wenn man als gleichgeschlechtliches Paar dort nicht gern gesehen ist. Der Diskriminierungsschutz muss ausgeweitet werden, damit er nicht nur die Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt, sondern auch im Privatleben beim Zugang zu Gütern (zum Beispiel Wohnungen) und zu Dienstleistungen (zum Beispiel Bar-Besuch) sichert. Darüber hinaus wollen wir die Schutzgründe „sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ im Gleichbehandlungsparagrafen der Bundesverfassung verankern. Alle Hürden zum Beispiel beim Zugang zur Ehe für Alle und dem dritten Geschlechtseintrag sollen beseitigt werden. Langfristig geht es um die Erarbeitung eines modernen und zukunftsfiten Partnerschaftsrechts. Aber auch am Arbeitsplatz braucht es einen Ausbau der Sensibilisierungs- und Service-Angebote gegen Diskriminierung (u.a. durch Stärkung und Ausweitung der Kompetenzen der GBA).

Gewalt hat in unserer Gesellschaft keinen Platz

23% der LGBTIQ-Personen in Österreich wurde in den letzten fünf Jahren körperlich oder sexuell angegriffen oder mit Gewalt bedroht. Gewalt soll in unserer Gesellschaft keinen

Platz haben. Wie es in den meisten europäischen Ländern bereits üblich ist, wollen wir den Aufbau von Statistiken und Aktionsplänen im Kampf gegen homo- und transphobe Gewalt. LGBTIQ-Schutzsuchende wollen wir besser sowohl durch Schulung der BeamtInnen als auch durch Zurverfügungstellung von eigenen Unterkünften während des Asylverfahrens betreuen. Hass, Ausgrenzung oder gar Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben – es braucht einen Schulterchluss von Politik und Zivilgesellschaft im Kampf gegen diese Phänomene!

Mehr Respekt und Schutz, keine Diskriminierung

Wie in jedem Bereich gibt es Befürworter, aber auch Gegner. Unsere Herausforderung wird sein, Bewusstsein zu schaffen. Aufklärungsmaßnahmen wie Awareness-Kampagnen können einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verständnis, zur Sensibilisierung und letztendlich zum Zusammenhalt in der Gesellschaft leisten. Dazu wollen wir die Umsetzung eines nationalen Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie (entsprechend der Forderung der ECRI-Kommission des Europarates an Österreich). Insbesondere in den Bereichen Bildungs-, Gesundheits- und Familienpolitik muss die Vielfalt unserer Gesellschaft sichtbar sein und zur positiven Entwicklung des Zusammenhalts in Österreich beitragen! Intergeschlechtliche Kinder wollen wir besser vor geschlechtsanpassenden OPs schützen. Im Schulunterricht wollen wir einen Schwerpunkt „Vielfalt“ und adäquate sexuelle Bildung sicherstellen. Trans*-Personen wollen wir ein selbstbestimmtes Leben garantieren (insbesondere in den Bereichen Medizin und bei Änderungen des Geschlechtseintrags: freie Vornamenswahl ohne Pathologisierung, Sicherstellung der Kostenübernahme von notwendigen OPs und Behandlungen, Aufbau und Stärkung von Beratungszentren i.B. für Trans*-Kinder und deren Familien.)



Neutralität verpflichtet zu aktiver Außenpolitik

Kooperation und Solidarität sowie der Wille, für das Gemeinwohl und den Frieden zu arbeiten, müssen zum Primat der Außenpolitik werden. Vermittlung statt Eskalation, Versöhnung statt Aggression, müssen Vorrang in internationaler Zusammenarbeit haben.

Der Name Trump steht heute stellvertretend für beunruhigende Entwicklungen in der Welt: zunehmende Instabilität, Nationalismus, damit einhergehend eine egoistische Außenpolitik, die die Interessen anderer Regionen und Staaten sowie gemeinsame Regeln und Vereinbarungen der weltweiten Staatengemeinschaft zunehmend ignoriert.

Neutralität und Diplomatie

Österreich hat als neutrales Land eine besondere Aufgabe, Dialog und Multilateralismus zu fördern und sich aktiv für Friedenspolitik einzusetzen. Abrüstung, Rüstungskont-

rolle und die Eindämmung von Kleinwaffen, anstatt die Exportzahlen unserer Rüstungskonzerne in die Höhe zu treiben, muss daher Ziel einer humanitären Außenpolitik sein. Selbstverständlich heißt militärische Neutralität nicht, neutral zu sein zwischen Demokratie und Diktatur oder zwischen Recht und Barbarei. Gegenüber Unrecht kann es keine Neutralität geben.

Kinderarbeit stoppen

Auch die Außenhandelspolitik muss sich am friedvollen Miteinander orientieren. Handelsabkommen müssen das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellen – das gilt für Abkommen der Europäischen Union mit anderen Ländern und Regionen, aber auch für den Außenhandel Österreichs. Ziel muss ein fairer, gerechter und nachhaltiger Handel sein, dem die Menschenrechte und sozialen Grundrechte als Richtschnur dienen. Daher braucht es ein globales Regelwerk, in dem Schutzmechanismen für ärmere Regionen möglich sind und Arbeits- und Menschen-

**152 Mio.
Kinder**

müssen regelmäßig
arbeiten.

Das ist

**1 von 10
Kinder**

weltweit.

Fast 2/3 davon über

43 Stunden

in der Woche.

**Unsere Vision:
Eine Welt ohne Aus-
beutung von Mensch
und Natur ist mög-
lich. Österreich und
Europa müssen ihre
globalen politischen
und wirtschaftli-
chen Beziehungen
an Menschenrechten
und der Erhaltung
der globalen Lebens-
grundlagen ausrich-
ten.**

rechte sowie hohe Umwelt-
standards verbindlich gelten.
Wir können nicht Frieden ein-
fordern und gleichzeitig Elend
durch unsere eigene Handels-
politik verstärken.

Dies gilt insbesondere für die
Entwicklungszusammenarbeit:
Österreich und die gesamte EU
müssen hier die finanziellen
Mittel ausbauen und die Be-
dürfnisse der Empfängerstaa-
ten und ihrer BewohnerInnen
(noch mehr) in den Mittelpunkt
stellen. Die eigenen Interessen
und jene der Konzerne, die auch
hier nur allzu oft ein Geschäft
wittern, müssen zurückstehen.
Wir wollen, dass Österreich
Zugpferd wird bei der Erfül-
lung der „Sustainable Develop-
ment Goals“ der Vereinten Na-
tionen, also der nachhaltigen
Entwicklungsziele bis 2030.

Dialog und Menschlichkeit
stehen im Zentrum unserer
Außenpolitik. Österreich muss
wieder zu einer aktiven Neutra-
litätspolitik zurückkehren. Wir
wollen einen Welthandel, der
Kinderarbeit und Sklavenarbeit
unterbindet und Umweltstan-
dards erhöht, anstatt diese Ver-
brechen zu verstärken.

So schaffen wir das.

Gegen Kinder- und Zwangsarbeit

Verpflichtung für Unternehmen, die Lieferkette der verkauften Produkte zu überprüfen im Rahmen eines „Sozialverantwortungsgesetzes“.

Eine Europäische Aufsichtsagentur

Schaffung einer europäischen Aufsichtsagentur, um über die Produktzulassung im europäischen Markt zu entscheiden.

Menschenrechte vor Handelsverträgen

Keine Zustimmung für Handelsverträge, solange in bestehenden Verträgen menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards nicht verbindlich gelten und sanktioniert werden können.

Kohärente Entwicklungspolitik

Ausreichenddotierte und menschenorientierte Entwicklungszusammenarbeit, mit dem Ziel 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) künftig für Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden.

Neutralitäts- und Friedenspolitik

Aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik und Stärkung des UNO-Sitzes in Wien.

Humanitäre Hilfe

Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds und Erarbeitung einer politischen Strategie für die Humanitäre Hilfe.



Europa, weil vieles nur gemeinsam geht.

Viele Herausforderungen, vor denen wir stehen, werden wir nur gemeinsam in der Europäischen Union lösen können. Die Europäische Union kann wesentlich dazu beitragen, Europa, und damit auch Österreich, sozialer, ökologischer und gerechter zu machen. Statt Konzernen könnten Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen. Aber dafür muss sich die Politik der EU verändern. Und zwar deutlich.

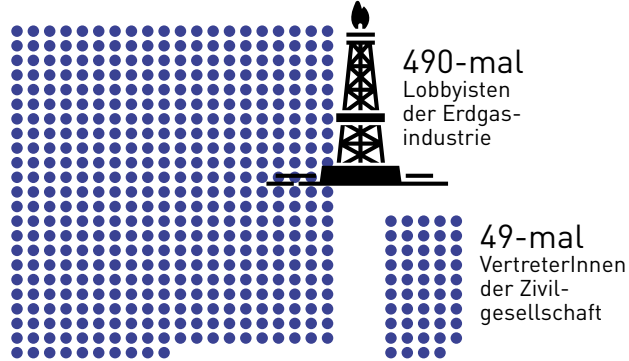
Wir erleben zu oft, dass Entscheidungen getroffen werden, die den Profit einiger weniger über die Bedürfnisse der großen Mehrheit stellen. Die Ziele europäischer Politik müssen auf Lebensqualität, Beschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit, Nachhaltigkeit, öffentliche Güter und Innovation neu ausgerichtet werden. Die einseitige Sparpolitik muss überwunden werden. Stattdessen braucht es öffentliche Investitionen und Initiativen für Beschäftigung. Wir werden uns nicht beteiligen am Ausverkauf europäischer Infrastruktur oder dem Feilbieten des Wassers. Ebenso wenig werden wir die ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausspielen lassen: wir stehen

für die Rechte der ArbeitnehmerInnen in ganz Europa ein. In Europa entgehen uns hunderte Milliarden Euro jährlich an Steuereinnahmen durch Steuerbetrug und durch aggressive Steuertricks der Konzerne. Mit diesem Geld könnten entscheidende Zukunftsfragen der EU beantwortet werden und gleichzeitig hätten die Staaten genügend Mittel, um die nationalen Herausforderungen bei Wohnen, Bildung oder Pflege zu lösen. Wir brauchen die EU, um von den Konzernen die Steuern einzutreiben. Steuertricks, Gewinnverschiebung – wir kennen das aus den Schlagzeilen rund um Panama Papers und anderen Skandalen – zeigen: Der Kampf für Steuer-

gerechtigkeit ist heute ein globales Problem. Wenn Starbucks & Co. ihre Gewinne in andere Länder verschieben, kann Österreich alleine wenig tun. Statt beim Steuerdumping mitzumachen, setzen wir auf Kooperation. Multinationale Konzerne profitieren vom gemeinsamen europäischen Markt und müssen ihren gerechten Beitrag leisten – auch auf europäischer Ebene. Unser Ziel sind faire gemeinsame Spielregeln. In den letzten Jahren sind uns einige Erfolge gelungen, aber viele Probleme sind noch ungelöst.

Alle wissen, dass wir endlich Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe setzen müssen. Auch hier ist die EU gefordert,

Wen EU-Kommissare treffen.



denn nur wenn wir gemeinsam in der EU an einem Strang ziehen, können wir diese Katastrophe verhindern. Handlungsbedarf sehen wir vor allem beim Transportwesen, wo der CO₂-Ausstoß weiter zunimmt. Dreh- und Angelpunkt für erfolgreichen Klimaschutz ist neben technologischen Effizienzsteigerungen der Umstieg auf Erneuerbare Energie und ein Ende der Atomenergie. Wir wissen auch: In einem gemeinsamen Markt machen Giftstoffe an unseren Grenzen nicht halt. Hier werden wir in der Europäischen Union Druck ausüben und dem massiven Einsatz von Pestiziden den Kampf ansagen.

Genauso wie wir in Österreich dagegen halten, wenn einzelne MillionärInnen versuchen, sich Politik zu kaufen, werden wir auch in Europa hier eine klare rote Linie ziehen. In Brüssel gibt es über 50.000 LobbyistInnen, davon sind lediglich zwei Prozent für die Anliegen

der ArbeitnehmerInnen unterwegs. Aber Demokratie kann man nicht kaufen. Die Europäische Union muss hier ein Gegengewicht sein, um Menschen statt Profite ins Zentrum der Politik zu stellen. Das beinhaltet auch eine unmissverständliche Haltung europäischer PolitikerInnen, wenn es darum geht, unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien zu verteidigen. Wir werden nicht zulassen, dass uns die Gespenster der Vergangenheit einholen. Denn staatliche Willkür und politischer Autoritarismus haben in Österreich ebenso wenig Platz wie in ganz Europa.

**Unsere Vision:
Frieden, Stabilität
und Soziale Gerechtigkeit für alle BürgerInnen Europas**

So schaffen wir das.

Europaweit gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen, hohe Mindeststandards und Vorrang sozialer Grundrechte

Lohn- und Sozialdumping in Europa beenden: Kontrolle und Strafe, keine Förderungen und Ausschluss von Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen, die beim Lohn- und Sozialdumping erwischt wurden.

Gerechte Steuerpolitik: Steuern müssen dort bezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden. Es braucht volle Transparenz bei Konzernsteuern, eine Besteuerung von Finanzgeschäften und eine echte Besteuerung von Internetkonzernen auf europäischer Ebene.

EU-Förderstopp bei Grundrechtsmissachtung: Keine Förderung für Mitgliedsstaaten, die grundlegende menschen- und frauenrechtliche, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien missachten.

Frühwarnsystem für Rechtsstaatlichkeit in Europa mit regelmäßiger Überprüfung.

Menschen anhören, nicht Konzerne: Verbindliche und einsehbare Lobbyregister für alle EU-Institutionen, insbesondere auch den Europäischen Rat, sowie ausgewogene Berücksichtigung aller Seiten bei der Besetzung von ExpertInnengruppen in der europäischen Kommission.

Green New Deal in Europa: Europaweite CO₂-Steuer, Investitionsprogramm in Infrastruktur, Innovation und Green Jobs sowie verbindliche Klimaziele für ganz Europa und gemeinsam raus aus dem Plastikwahn durch Verbot von Mikroplastik.

Verbot von Glyphosat und anderen Pflanzvernichtungsmitteln, deren negative Auswirkungen auf die Gesundheit nicht ausgeschlossen werden können.

Wasser ist Menschenrecht: Europaweit unser Wasser schützen durch die Verankerung eines Rechts auf sauberes Trinkwasser für alle Menschen, Herausnahme von Wasserprivatisierungen aus jeglichem Handelsabkommen, Schutz des Grundwassers und der Gewässer.



Foto: Jonas Ericsson, www.tirolfoto.at

Die Marcel Hirschers von morgen

Kinder und Jugendliche zum Sport motivieren

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen aktiv sind, Freude an Bewegung und Sport im Kindergarten und in der Schule finden und so zu einem lebenslangen Bewegungsverhalten motiviert werden. In unsere Kinder und Jugendlichen zu investieren, heißt, in die Zukunft zu investieren! Wir müssen daher allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu täglicher sportlicher Bewegung bieten, um diese zum Teil ihres Lebensstils zu machen.

Die Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit in allen Kindergärten und Schultypen ist ein wichtiger Beitrag dazu. Damit wird den SchülerInnen aber nicht nur Spaß vermittelt und der Alltag aufgelockert. Sport unterstützt auch beim Lernen, weil damit nachweislich das Gehirn aktiviert, die Konzentrationsfähigkeit gesteigert, und somit bessere schulische Leistungen ermöglicht werden. Bewegte und für den Sport motivierte Kinder und Jugendliche stellen auch die notwendige Basis für den Vereins- und Verbandsport bis hin zum Spitzensport dar. Auch in ihrer Freizeit soll Kindern und Jugendlichen mehr Bewegung ermöglicht werden. Vor allem an Wochenenden, Feiertagen und in den Ferien stehen geeignete Sportanlagen leer, insbesondere jene, die von der öffentlichen Hand eingerichtet wurden. Diese freien Kapazitäten sollen da-

her auch in der unterrichtsfreien Zeit für die Menschen nutzbar gemacht werden. Die Öffnung von Sportanlagen soll daher in eine Gesamtstrategie für eine „Tägliche Bewegungs- und Sporteinheit“ eingebettet werden. Diese tägliche Bewegungs- und Sporteinheit und alle weiteren Ausgaben für Bewegung und Sport werden sich im Laufe des Lebens unserer Kinder und Jugendlichen in vielfacher Hinsicht mehr als bezahlt machen. Unter anderem

werden dadurch die Gesundheitskosten deutlich reduziert werden können. Bewegung und Gesundheit sind für alle andere Altersgruppen sinnstiftend und volkswirtschaftlich bedeutend. Gesundheitssportliche Aktivitäten sollten daher vom jeweiligen Gesundheits- und Sozialbereich ausreichend unterstützt werden.



Pamela Rendi-Wagner
@rendiwagner

Folgen

Danke für die spannenden Momente, die viele ÖsterreicherInnen stolz gemacht haben. [@MarcelHirscher](#) ist nicht nur sportliches Vorbild, sondern jemand, der für Zusammenhalt und Mitgefühl einsteht. Für morgen wünsche ich euch langen Schlaf und ein ausgiebiges Frühstück! [#hirscher](#)

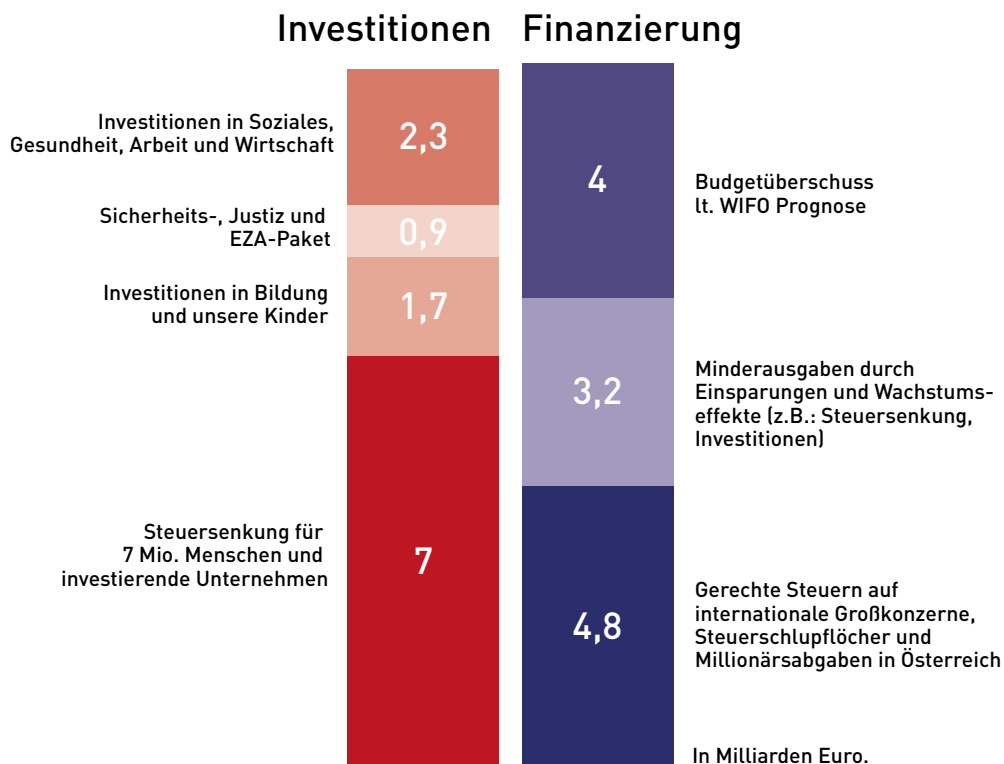
12:20 - 4. Sept. 2019

Und so finanzieren wir das.

Die SPÖ bekennt sich zu einem strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt. Wir stehen für intelligentes Sparen – und für sinnvolle Investitionen in unsere Kinder, in unsere Infrastruktur und in den Klimaschutz.

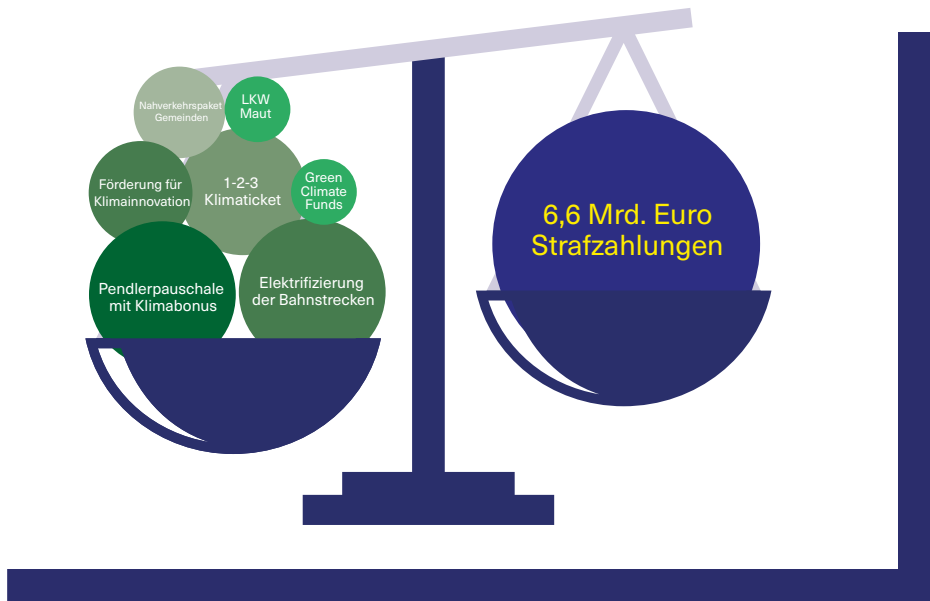
Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Steuern. Es kann nicht sein, dass in Österreich – im internationalen Vergleich – die gesamte Steuerlast auf den arbeitenden Menschen ruht, während MultimillionärInnen und internationale Großkonzerne kaum Steuern zahlen.

Unser Programm ist ausfinanziert. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode möchten wir rund 12 Mrd. Euro bewegen. Das entspricht in etwa 3% des BIP.





Dazu kommt nach unseren Vorstellungen ein Klimaschutzfonds. Über diesen Fonds wollen wir Maßnahmen zum Schutz unseres Klimas finanzieren. Diese Investitionen sollen drohende Strafzahlungen im Ausmaß von rund 6,6 Mrd. Euro verhindern.



Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ-Bundespartei, Löwelstraße 18, 1010 Wien;
Fotos: Kurt Prinz, Jonas Ericcsoon ,Unsplash.com